

# Erörterungstermin Genehmigungsverfahren KKW Mainz



Bürgerinitiative  
Kohlefreies Mainz e.V.  
Mai 08

## Inhalt

Vorwort .....	3
29. April 2008 .....	4
30. April 2008 .....	14
2. Mai 2008 .....	25
5. Mai 2008 .....	37
6. Mai 2008 .....	52
07. Mai 2008 .....	58
08. Mai 2008 .....	70
09. Mai 2008 .....	86
13.5.2008 <i>Erörterungstermin Wasserrecht</i> .....	99
14. Mai 2008 .....	112
15. Mai 2008 .....	120
16. Mai 2008 .....	129
„Zweitausendzweiundfünfzig“ – Phönixhalle Mainz – EÖT – 15.5.2008 .....	142
19. Mai 2008 .....	155
Eine Schlußbemerkung .....	156

## VORWORT

Es liegen viele Monate Engagement gegen die geplante CO2-Schleuder in Mainz hinter uns als Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) e.V. Zugespitzt haben sich die Auseinandersetzungen um Gutachten, Schadstoffwerte und die grundlegend gegensätzlichen Positionen von Klimaschützern und Kraftwerksbetreibern auf dem Erörterungstermin im Genehmigungsverfahren vom 29. April – 16. Mai 2008, der in der Phönixhalle Mainz stattfand. Auf unserer Internetseite hatten wir für den Erörterungstermin einen „Newsticker“ eingerichtet, der alle Interessierten über den Fortschritt der Verhandlungen informieren sollte. Während der Verhandlungen war stets ein Mitglied der Bürgerinitiative online und fasste Statements, Gutachten und Redebeiträge in Schlagzeilen zusammen und stellt sie sofort auf unsere Internetseite. Seit Inbetriebnahme des Newstickers im RSS-Format hatte sich der Zugriff auf unseren Internetauftritt exorbitant erhöht: Selbst Journalisten verfolgten unsere Meldungen auf ihren Bildschirmen. Sogar der Antragssteller, die KMW-AG, hatte während der Verhandlungen ständig den Newsticker geöffnet und reagierte teilweise prompt auf Meldungen. In diesem kleinen Büchlein sind alle Newsticker-Meldungen zusammengefasst. Sie stellen kein direktes Wortprotokoll dar, sondern fassen Aussagen zusammen und sind als Anregung und Inspiration für den Verlauf eines Erörterungstermins gedacht. Der Inhalt der Aussagen ist natürlich von der Sicht der Bürgerinitiative geprägt und nicht zitierfähig. Wir hoffen mit dieser kleinen Dokumentation allen BI'S gegen Kraftwerksprojekte einen kleinen Einblick geben zu können und wünschen ihnen im Kampf gegen Kohlekraftwerke einen langen Atem und Durchhaltevermögen.

Kohlefreie Grüße aus Mainz

Die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz e.V.

Obere Zahlbacher Str. 52

55131 Mainz

[www.kohlefreies-mainz.de](http://www.kohlefreies-mainz.de)

Mail: [info@kohlefreies-mainz.de](mailto:info@kohlefreies-mainz.de)

29. APRIL 2008

### **ERÖRTERUNGSTERMIN BEGINNT**

Pünktlich um 10 Uhr. haben sich ca. 300-400 Personen in der Phoenix-Halle zusammen gefunden, um den Antrag auf Bau eines Kohlekraftwerks zwischen Mainz und Wiesbaden zu erörtern.

Vor der Halle haben Greenpeace-Mitglieder auf einem Banner "Klimaschutz statt Kohleschmutz" gefordert.

### **10:32 UHR: ES WIRD FORTLAUFEND GETAGT**

Die SGD<sup>1</sup>-Süd erklärt, dass fortlaufend erörtert wird. D.h., es gibt keine Gewissheit, wann welches Themenfeld erörtert wird. Nur die Reihenfolge der Themen ist bekannt und auf der Seite der SGD-Süd (<http://www.genehmigungsverfahren-khkw-mainz.de/index.php/eroerterungstermin/bimschg-verfahren>) zu finden. Wir werden auf unserer Homepage aktuell darüber informieren, bei welchem Themenpunkt sich die Erörterung zurzeit befindet.

Im Moment werden organisatorische Punkte erläutert.

### **11:00 UHR: 39.223 BÜRGER HABEN EINWENDUNGEN EINGEREICHT**

Die SGD-Süd gibt bekannt, dass insgesamt 60.000 Einwendungen gegen das Kohlekraftwerk eingereicht wurden. Bereinigt um mehrfach eingegangene Einwendungen (Einige Bürger haben z.B. ihre Einwendung per Post und per Fax geschickt) haben insgesamt 39.223 Bürger Einwendungen eingereicht. Davon ca. 15.000 aus Mainz und ca. 11.000 aus Wiesbaden.

### **11 UHR: STADT WIESBADEN FORDERT: FÜHREN SIE EIN RAUMORDNUNGSVERFAHREN DURCH!**

In einer umfangreichen Rede erläutert die Wiesbadener Umweltdezernentin die Position der Stadt Mainz:

---

<sup>1</sup> SGD = Struktur und Genehmigungsdirektion

Die Stadt Wiesbaden hat umfangreiche Bedenken und Einwendungen vorgebracht. Sie befürchten umfangreiche Einwirkungen auf Natur und Umwelt. Außerdem werden massive Gesundheitsauswirkungen durch 500 Tonnen Feinstaub und viele Schwermetalle befürchtet.

Die laufenden Bemühungen zur Luftreinhaltung der Stadt Wiesbaden würden konterkariert.

Ab 2010 geltende Grenzwerte würden in Wiesbaden schon ohne Kohlekraftwerk nicht mehr eingehalten. Hierzu kämen noch die Zusatzbelastungen des Kohlekraftwerks. Laut Thies würden umfangreiche Fahrverbote notwendig werden, um Grenzwerte noch einhalten zu können.

Außerdem fordert die Umweltdezernentin, dass Dioxine und Furane ohne Irrelevanz-Kriterium berücksichtigt werden, da kanzerogene (krebserregend) unabhängig von Konzentration gefährlich sind.

Thermische Barrieren würden das geschützte Fischwangergebiet gefährden. Im Übrigen müsse man wissen, dass der Rhein sich ohnehin schon um 3,5 C erwärmt hat.

Auch bezüglich der Abwasser-Einleitung (z.B. Abwasser aus Rauchgasreinigung) fürchtet die Stadt Wiesbaden, dass die Trinkwasser-Gewinnung in Schierstein gefährdet wird. Dies wurde von der KMW nicht berücksichtigt.

Auswirkung aus Landschaftsbild mit 60m hohem Kühlturm und Durchmesser von 90m und 110m hohem Kesselhaus.

Stadt Wiesbaden will dieses Kraftwerk nicht! Stadtverordnetenversammlung hat das Kraftwerk klar abgelehnt.

Ganz wichtiger Punkt für Wiesbaden ist, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der KMW auf über 6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> steigen würde. Das ist mehr als doppelt soviel wie die gesamte Stadt Wiesbaden (inkl. Verkehr und Industrie) ausstößt. In der heutigen Zeit sei dies nicht mehr verantwortbar.

Wieso ein so großes Kraftwerk? Frau Thies erklärt, dass mit dem neuen Kohlekraftwerk deutlich mehr Strom produziert würde als er in Mainz und Wiesbaden verbraucht wird. Thies: Es geht der KMW nur darum, Geld mit – Zitat – schmutzigem Kohlestrom zu verdienen.

Frau Thies kritisiert, dass als Argument für das Kohlekraftwerk die Querfinanzierung von öffentlichen Aufgaben in Mainz vorgebracht wird. „Wieso dann nicht noch ne Nummer größer?“ fragt Sie ironisch.

Die Umweltdezernentin zitiert aus dem SGD-Süd-Bescheid, kein Raumordnungsverfahren für das Kohlekraftwerk durchzuführen. Sie kritisiert, dass ein solches Verfahren, das z.B. eine Alternativen-Prüfung erzwingen würde, nicht vorgesehen ist. Die Stadt Wiesbaden bittet erneut um ein solches Verfahren, das im Übrigen bei einem vergleichbaren Projekt im hessischen Staudinger erfolgt, durchzuführen.

Abschließend stellt die Umweltdezernentin fest: „Die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden hat sich eindeutig gegen den Bau dieses Kraftwerks ausgesprochen und wir wollen, dass dieser Klimakiller nie gebaut wird.“

### ***11:20 UHR: WIESBADENS UMWELTDEZERNENTIN FORDER: "DIESER KLIMAKILLER DARF NICHT GEBAUT WERDEN"***

Abschließend erläutert Frau Thies für die Stadt Wiesbaden: "Die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden hat sich eindeutig gegen den Bau dieses Kraftwerks ausgesprochen und wir wollen, dass dieser Klimakiller nie gebaut wird.“

### ***11:40 UHR: STADT MAINZ SITZT AM TISCH DER EINWENDER***

Nachdem sich die Behördenvertreter vorgestellt haben, fordert Einwender Udo Kannengießer, dass Vertreter der Stadt Mainz (diese sitzen nicht bei den Behördenvertretern)

zum Erörterungstermin erscheinen sollen und bis dahin der Erörterungstermin ausgesetzt werden soll.

Daraufhin stellen sich mehrere Vertreter der Stadt Mainz vor. Diese sitzen am Tisch der Einwender gegen das Kohlekraftwerk. Ein gutes Omen? hin hat vergangene Woche der Mainzer Stadtrat nach 8-stündiger Sitzung per Beschluss abgelehnt.

### ***11:50 UHR: WICHTIGE STELLUNGNAHMEN VON FACHBEHÖRDEN FEHLEN NOCH***

Rechtsanwalt Baumann (KoMa) kritisiert, dass Stellungnahmen von beteiligten Fachbehörden bisher nicht vorliegen. Es sei schwierig, zu erörtern, wenn die Fachbehörden sich noch gar nicht geäußert hätten.

Baumann fragt, ob es richtig sei, dass bisher noch kein toxikologisches Gutachten vorliegt. Eine klare Antwort erhielt er zwar nicht, aber aus der Antwort kann man schließen, dass es offenbar wirklich noch nicht vorliegt. „Ja wie sollen wir denn dann ernsthaft diskutieren“, fragen sich da wohl einige im Raum.

### ***12:15 UHR: BUND FRAGT: WER ZAHLT MÖGLICHE SCHADENSERSATZ-FORDERUNGEN DER KMW?***

BUND-Vertreter Neumann führt an, dass die KMW immer wieder Millionenschwere Schadensersatzklagen für den Fall androht, dass das Kohlekraftwerk verhindert wird. Seiner Auffassung nach wird hiermit die Genehmigungsbehörde unter unzulässigen Druck gesetzt.

„Niemand hat die KMW gezwungen, ein Kohlekraftwerk zu bestellen, noch bevor eine Baugenehmigung vorliegt“, findet Neumann. „Also sollte man uns nicht mit drohenden Vertragsstrafen der KMW unter Druck setzen.“

### ***12:25 UHR: KOMA FORDERT ABBRUCH DES GENEHMIGUNGSVERFAHRENS MANGELS „SACHBESCHIEDUNGSINTERESSE“***

Rechtsanwalt Baumann (EG KoMa) erläutert, dass nach Auffassung von KoMa kein Sachbescheidungsinteresse vorliege. Hintergrund ist, dass die KMW noch gar nicht über alle Grundstücke verfügt, die sie für den Bau des Kohlekraftwerks benötigt. Tabea Rösner, Mainzer Stadträtin, berichtet, dass der Mainzer Stadtrat vergangenen Mittwoch, wie zuvor die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, den Bau eines Kohlekraftwerks in Mainz abgelehnt hat. Auch 83% der Bevölkerung lehnten das Kohlekraftwerk ab.

RA Baumann erläutert, dass die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen für das Kohlekraftwerk nicht geschaffen wurden. Die Stadt Mainz habe mit ihrem Stadtratsbeschluss deutlich gemacht, dass sie gewillt ist das Kohlekraftwerk zu verhindern. Daher sei davon auszugehen, dass die Stadt die benötigten Grundstücke nicht verkaufen wird. Damit sei jetzt schon klar, dass das Projekt nicht kommen wird. Daher sei es von Seiten der SGD Süd eine Verschleuderung von Steuergeldern und Verwaltungsressourcen trotzdem noch ein Verfahren durchzuführen.

Bisher habe Baumann noch kein Projekt erlebt, das auf solch wackeligen Füßen gestanden habe. Vielleicht mit Ausnahme des Transrapid in München fügt er hinzu. In München vertrat Baumann die Bürgerinitiative gegen den Transrapid.

Dort habe der Erörterungstermin 14 Wochen gedauert – und das, obwohl den Beteiligten zu diesem Zeitpunkt schon klar gewesen sei, dass das Projekt nicht kommt.

### ***12:40 UHR: KMW BESTÄTIGEN, DASS SIE BISHER NICHT ÜBER DIE NOTWENDIGEN GRUNDSTÜCKE VERFÜGEN***

KMW-Prokurist Dr. Fischer bestätigt, dass die KMW die Grundstücke bisher nicht besitzt. Er beruft sich auf Schreiben der Stadt Mainz, sie würden den Verkauf an die Stadt Mainz erwägen.

Die Rechtsanwälte Baumann und Müller erklären daraufhin, dass der Verkauf von Grundstücken immer notariell beglaubigt werden muss. Absichtserklärungen sind da völlig wertlos und die politischen Mehrheiten sind heute andere. Der Mainzer Stadtrat wird wohl kaum noch dem Verkauf von Grundstücken zustimmen.

### ***12:45 UHR: KMW WEIß NICHT, WANN DIE STADT MAINZ DEN VERKAUF VON GRUNDSTÜCKEN ZUGESICHERT HAT***

KMW-Prokurist Dr. Fischer weiß nicht, von wann die Schreiben datieren, in denen die Stadt Mainz den Verkauf von Grundstücken zusagt. Dies ist aber wichtig, weil der Mainzer Stadtrat erst vergangene Woche per Beschluss das Kohlekraftwerk abgelehnt hat.

Daraufhin beantragt der Einwender Udo Kannengießer, dass der KMW auferlegt wird, bis nach Ende der Mittagspause diese Schreiben „aufzutreiben“.

### ***12:50 UHR: HINTERGRUND-INFO: GRUNDSTÜCKSGESCHÄFTE MÜSSEN IMMER NOTARIELL BEGLAUBIGT WERDEN***

Grundstücksgeschäfte müssen immer notariell erfolgen. Nicht notariell beglaubigte Absichtserklärungen sind somit völlig wertlos.

Es bleibt festzuhalten, dass die KMW plant auf einem Grundstück ein Kohlekraftwerk zu bauen, das ihr überhaupt nicht gehört. Der derzeitige Eigentümer, die Stadt Mainz, hat vergangene Woche unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie den Bau des Kohlekraftwerks ablehnt. Wozu dann dieses Verfahren???

KoMa fordert: „Beenden Sie dieses Verfahren. Es ist völlig nutzlos und reine Verschwendung von Steuergeldern.“

### ***13:00 UHR: GREENPEACE FORDERT STRATEGISCHE UMWELTERHEBLICHKEITSPRÜFUNG***

Susanne Ochse fordert, dass das Verfahren solange ausgesetzt wird, bis eine strategische Umwelterheblichkeitsprüfung durchgeführt wurde. Bei einer solchen Prüfung wird nicht nur das eine Mainzer Kohlekraftwerk geprüft, sondern auch die Summationswirkung mit weiteren geplanten Projekten in der Region. Dies verweigert die KMW bisher leider.

### ***14:20 UHR: KMW SOLL BELEGEN, DASS SIE DIE NOTWENDIGEN GRUNDSTÜCKE BESITZT***

Die Verwaltung der Stadt Mainz erklärt, dass bisher keine Beschlussvorlage des Mainzer Stadtrats vorliege, dass die benötigten Grundstücke nicht verkauft werden sollen.

Baumann beantragt, das Verfahren bis dahin auszusetzen, bis eine rechtswirksame Erklärung der Stadt Mainz vorliegt, dass die notwendigen Grundstücke an die KMW verkauft werden sollen.

Auch Rechtsanwalt Kummer unterstützt die Forderung, das Verfahren aufgrund fehlenden Sachbescheidungsinteresse auszusetzen. Den geänderten politischen Rahmenbedingungen in Mainz sei Rechnung zu tragen. Daraufhin erklären mehrere Stadträte, dass sie unter keinen Umständen dem Verkauf der notwendigen Grundstücke zustimmen werden.

Daraufhin erklärt Rechtsanwalt Baumann (EG KoMa), dass nach §20 Abs.2 der 9. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz die Genehmigungsbehörde verpflichtet ist, dem Antragssteller aufzuerlegen, nachzuweisen, dass er in der Lage ist, das beantragte Projekt auch tatsächlich umzusetzen.

#### ***14:30 UHR: STADT MAINZ BESTÄTIGT: „JA, ES WIRD NOCH EIN STADTRATSBESCHLUSS ZUM VERKAUF DER GRUNDSTÜCKE BENÖTIGT“***

Auf Frage von Dr. von Engelberg von der Bürgerinitiative „Kein Kohlestrom Wiesbaden“ (KeKoWi), ob noch ein Stadtratsbeschluss zum Verkauf der Grundstücke notwendig ist, erklärt ein Vertreter der Stadt Mainz, dass dem so sei.

Damit ist die Behauptung von OB Beutel und SPD-Fraktionschef Sucher, der Mainzer Stadtrat hätte in Sachen Kohlekraftwerk nichts mehr zu melden, als reiner Bluff entlarvt.

Wenn der Stadtrat dem Verkauf nicht zustimmt, wird in Mainz kein Kohlekraftwerk gebaut!

#### ***15:00 UHR: DIE KMW MÖCHTE DAS MÜLLHEIZKRAFTWERK IM VERFAHREN NICHT BERÜCKSICHTIGEN***

Ein KMW-Anwalt erklärt, dass die KMW nicht beabsichtigt, das Müllheizkraftwerk im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Begründung: die KMW und die Betreibergesellschaft fürs Müllheizkraftwerk sind unterschiedliche Firmen und deshalb sei das Kraftwerk nicht zu berücksichtigen.

Dr. Neumann vom BUND kann dem nicht folgen. In den Antragsunterlagen ist das Müllheizkraftwerk mehrfach erwähnt. Außerdem soll der Dampf aus dem Müllheizkraftwerk auch zur Stromerzeugung genutzt werden.

Wieso weigert sich die KMW das Müllheizkraftwerk im Verfahren zu berücksichtigen?

**15:10 UHR: WAS PASSIERT MIT DEM DAMPF DES MÜLLHEIZKRAFTWERKS**

Ralf Gerz, Mombacher Einwender, bittet, genauer zu beschreiben, was mit dem Dampf des Müllheizkraftwerks passiert.

KMW-Prokurist Dr. Fischer erläutert, dass die Müllheizkraftwerke der KMW Dampf verkaufen. Wieso diese geschäftspolitische Strukturierung der kommunalen Betriebe für das Genehmigungsverfahren relevant sein soll, erschließt sich KoMa nicht. Kohlekraftwerk und Müllheizkraftwerk sollen miteinander technisch verbunden sein und der Dampf des Müllheizkraftwerks geht auf die Turbine der KMW. Wie kann man da behaupten, das Müllheizkraftwerk sei nicht Teil der Anlage?

**15:20 UHR: BUND STELLT FEST, DASS DIE VORLIEGENDEN PLÄNE NICHT KORREKT SIND**

Auf den von der KMW vorgelegten Plänen sind Hochspannungsleitungen gezeichnet, die zum Zeitpunkt gar nicht mehr existieren sollen.

RA Baumann fragt daraufhin, wo in den Unterlagen beschrieben ist, dass diese Leitung tatsächlich verlegt werden.

**15:25 UHR: KMW ERKLÄREN: 70 TONNEN DAMPF PRO STUNDE SOLLEN VON MÜLLHEIZKRAFTWERK AN KOHLEKRAFTWERK GELIEFERT WERDEN**

KMW-Prokurist Fischer bestätigt, dass das Müllheizkraftwerk 70 Tonnen Dampf pro Stunde an das Kohlekraftwerk liefern sollen.

Der KoMa-Anwalt Baumann schließt hieraus, dass das Müllheizkraftwerk als Teil der beantragten Anlage berücksichtigt werden sollte.

**15:40 UHR: KMW-ANTRAG NICHT VOLLSTÄNDIG**

KoMa-Anwalt Baumann erklärt, dass aus seiner Sicht die Antragsunterlagen nicht vollständig sind, weil zahlreiche Informationen zum Müllheizkraftwerk fehlen. Dass das Müllheizkraftwerk Teil der geplanten Anlage ist, kann ja wohl kaum bestritten werden, immerhin soll eine 300mm-Dampfleitung zum Kohlekraftwerk gebaut werden um dort den Dampf in Strom zu verwandeln. Da die Antragsunterlagen in diesem Punkt unvollständig sind, beantragt Baumann das Verfahren auszusetzen, bis vollständige Unterlagen vorliegen. Bei all den juristischen

Klimmzügen der KMW fragt man sich, wieso sie sich so vehement wehrt, das Müllheizkraftwerk im Verfahren zu berücksichtigen.

***15:50 UHR: KMW WEIß NICHT, WELCHE ANLAGENTEILE SIE BISHER BESTELLT HAT***

Trotz mehrfachen Bittens, weigert sich KMW-Prokurist Dr. Fischer, zu erklären, welche Anlagenteile die KMW bisher bestellt hat. Nachdem Verhandlungsleiter Gerten erneut darum bittet, die Frage zu beantworten erklärt Fischer: „Ich kann mich nicht erinnern.“

Entweder die KMW will Einwender und Genehmigungsbehörde für blöd verkaufen, oder der Prokurist weiß nicht, welche Anlagenteile sie bisher bestellt haben. Beides ein Unding!

***16:30 UHR: DAMPF DES MÜLLHEIZKRAFTWERKS WIRD AUF TURBINE DES KOHLEKRAFTWERKS GELEITET, IST ABER NICHT TEIL DES VORHABENS***

RA Baumann zitiert aus der 9. BlmschV, in der geregelt ist, welche Teile einer Anlage im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Aufgrund technischer Verbindung und räumlichem, sowie betriebstechnischem Zusammenhang kann nach Ansicht von KoMa gar kein Zweifel daran bestehen, dass das Müllheizkraftwerk, dessen Dampf auf die Turbine des Kohlekraftwerks geleitet werden soll, Teil der Gesamtanlage ist.

Es entwickelt sich ein Rededuell mit dem KMW-Anwalt über diese Frage. Baumann bekommt bisher seine Fragen nicht klar beantwortet.

***16:30 UHR: KMW DRÜCKT SICH UM KLARE ANTWORTEN***

KMW-Prokurist Dr. Fischer weigert sich, klar zu beantworten, ob beantragt sei, Dampf vom Müllheizkraftwerk auf die Turbine des Kohlekraftwerks geleitet werden soll.

Ja oder Nein???? Sollte doch nicht so schwer sein, das zu beantworten.

***16:45 UHR: KMW VERWEIGERT WEITER BEANTWORTUNG VON FRAGEN RUND UM MÜLLHEIZKRAFTWERK***

Auch die Frage, ob die Nutzung des Dampfes des Müllheizkraftwerks durch das Kohlekraftwerk nach Ansicht der KMW einen „betriebstechnischen Zusammenhang“ handelt, wird durch die KMW krampfhaft nicht beantwortet.

Hintergrund der Fragen, die alle ganz bewusst nicht beantwortet werden: Wieso weigert sich die KMW, das Müllheizkraftwerk, das selbstverständlich Teil der Gesamtanlage sein wird, zu berücksichtigen?

***16:55 UHR: KMW KANN AUF PLÄNEN NICHT ZEIGEN, WELCHE GRUNDSTÜCKE IHNEN ZUR ZEIT NOCH NICHT GEHÖREN***

Sowohl KMW-Prokurist Dr. Fischer als auch Projektleiter Dr. Thun weigern sich, auf den vorgelegten Plänen zu zeigen, welche Grundstücke zurzeit noch der Stadt Mainz gehören. Kann es sein, dass die Vorhabensträger nicht wissen, welche Grundstücke sie dringend noch brauchen?

***17:00 UHR: EINWENDER-ANWALT MÜLLER: KMW MAUERT***

Einwender-Anwalt Müller appelliert an die KMW, nicht weiter zu mauern. Im Saal regt sich deutlicher Unmut über die einsilbigen Antworten der KMW auf wichtige Fragen. Viele der Einwender fühlen sich von der KMW nicht ernst genommen.

***17:40 UHR: KRITISCHE EINWENDER FORDERN: EXPERTEN REDEN LASSEN, WENN SIE ZEIT HABEN***

Seit 40 Minuten wird darüber diskutiert, ob in Einzelfällen nicht doch Experten vortragen dürfen, wenn es terminlich für sie möglich ist. So möchte die Stadt Wiesbaden z.B. am Freitag gerne einen Experten zum Klimaschutz vortragen lassen – unabhängig davon, ob sich der Erörterungstermin zu diesem Zeitpunkt gerade hiermit beschäftigt. Dies wird zunächst von der SGD Süd verweigert. Der BUND hat ein ähnliches Anliegen.

Zahlreiche Einwender fragen die Genehmigungsbehörde, wie sie es denn anstellen sollen, Experten über Tage vorzuhalten, weil nicht bekannt ist, wann der Erörterungstermin am jeweiligen Tagesordnungspunkt ankommt.

Ein Bürger bringt es gut auf den Punkt (sinngemäß): „Da vorne sitzen zehn gut bezahlte Experten der KMW Tag ein Tag aus. Wie soll das denn eine gemeinnützige Bürgerinitiative hinbekommen?“ Verfahrensgerechtigkeit sieht anders aus.

Nach intensiver Diskussion sagt die Verhandlungsleitung zu, den Antrag der Stadt Wiesbaden noch einmal zu überdenken.

***17:50 UHR: KMW-HOMEPAGE BELEGT: KRAFTWERKE UND MÜLLHEIZKRAFTWERK SIND VERKNÜPFT***

Der Einwender Ralf Gerz verweist auf die Homepage der KMW AG, auf der klar nachzulesen ist, dass das Kraftwerk drei mit dem Müllheizkraftwerk verknüpft ist. Zitat: „Darüber hinaus führt eine Verknüpfung des Kraftwerk 3 mit dem Müllheizkraftwerk zu einer weiteren Steigerung des Wirkungsgrades...“

Das belegt einmal mehr, dass die Versuche der KMW, zwischen Müllheizkraftwerk und Kohlekraftwerk eine künstliche Grenze zu ziehen, am Ende nicht von Erfolg gekrönt sein können.

### *18:00 UHR: DER ERÖRTERUNGSTERMIN IST FÜR HEUTE BEENDET*

Weiter geht's morgen mit Tagesordnungspunkt 3.1.1 (Raumordnung und Landesplanung)

Ein wichtiger Punkt, denn während im hessischen Staudinger ein wesentlich umfangreicheres Raumordnungsverfahren durchgeführt wird, wird dies den Mainzer und Wiesbadener Bürgern bisher vorenthalten.

### *18:45 UHR: KOMA-FAZIT NACH DEM ERSTEN VERHANDLUNGSTAG: KMW MAUERT, MAUERT, MAUERT*

Schon der erste Tag hat deutlich gezeigt, dass der Antrag der KMW von Fehlern und Lücken durchsetzt ist. Zahlreiche Nachfragen wurden von der KMW, wenn überhaupt, nur einsilbig beantwortet.

Die wichtigsten Punkte:

Die KMW verfügen nicht über alle Grundstücke, auf denen sie ihr Kohlekraftwerk bauen möchte, kann aber trotz mehrfacher Bitten, nicht auf den Plänen zeigen, wo diese Grundstücke liegen.

Obwohl zahlreiche Punkte belegen, dass das Müllheizkraftwerk und das Kohlekraftwerk technisch miteinander verknüpft sein werden, weigert sich die KMW bisher, dies zu bestätigen. Grund ist, dass sie in den Antragsunterlagen nicht das Müllheizkraftwerk berücksichtigt haben.

KoMa fragt die KMW: „Wozu setzen Sie 20 Leute aufs Podium, wenn Sie wichtige Fragen nicht beantworten? Dann genügt es auch, wenn Sie nur Herrn Dr. Fischer und seinen Anwalt, der wiederkehrend erläutert, man sei der Auffassung, diese und jene Frage sei nicht für Belang fürs Verfahren, aufs Podium setzen.“

Noch besser wäre es, wenn die KMW endlich ihren unvollständigen Antrag zurückzieht. Die politischen Gremien in Mainz und Wiesbaden wollen kein Kohlekraftwerk, die KMW verfügt nicht über die notwendigen Grundstücke und wird sie auch nicht mehr erhalten und schon nach dem ersten Verhandlungstag wird deutlich, dass die Antragsunterlagen mit sehr heißer Nadel gestrickt sind.

KMW, bitte beenden Sie dieses unnötige Verfahren JETZT! Und bis Sie das nicht tun, beantworten Sie bitte wenigstens die Fragen, die Sie gestellt bekommen!

## 30. APRIL 2008

Zum Auftakt erklärt Versammlungsleiter Herr Gerten, dass die SGD Süd es sehr bedauern würde, wenn die Fachgutachter der Einwender aus terminlichen Gründen nicht vortragen könnten. Auch wenn Herr Gerten nicht ausdrücklich den Anträgen der Einwender entspricht, so ist dies doch zunächst positiv zu Werten. Es erscheint nun doch möglich, Einwender-Experten vortragen zu lassen.

### *9:10 UHR: MÜSSTE EIN RAUMORDNUNGSVERFAHREN DURCHGEFÜHRT WERDEN?*

Tagesordnungspunkt 3.1.1 wird erörtert. Nach Ansicht der Einwender hätte zwingend ein Raumordnungsverfahren eingeleitet werden müssen. Im hessischen Staudinger ist dies bei einem vergleichbaren Projekt erfolgt.

Zurzeit führt die Stadt Wiesbaden aus, wieso sie nach wie vor die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens fordert.

### *9:10 UHR: WIESO IST EIN RAUMORDNUNGSVERFAHREN NOTWENDIG?*

Nach der Stadt Wiesbaden und weiteren Nachbargemeinden erläutert nun Greenpeace, wieso das geplante Kohlekraftwerk sehr wohl raumbedeutsam ist.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat vorgetragen, dass zurzeit enorme Anstrengungen vorgenommen werden um das Rheinufer attraktiver zu gestalten. Ein überdimensioniertes Kohlekraftwerk konterkariere diese Bemühungen.

Greenpeace verweist darüber hinaus darauf, dass die Auswirkungen des Kraftwerkes an der Landesgrenze nicht endet und deshalb ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren notwendig wäre.

### **9:25 UHR: WIESBADENER BÜRGER MÖCHTE UMFASSENDE BETEILIGT WERDEN**

Dr. Meinrad von Engelberg von der Wiesbadener Bürgerinitiative „Kein Kohlestrom Wiesbaden“ erläutert, wieso ihm als Wiesbadener die Frage eines Raumordnungsverfahrens besonders wichtig ist.

„Ich wohne in etwa so weit vom geplanten Kohlekraftwerk entfernt, wie wir uns gerade hier in der Phoenixhalle befinden“, erklärt er seine Motivation. „Der einzige Nachteil: Zwischen meinem Haus und dem geplanten Kraftwerk befindet sich eine Landesgrenze.“

Die Schadstoffe werden sich wohl kaum an diese Grenze halten...

### **9:30 UHR: BUND: IN HESSEN WIRD EIN RAUMORDNUNGSVERFAHREN DURCHGEFÜHRT**

Dr. Neumann erläutert für den BUND, wie die Frage eines Raumordnungsverfahrens im hessischen Staudinger bewertet wurde. Dort wird den Bürgern ein solches umfassenderes Verfahren nicht vorenthalten. In Staudinger sieht man, was den Unterschied der beiden Verfahren ausmacht. In Hessen muss die kumulierende Wirkung verschiedener Maßnahmen geprüft werden, also wie sich verschiedene Kraftwerksvorhaben, und z.B. des Ausbaus des Flughafens Frankfurt in Summe betrachtet werden sollen. Außerdem muss dort eine echte Alternativenprüfung durchgeführt werden: Ist die immense Umweltbelastung wirklich alternativlos und somit hinzunehmen, oder könnte man unsere Energieversorgung nicht auch anders sicherstellen? Wie sieht es mit Energiespar-Maßnahmen aus, wie mit Erneuerbare Energien oder dem Bau eines Gaskraftwerkes aus? Wieso geht so etwas in Hessen, nicht aber in Mainz?

### **9:40 UHR: KMW WILL KEIN RAUMORDNUNGSVERFAHREN**

Die KMW möchte nicht, dass ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wird.

Eine Vertreterin der SGD Süd erklärt, dass nach Auffassung der Behörde kein Raumordnungsverfahren notwendig sei.

### **9:50 UHR: VERHANDLUNG FÜR 5 MINUTEN UNTERBROCHEN**

Rechtsanwalt Baumann (EG KoMa) ist empört darüber, dass es ihm nicht ermöglicht wird, zusammenhängend einen Sachverhalt zu erörtern. Er möchte gerne bestimmte Sachverhalte

rund um die Frage des Raumordnungsverfahrens mit dem Antragssteller klären, wird aber immer wieder durch andere Redebeiträge unterbrochen. Wie soll man schwierige rechtliche Fragen klären, wenn keine zusammenhängende Gedankengänge ermöglicht werden?

#### ***10:10 UHR: MINISTERPRÄSIDENT BECK KÖNNTE RAUMORDNUNGSVERFAHREN ANORDNEN***

Einer hätte die Möglichkeit, den ganzen juristischen Streitereien ein Ende zu bereiten: Ministerpräsident Kurt Beck. Er wäre in der Lage, so wie sein hessischer Kollege Koch, ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren anzuordnen. So würde er sicherstellen, dass das Milliardenprojekt „Kohlekraftwerk“ mit der gegebenen Sorgfältigkeit geprüft wird. Wieso ermöglicht Beck dies seinen Bürgern nicht? Wieso macht Beck die SPD auch überregional zu Deutschlands „Kohle-Partei“?

#### ***10:15 UHR: KOMA ERKLÄRT, WIESO RAUMORDNUNGSVERFAHREN NOTWENDIG IST***

Nach 20 Minuten Unterbrechung darf Herr Baumann nun zusammenhängend darstellen, wieso aus Sicht von KoMa ein Raumordnungsverfahren notwendig ist.

Die KMW ist nicht in der Lage zu erklären, was für eine Straße sich durch das geplante Gebiet führt. Kann es sein, dass die KMW das wirklich nicht weiß?

#### ***10:30 UHR: WAS PASSIERT MIT DER GASSNERALLEE?***

Die Gassnerallee befindet sich zurzeit im Besitz der Stadt Mainz. Die KMW plant genau auf dieser Straße Teile ihres Kraftwerks. Angesichts des Beschlusses des Mainzer Stadtrats, das Kohlekraftwerk abzulehnen, ist wenig wahrscheinlich, dass dies tatsächlich passieren kann. Ein Vertreter der Mainzer Stadtverwaltung bestätigt allerdings, dass die neue Beschlusslage des Stadtrats bisher nicht in der Verwaltung umgesetzt wird. KoMa findet: OB Beutel darf nicht nur Beschlüsse umsetzen, die ihm genehm sind!

#### ***10:40 UHR: AUCH FACHBEHÖRDEN HALTEN UFERSTREIFEN FÜR AUßENBEREICH***

Rechtsanwalt Baumann zitiert aus Unterlagen, die er bei einer Akteneinsicht eingesehen hat. Diese belegen, dass sowohl in der Mainzer Stadtverwaltung als auch in der SGD-Süd die Frage, ob es sich beim Uferbereich um Außenbereich handelt, nicht unumstritten ist. Mehrere Behördenvertreter äußerten sich in ihren Stellungnahmen entsprechend.

### ***10:55 UHR: BEBAUUNGSPLAN INGELHEIMER AUE NOCH NICHT RECHTSKRÄFTIG***

Dr. Moseler, Mitglied des Mainzer Stadtrates sowie des Bauausschusses führt aus, dass der Bebauungsplan der Ingelheimer Aue noch nicht rechtskräftig ist. Er erklärt, dass Anlass des neuen Bebauungsplans NICHT das Kohlekraftwerk ist, sondern es ausschließlich um die Erschließung des neuen Container-Hafens geht.

Des Weiteren untermauert er die Auffassung von KoMa, dass die Gassnerallee sich im Besitz der Stadt Mainz befindet und dass es aufgrund des Stadtratsbeschlusses gegen das Kohlekraftwerk unwahrscheinlich ist, dass sich dies ändern wird. Einem Verkauf oder Tausch müsste der Mainzer Stadtrat zustimmen.

KoMa appelliert deshalb eindringlich an alle Gegner des Kohlekraftwerks im Stadtrat: Bleiben Sie standhaft, lassen Sie sich nicht von OB Beutel oder der KMW erpressen. Sie haben es in der Hand, ob in Mainz ein Kohlekraftwerk gebaut wird, oder nicht!

### ***11:50 UHR: STADT WIESBADEN STELLT GRUNDSÄTZLICH STANDORT-FRAGE***

Die Stadt Wiesbaden stellt grundsätzlich die Standort-Frage, also, ob die Ingelheimer Aue überhaupt für ein Kohlekraftwerk dieser Dimension geeignet ist. Nach Ansicht von Dr. Kummer wäre für diese Frage ein Raumordnungsverfahren geeignet gewesen.

Da die Stadt Wiesbaden nicht an einem Bebauungsplanverfahren in Mainz beteiligt würde, ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden das Durchführen eines Raumordnungsverfahren von besonderer Bedeutung um ausreichend beteiligt zu werden.

### ***12:15 UHR: FLÄCHENNUTZUNGSPLAN SIEHT GASKRAFTWERK UND NICHT KOHLEKRAFTWERK VOR***

Dr. Neumann vom BUND verweist auf den geltenden Flächennutzungsplan, dem zu entnehmen ist, dass der beplante Bereich der Ingelheimer Aue als Gebiet für GAS-Kraftwerke ausgewiesen ist. „Gas ist etwas anderes als Kohle“, stellt Neumann klar. Der Flächennutzungsplan widerspricht also dem Bau eines Kohlekraftwerks.

Die KMW behaupten daraufhin, die Stadt Mainz habe im Juli 2007 telefonisch mitgeteilt, der geltende Flächennutzungsplan stünde dem Bau eines Kohlekraftwerk nicht entgegen. Auf Nachfrage teilte daraufhin ein Vertreter der Stadtverwaltung Mainz mit, dass ihm nichts von einem solchen Telefonat bekannt sei.

Fazit: der Flächennutzungsplan sieht auf der Ingelheimer Aue ein Gaskraftwerk vor, NICHT ein Kohlekraftwerk.

#### ***12:40 UHR: KOMA FORDERT VON SGD SÜD AUSSETZEN DES VERFAHRENS***

RA Baumann fordert, dass der Erörterungstermin ausgesetzt wird, bis eine realistische Chance auf die Verwirklichung des Vorhabens besteht. Da der geltende Flächennutzungsplan dem Bau eines Kohlekraftwerks entgegen steht, ist dies zurzeit nicht der Fall.

Baumann verweist auch darauf, dass selbst die Fachbehörde von Sitzungsleiter Sofsky selbst davon ausgeht, dass es sich beim Gelände für das Kohlekraftwerk um Außenbereich handelt. Dies hatte eine Akteneinsicht von Baumann ergeben. Im Klartext: Die Behörden sind sich selbst nicht einig, ob es sich beim beplanten Gebiet um Außenbereich handelt.

#### ***12:40 UHR: „LASSEN SIE UNS WIEDER ZUSAMMEN KOMMEN, WENN DIE KMW IHRE HAUSAUFGABEN GEMACHT HAT“***

KoMa fordert die KMW nach Hause zu schicken und erst dann wieder zusammen zu kommen, wenn sie einen genehmigungsfähigen Antrag vorweisen kann.

#### ***12:50 UHR: FACHBEHÖRDEN UNEINIG IN FRAGE DES RAUMORDNUNGSVERFAHRENS***

Versammlungsleiter Sofsky bestätigt, dass es unterschiedliche Auffassungen der Fachbehörden bezüglich der Frage gibt, ob es sich beim beplanten Gebiet um Außenbereich handelt. Rechtsanwalt Baumann hatte zuvor umfangreich aus Aktennotizen der SGD Süd zitiert, die belegen, dass dies bei den Fachbehörden umstritten ist.

Dies hatte zuvor eine Vertreterin der SGD Süd nicht berichtet, die die Meinung vertrat, dass kein Raumordnungsverfahren notwendig sei. Wieso wurde diese wichtige Information zurück gehalten?

#### ***14:30 UHR: RAUMORDNUNGSVERFAHREN BLEIBT BEHERRSCHENDES THEMA***

Die Landeshauptstadt Wiesbaden, der Rheingau-Taunus-Kreis, der BUND, Greenpeace, KeKoWi und KoMa bleiben hartnäckig: Aus zahlreichen Gründen ist ein Raumordnungsverfahren zwingend erforderlich.

#### ***14:45 UHR: STADTRAT MAINZ WIRD NOCH DIVERSE MALE BENÖTIGT***

Rechtsanwalt Baumann stellt fest, dass der Stadtrat noch diverse mal benötigt wird um Genehmigungsreife herzustellen:

Die Stadt Mainz muss die Gassnerallee an die KMW übertragen; die Gassnerallee muss entwidmet werden; der Bebauungsplan N83 muss noch endültig rechtskräftig werden; der Flächennutzungsplan muss geändert werden...

Wie um Himmels willen soll in Mainz denn noch ein Kohlekraftwerk genehmigt werden, wenn doch der Stadtrat den Bau eines Kohlekraftwerks ablehnt???

### ***15:00 UHR: STAND DER TAGESORDNUNG: 3.1.2 BAUPLANUNGSRECHTLICHE ZULÄSSIGKEIT***

Weit gekommen sind wir in der Erörterung heute wahrlich noch nicht. Soeben wurde der erste Tagesordnung des Tages (3.1.1) abgeschlossen. Dabei liegt es den Kohlekraftwerks-Gegnern fern, das Verfahren in die Länge zu ziehen, denn Rechtsbeistand und Gutachter sind teuer. Außerdem sind wir auch am zweiten Tag noch gar nicht zu den wirklich inhaltlichen Kritikpunkten vorgedrungen. Grund ist, dass die Erörterung immer deutlicher ans Tageslicht bringt, dass die bau- und planungsrechtlichen Grundvoraussetzungen keineswegs erfüllt sind. Dass so schlampig gearbeitet wurde, könnte darauf zurück zu führen sein, dass sich die KMW einst der politischen Unterstützung in Mainz sehr sicher gewesen ist. Dies hat sich aber nun geändert und daher sollte die SGD Süd den Erörterungstermin endlich beenden.

Wozu wird hier über ein mausetotes Projekt getagt?

### ***15:05 UHR: STADTRATSMITGLIED DR. MOSELER: EINVERNEHMEN DER STADT MAINZ WURDE UNRECHTMÄßIG ERWIRKT***

Zurzeit führt Stadtrat Dr. Moseler ausführlich aus, wie es zum Beschluss zum Erteilen des Einvernehmens durch die Stadt Mainz zu Stande gekommen ist. Er spricht von einer fehlerhaften Beschlussvorlage.

### ***15:20 UHR: §34? ODER §35? – EINE WICHTIGE FRAGE***

Für Laien kaum verständlich, fürs Kohlekraftwerk äußerst wichtig: Die KMW möchten nach §34 Baugesetz das Kraftwerk genehmigt bekommen. Damit dies möglich ist, wäre Voraussetzung, dass sich das geplante Kohlekraftwerk „in die vorhandene Bebauung einfügt“. Dies wird allerdings von den Einwendern vehement bestritten. Die geplanten Gebäude sprengen allerdings alle bisher vorhandenen Dimensionen, so dass kaum davon gesprochen werden kann, dass hier eine Baulücke geschlossen wird. Ums zu verdeutlichen: Schließen einer

Baulücke wäre dann vorhanden, wenn in einer Häuserzeile mit Ein-Familien-Häusern ein weiteres Ein-Familien-Haus gebaut würde, nicht aber, wenn jemand auf die Idee käme, in die Lücke ein Hochhaus zu stellen.

### **15:05 UHR: STADT WIESBADEN ERLÄUTERT, WIESO SIE DAS KOHLEKRAFTWERK FÜR RAUMBEDEUTSAM HÄLT**

Ein Vertreter der Stadt Wiesbaden illustriert, wie sich die Silhouette von Mainz aus Wiesbadener Sicht verändern würde, wenn das Kohlekraftwerk gebaut würde. Zahlreiche Stadtentwicklungs-Vorhaben auf Wiesbadener Seite würden durch das Kohlekraftwerk massiv beeinflusst.

### **15:40 UHR: KMW-VORSTAND SCHODLOCK HÄTTE ALS WIESBADENER AUCH PROBLEME MIT DEM Kohlekraftwerk**

Nachdem KMW-Prokurist Dr. Fischer behauptete, das Stadtbild für die Stadt Wiesbaden werde durch das Kohlekraftwerk nicht negativ beeinflusst regiert der Wiesbadener Anwohner Dr. Meinrad von Engelberg prompt: Vergangene Woche hatte KMW-Vorstand Schodlock im Mainzer Stadtrat öffentlich eingeräumt, er hätte an von Engelbergs Stelle auch Probleme mit dem Kohlekraftwerk.

### **16:25 UHR: BÜRGERINITIATIVEN BEANTRAGEN SOFORTIGEN ABRUCH DES ERÖRTERUNGSTERMINS**

Lesen Sie unsere Pressemitteilung hierzu:

Erörterungstermin sofort abbrechen

Zahlreiche Genehmigungsvoraussetzungen nicht erfüllt

Mit einem förmlichen Antrag fordert die Einwendergemeinschaft für eine kohlefreie Region (EG KoMa) einen sofortigen Abbruch des Erörterungstermins. „Zahlreiche wichtige Planungsvoraussetzungen für die Erteilung eines positiven Vorbescheides sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erfüllt“, erklärt Rechtsanwalt Wolfgang Baumann im Namen der EG KoMa. „Der Erörterungstermin war hierzu schon sehr aufschlussreich, vor allem stellte sich aber auch noch im Rahmen der Erörterung heraus, dass ein Raumordnungsverfahren unabdingbar ist.“

1) Die KMW plant ein Kohlekraftwerk auf Grundstücken, die nicht ihr, sondern der Stadt Mainz gehören. Die neue politische Lage im Mainzer Stadtrat lässt es als äußerst

unwahrscheinlich erscheinen, dass die KMW tatsächlich noch auf diese Grundstücke zurückgreifen kann.

- 2) Bei der Gassnerallee handelt es sich um eine Gemeindestraße, die noch entwidmet werden müsste. Dies obliegt dem Stadtrat und da dieser das Kohlekraftwerk ablehnt ist nicht damit zu rechnen, dass eine Entwidmung noch statt finden wird. Ohne diese Entwidmung kann das Kohlekraftwerk so wie hier beantragt nicht realisiert werden.
- 3) Der geltende Flächennutzungsplan sieht im Uferbereich auf Höhe des geplanten Kohlekraftwerks einen geplanten geschützten Landschaftsbestandteil vor. Damit das Kohlekraftwerk genehmigt werden kann, müsste dieser Punkt des Flächennutzungsplans geändert werden. Hierfür wäre der Mainzer Stadtrat zuständig.
- 4) Für die geplante Verkehrserschließung der Ingelheimer Aue soll der Bebauungsplan noch geändert werden. Hierzu wird zurzeit der Bebauungsplan N83 bearbeitet, ein Satzungsbeschluss ist hierfür noch notwendig. Auch hierfür ist der Stadtrat zuständig.

„Als der Erörterungstermin angesetzt worden ist, ist die Genehmigungsbehörde offensichtlich davon ausgegangen, dass die oben beschriebenen Beschlüsse reine Formsache sind“, mutmaßt KoMa-Sprecher . „Dies hat sich aber mit dem ablehnenden Beschluss des Mainzer Stadtrats geändert. Dem muss die Genehmigungsbehörde nun Folge leisten.“

Bezüglich der möglichen Schäden für die KMW, die aus der Tatsache resultieren, dass die KMW fahrlässigerweise noch vor Genehmigung des Projektes das Kohlekraftwerk bestellt haben, erklärt Rechtsanwalt Baumann, dass hiervon wohl am ehesten die Haftpflichtversicherung der KMW-Vorstände betroffen sein sollte.

„Ganz entscheidend ist darüber hinaus, dass endlich ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wird“, erläutert KeKoWi-Sprecher Dr. Meinrad von Engelberg. „Dies ergibt sich schon daraus, dass sich das geplante Kohlekraftwerk unserer Auffassung nach im Außenbereich befindet. Außerdem hätte auch das Durchführen eines wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens ein Raumordnungsverfahren notwendig gemacht. Und schließlich hat das Kohlekraftwerk Auswirkungen für die gesamte Region, gerade angesichts des Schadstoffausstoßes, der nicht an Landesgrenzen endet. Dies haben vor allem die Vertreter der Stadt Wiesbaden heute immer wieder gefordert.“

Beide Bürgerinitiativen finden: „Wir erörtern hier über ein planungsrechtlich totes Projekt. Wozu dieses Verfahren, wenn zahlreiche Planungsrechtliche Voraussetzungen noch gar nicht erfüllt sind?“ An die Genehmigungsbehörde richten sie die Bitte: „Lassen Sie die KMW wieder

antreten, wenn die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau eines Kohlekraftwerks tatsächlich erfüllt sind. Es ist nicht Ihre Schuld, dass die KMW einen schlampigen, unvollständigen Antrag eingereicht hat, aber es ist Ihre Aufgabe ein solches unnötiges Verfahren zu beenden.“

**16:50 UHR: AKTENVERMERK BELEGT, DASS SGD SÜD SICH VORAB AUF §34 FESTGELEGT HAT**

Der Einwender-Anwalt Müller zitiert zurzeit aus Aktenvermerken der SGD Süd aus dem Juli 2007. Dort wurde unter Teilnahme von KMW-Vertretern festgehalten, dass das Verfahren unter §34 genehmigt werden soll.

Ebenfalls den Aktenvermerken ist allerdings zu entnehmen, dass andere Behördenvertreter schon damals die Auffassung vertraten, dass keineswegs §34 anzuwenden ist, sondern vielmehr §35 (Bauen im Außenbereich). Genau diese Position vertraten auch die die Bürgerinitiativen. Es wäre interessant, diesen Behördenvertreter anzuhören. Ob er wohl vortragen darf?

Verhandlungsleiter Sofsky bestätigt gleichwohl, dass die Genehmigungsbehörde nach wie vor davon ausgeht, dass §34 anzuwenden ist.

**17:00 UHR: „DEN MAINZER DOM BEKOMMEN SIE JA GLEICH FÜNF MAL DA REIN“**

Zahlreiche Einwender kritisieren die Dimensionen des Kohlekraftwerks. Das ist deshalb wichtig, weil die KMW behauptet, das Kohlekraftwerk passe sich gut in die Umgebung ein. Wer weiß, wie groß das Kohlekraftwerk werden soll, kann den KMW-Ausführungen wohl kaum folgen.

**SEIT UHR: BÜRGERFRAGESTUNDE VON 17 BIS 18 UHR**

Von 17 bis 18 Uhr können Bürger ihre Bedenken gegen das Kohlekraftwerk unabhängig von der Tagesordnung vortragen.

Zurzeit berichtet eine Einwenderin von ihrer Sorge um das Klima. Das geplante Kohlekraftwerk würde den Mainzer CO<sub>2</sub>-Ausstoß mehr als verdoppeln. Die Einwenderin beschreibt ausführlich die Folgen des Klimawandels. Aus ihrer Sicht ist es unverantwortlich, diese Entwicklung mit dem Kohlekraftwerk weiter zu verstärken. An die Genehmigungsbehörde richtet sie die dringende Bitte, hier die KMW stärker in die Pflicht zu nehmen.

**17:50 UHR: OB BEUTEL VORLADEN**

Stadtratsmitglied Dr. Moseler beantragt, den Mainzer Oberbürgermeister Beutel als Chef der Mainzer Stadtverwaltung beim Erörterungstermin anzuhören. Grund für diese Forderung: Vertreter der Stadt Mainz geben Stellungnahmen ab, als habe der Mainzer Stadtrat letzte Woche nicht getagt. OB Beutel soll deshalb beim Erörterungstermin ausführen, inwiefern die planungsrechtlichen Voraussetzungen zum Bau eines Kohlekraftwerks am heutigen Tag erfüllt sind. Lesen Sie Herrn Moselers Antrag in vollem Umfang:

Wir bitten die SGD Süd den Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Jens Beutel, zum Erörterungsverfahren einzuladen, um mit seiner Kompetenz als Verwaltungschef die neue Haltung der Verwaltung aufgrund der Stadtratsbeschlüsse vom 23.04.2008

1. die fehlenden bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für das geplante Vorhaben,
  2. die Grundstücksverhältnisse und die fehlenden Veräußerungsabsichten der Stadtverwaltung für diesen Bereich,
  3. das fehlende Interesse an der Endwidmung der Gassneralle
  4. das Interesse der Stadtverwaltung an der Beibehaltung des geltenden Flächennutzungsplanes
- darzustellen. Begründung:

Die Aussagen der derzeit vertretenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Mainz decken sich nicht mit der neuen Beschlusslage im Mainzer Stadtrat. Daraus ergibt sich aufgrund der kommunalrechtlichen Vorschriften eine Rechtspflicht der Verwaltung zur Umsetzung der Beschlüsse, so dass von einer neuen Haltung des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz gegenüber dem Vorhaben auszugehen ist. Dies wird sich auch auf die hier benannten Themen auswirken und die getroffenen Annahmen voraussichtlich bestätigen.

### ***18:05 UHR: KOMA UNTERSTÜTZT BEFANGENHEITSANTRAG GEGEN VERHANDLUNGSLEITUNG DER SGD SÜD***

KoMa-Mitglied Udo Kannengießer erklärt für die Bürgerinitiative, dass sie einen zuvor von einem Einwender-Anwalt eingebrachten Befangenheitsantrag gegen die Verhandlungsführer unterstützt.

Grund hierfür ist, dass die SGD Süd sich offensichtlich (zusammen mit Vertretern der KMW) schon im Juli letzten Jahres darauf festgelegt hat, dass das Vorhaben nach §34 genehmigt werden könne. Heute Nachmittag hatte Verhandlungsleiter Sofsky zu Protokoll gegeben, dass die SGD Süd die oben beschriebene Rechtsauffassung nach wie vor vertritt. Ein ergebnisoffenes

Verfahren ist aus Sicht der BI so jedenfalls nicht mehr möglich. Die Zeit von Kungelrunden gehört seit vergangener Woche der Vergangenheit an.

***18:15 UHR: BERATENDES BÜRO DER SGD SÜD WAR DAVON AUSGEGANGEN, DASS ES SICH UM AUßENBEREICH HANDELT***

Rechtsanwalt Baumann zitiert aus Unterlagen der SGD Süd. Diese belegen, dass ein von der SGD Süd beauftragtes beratendes Büro, selbst davon ausging, dass die beantragten Kohlesilos sich im Außenbereich befinden. Erstaunlich, dass die SGD Süd sich hierüber hinweg setzte.

***18:15 UHR: WIESO EIN BEFANGENHEITSANTRAG?***

Am heutigen Tag wurde durch die Einwender in zahlreichen Fällen nachgewiesen, dass die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau eines Kohlekraftwerks nicht erfüllt sind. Aufgrund der ablehnenden Haltung des Mainzer Stadtrats ist nicht damit zu rechnen, dass sich dies noch ändern wird.

Daraufhin hatte der BUND beantragt das Verfahren auszusetzen, bis Planungsreife für das Projekt hergestellt wurde. Mit einer äußerst dünnen Begründung wurde dieser Antrag durch die SGD Süd abschlägig zurück gewiesen. Dass dann auch noch bekannt wird, dass die SGD Süd schon im Juli letzten Jahres ihre bis heute geltende Rechtsauffassung mit der KMW abgesprochen hat, lässt nicht den Schluss zu, dass hier ergebnisoffen erörtert wird. Schlimmer wird der Eindruck noch, wenn man bei einer Akteneinsicht feststellt, dass gleich mehrere Behördenvertreter abweichende Rechtsauffassungen vertraten und möglicherweise noch immer vertreten.

***18:45 UHR: §34 BESCHÄFTIGT ERÖRTERUNGSTERMIN DEUTLICH LÄNGER ALS ERWARTET***

Schon 45 Minuten wird die geplante Zeit des Erörterungstermins überzogen. Zahlreiche Redebeiträge versuchen der SGD Süd zu belegen, dass eine Baugenehmigung nach §34 nicht möglich sein kann, weil sich das geplante Kohlekraftwerk ganz gewiss NICHT in die bisherige Bebauung einfügt. Trotz mehrfachen Bittens ist die KMW nicht in der Lage, die von ihr im eigenen Antrag vorgelegten Fotomontagen zu präsentieren. Diese hätten noch mehr verdeutlicht, dass keineswegs davon die Rede sein kann, dass sich das geplante Kohlekraftwerk in die übrige Bebauung einpasst. Die Erörterung wird ziemlich anstrengend, dabei könnte man sie auf der Stelle abbrechen: Zahlreiche planungsrechtlichen Voraussetzungen zum Bau eines Kohlekraftwerks sind nicht erfüllt und die SGD Süd hätte die Möglichkeit das Verfahren

auszusetzen, bis dies geändert ist. Wozu Tage-, oder sogar Wochenlang erörtern, wenn die KMW gar kein Kohlekraftwerk bauen kann?

### *19:00 UHR: DER KMW MUSS GEHOLFEN WERDEN*

Vielleicht wäre ein Abbruch des Erörterungstermins sogar im Interesse der KMW. hin hat sie bereits lange vor einer möglichen Genehmigung das Kohlekraftwerk bestellt. In zahlreichen Verlautbarungen wurde auch von Seiten der KMW angeführt, dass die derzeit im Raume stehenden Schäden nur für den Fall kämen, dass die KMW aus eigenem Antrieb auf den Bau des Kohlekraftwerks verzichten würde. Alles andere wäre ja auch völlig fahrlässig. Mit anderen Worten: Die KMW braucht einen Ablehnungsbescheid, bzw. Gewissheit, dass das Kohlekraftwerk am vorgesehenen Standort nicht genehmigungsfähig ist. Hierbei ist KoMa der KMW sehr gerne behilflich und bittet auch die SGD Süd, hierbei behilflich zu sein. Wozu das Verfahren unnötigerweise in die Länge ziehen, wenn das Ende schon jetzt klar ist? Das einzige was damit erreicht wird, ist, dass weiter Geld für ein sinnloses Verfahren verbrannt wird und Zeit für den Ausbau von Alternativen verschenkt wird.

### *19:20 UHR: MIT 80 MINUTEN VERSPÄTUNG ENDET DER ERÖRTERUNGSTERMIN FÜR HEUTE*

Am Freitag wird außerplanmäßig mit Tagesordnungspunkt 4 (Immissionsschutz) weiter gefahren. Grund hierfür ist, dass sichergestellt werden soll, dass diese Thematik erörtert wird, bevor am Montag das Thema Gesundheit erörtert wird.

## 2. MAI 2008

### *9:05 UHR: DER DRITTE TAG DES ERÖRTERUNGSTERMINS BEGINNT*

Heute steht die von der KMW vorgelegte Immissionsprognose auf dem Prüfstand. KMW-Vorstand Schodlock behauptete allen ernstes, sie könne 200 Kohlekraftwerke auf der Ingelheimer Aue bauen, ohne dass die geltenden Feinstaub-Grenzwerte gerissen würden. Will die KMW uns wirklich glauben machen, dass man täglich 400 Schiffe voll mit Kohle ohne Auswirkung auf die Luftqualität in der Region verbrennen könnte?

### *9:05 UHR: KERZE ZU GEFÄHRLICH FÜR ERÖRTERUNGSTERMIN??*

KoMa-Vertreter Marc Legg erklärt für die Bürgerinitiative, dass sie darüber enttäuscht ist, dass die Genehmigungsbehörde anscheinend in Zusammenhang mit §34 vorgenommen ins Verfahren gegangen ist.

Enttäuscht ist Legg von der unsouveränen Art und Weise, wie die Verhandlungsleitung am Mittwoch mit einem Einwender umgegangen ist. Der Bürger wollte eine Kerze anzünden und ein Glas darüber halten. Daraufhin wurde er vom Sicherheitsdienst aus dem Saal geführt.

#### ***9:18 STADT MAINZ LEHNT ABBRUCH DES ERÖRTERUNGSTERMINS AB.***

Begründung: Bisher liegen der Stadt lediglich positive Bescheide der verschiedenen Ausschüsse vor, die Grundstücke würden verkauft. Die Ratsbeschlüsse des Stadtrates 23.4. haben auf das Bauvorhaben keine Auswirkungen, da im Stadtrat keine Beschlüsse gefasst wurden, die KMW zu bestimmten Handlungen zu verpflichten. Außerdem sei nicht beschlossen worden, die Stadt würde alles unternehmen um das Bauvorhaben zu verhindern. Deshalb ist davon auszugehen, die Stadt würde der KMW die Grundstücke weiterhin zur Verfügung zu stellen.

#### ***9:25 ANTRAG AUF RAUMORDNUNGSVERFAHREN VON SGD-SÜD ABGELEHNT***

Ein ROV ist eigentlich vor Erörterungstermin anzusetzen. Nach Einschätzung der SGD-Süd ist KEIN Raumordnungsverfahren anzusetzen, da es sich um Flächen im sogenannten Innenbereich handelt. Lediglich für den Außenbereich wäre ein Raumordnungsverfahren anzusetzen. Der Antrag, den Erörterungstermin anzusetzen, bis ROV durchgeführt wurde wird demnach abgelehnt.

#### ***9:29 KANNGIEßER BEFÜRCHTET ERNEUT BEFANGENHEIT DER BEHÖRDE***

9:26 Kanngiesser, für die EG KoMa hatte Antrag gestellt, die Folien über Fotomontagen der KMW dürften heute nicht nachgereicht werden, da die KMW bereits am Mittwoch 3 Stunden Zeit hatte, die betreffenden Folien mit Fotomontagen rauszusuchen und darzustellen.

Kanngießer erinnert an Vorlage eines Befangenheitsantrag seitens der KoMa gegenüber Hr. Sofsky und Gerten für die SGD-Süd und interveniert. Es müsse erst über den Befangenheitsantrag entschieden werden, bevor weitere Anträge der KoMa oder der KMW entschieden werden.

Wie sonst sollte man es werten, wenn Anträge der KMW ohne wenn und aber durch gehen, KoMa Anträge aber zerflückt und abgelehnt werden?

#### ***9:34 VERHANDLUNG WIRD UNTERBROCHEN!***

Kanngießer wurde eine Wortmeldung nicht gestattet, stattdessen unbeeindruckt der TOP4 Immissionsschutz aufgerufen. Anwalt der KoMa Baumann verlässt daraufhin den Saal, mehrere

BI-Mitglieder folgen. Es kann nicht sein, dass die Bi abgewürgt wird und unbeeindruckt die Tagesordnung durchgezogen werden soll!

#### **9:40 UHR: BEUTEL WIRD ZUM ERÖRTERUNGSTERMIN EINGELADEN**

Stadtratsmitglied Dr. Moseler hatte gefordert, den Oberbürgermeister zum Erörterungstermin einzuladen, damit er die neue Beschlusslage des Stadtrats zum Kohlekraftwerk darlegen kann. Dem Antrag wurde entsprochen, Beutel ist jetzt eingeladen. Ob er wohl kommt?

#### **9:50 UHR: ERÖRTERUNG GEHT OHNE EINWENDER WEITER**

Viele Einwender haben empört den Raum verlassen. Viele der Einwender sind noch nicht zurückgekommen. Trotzdem wird der Erörterungstermin fortgesetzt.

#### **9:53 UHR: BEFANGENHEITSANTRAG WIRD ABGELEHNT**

Der Befangenheitsantrag von Rechtsanwalt Müller wird abgelehnt. Müller hat aus einer Akteneinsicht zitiert, die belegt, dass schon im Juli 2007 die SGD Süd zusammen mit der KMW beschlossen hat, das Verfahren sei nach §34 zu behandeln. Verhandlungsleiter Sofsky hatte bestätigt, dass dies nach wie vor Rechtsauffassung der SGD Süd sei.

#### **9:55 UHR: VERHANDLUNG WIEDER UNTERBROCHEN**

Was soll das? Es gibt zahlreiche Wortmeldungen, aber keiner bekommt das Wort erteilt. Die Verhandlungsführung will einfach weiter machen. Rechtsanwalt Baumann ist empört und fordert, dass die Einwender zu Wort kommen. Verhandlungsleiter Gerten will aber auch Baumann nicht zu Wort kommen lassen. Jetzt ist die Verhandlung wieder unterbrochen.

#### **10:07 VERHANDLUNG WIRD FORTGESETZT**

Anträge dürfen „jederzeit“ nur noch beim Antragssekretariat mündlich oder schriftlich gestellt werden. Bisher war es möglich, Anträge mündlich an den Verhandlungsleiter zu stellen. Auch hier ist wohl ein neuer „Stil“ der Verhandlungsführung sichtbar. Anträge werden also nicht mehr öffentlich hörbar! Eine neue Form der Zensur?

#### **10:13 DIE STADT WIESBADEN ZEIGT EINE PRÄSENTATION ZUM TOP 4.1, LUFTSCHADSTOFFE.**

Stadt Wiesbaden fragt sich: Wie kann eine Diskussion über gesundheitliche Risiken und Schadstoffbelastung geführt werden, wenn keine handfesten Daten der KMW vorliegen? Das zugrundeliegende Windfeldmodell Austal 2000 das den Berechnungen der KMW zugrundeliegt

wird kritisiert. Berechnungsfehler können durch größere Geländessprünge bei dem verwendeten Berechnungsmodell vorliegen. Wiesbaden beantragt eine Vergleichsberechnung mit anderen Berechnungsverfahren.

#### ***10:20 UHR: LITZENBURGER IN ERSTER REIHE DER EINWENDER***

Die Mainzer CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Litzenburger sitzt heute Vormittag in der ersten Reihe der Einwender. Zusammen mit der grünen Stadträtin Rössner, der Wiesbadener Umweltdezernentin Thies, der Bürgerinitiativen KoMa und KeKoWi, sowie deren Rechts- und Sachbeistände. Für Litzenburger dürfte das Verlesen eines zwei Tage alten Briefes der Verwaltung der Stadt Mainz interessant gewesen sein. Darin erklärt die Verwaltung es existierten keine rechtswirksamen Beschlüsse des Stadtrats gegen das Kohlekraftwerk. Erst letzte Woche hatte Litzenburger zusammen mit einer Mehrheit des Stadtrats einen klar ablehnenden Beschluss gegen das Kohlekraftwerk gefasst. Wie die KMW jetzt noch an die städtischen Grundstücke, auf denen sie plant, ran kommen will, fragt sie sich wahrscheinlich auch.

#### ***10:33 WIESBADEN BEANTRAGT AUSSETZUNG DES VERFAHRENS WEGEN FEHLERHAFTER EMISSIONSPROGNOSE***

Wiesbaden verlangt, das Verfahren auszusetzen, bis eine glaubwürdige Emissionsprognose durch die KMW vorgelegt wird. Eine weiterführende Diskussion über Gesundheitsbelastung ist aufgrund der Prognose der KMW wie sie gegenwärtig vorliegt nicht möglich!

#### ***10:40 UHR: DRITTE VERHANDLUNGSUNTERBRECHUNG DES TAGES***

Nicht zu fassen. Einwender-Anwalt Müller möchte Stellung nehmen zu einem Brief der Stadt Mainz, in dem eine völlig verquere Rechtsauffassung vertreten wird. Daraufhin bekommt er schon wieder das Mikrofon abgestellt. Das Publikum ist empört, die Erörterung wird erneut abgebrochen. Aber wozu? Die Verhandlungsleiter verlassen den Raum, anstatt sich mit den Einwendern über das weitere Vorgehen zu unterhalten. Mit wem reden sie da wohl im Hinterkämmerchen? In diesem Schnecken tempo wird der Erörterungstermin nie fertig werden. Wenn die Verhandlungsleitung einfach einen zusammenhängenden Vortrag zulassen würde, kämen wir erheblich schneller voran. Und mit weniger Ärger für alle Beteiligten.

#### ***11:00 UHR: ES GEHT WEITER – ABER OHNE ÄNDERUNG IN DER VERHANDLUNGSLEITUNG***

Verhandlungsleiter stellt einmal mehr klar, dass er nicht akzeptiert, dass getroffene Entscheidungen über Anträge nicht von den Einwendern kommentiert werden darf.

**11:05 UHR: CDU-FRAKTIONS-VORSITZENDE DR. LITZENBURGER BEKOMMT KEIN REDERECHT**

Rechtsanwalt Müller wollte sein Wort an die CDU-Fraktionsvorsitzende Litzenburger geben. Diese wollte die aktuelle Beschlussfassung der Stadt Mainz erläutern. Die Verhandlungsleitung räumt ihr hierzu kein Rederecht.

**11:05 UHR: EILANTRAG: BÜRGERMEISTER SCHÜLER (ZUSTÄNDIGER BAUDEZERNENT) SOLL EINGELADEN WERDEN**

Eilantrag von Einwendern. Bürgermeister Schüler soll gehört werden. Er soll einen Brief kommentieren, in dem die Stadtverwaltung behauptet, es gäbe keine Beschlusslage, die den Bau eines Kohlekraftwerks nicht möglich machen könnte.

**11:25 UHR: ANTRAGSSTELLER HAT SCHORNSTEINHÖHE FALSCH BERECHNET**

Die KMW gibt zu, dass sie die Schornsteinhöhe falsch berechnet hat. Bei korrekter Berechnung hätte der Schornstein höher ausfallen müssen.

Einwender-Experte Gebhardt rechnet vor, dass noch weitere Fehler in den Berechnungen vorliegen. Mal schauen, wie viele Fehler er noch offen legt.

**11:30 UHR: ENDLICH WIRD RICHTIG ERÖRTERT!**

Nach diversen unnötigen Verhandlungsunterbrechnungen können wir neue Fehler in den Antragsunterlagen offen gelegt werden. Bald wird es spannend. Unser Experte Dipl.-Ing. Gebhardt wird gleich vorrechnen, was die KMW bei ihren Berechnungen falsch gemacht hat, dann muss die KMW ihre Berechnungen erläutern.

Einen ersten Fehler, der schon 8 Meter Schornsteinhöhe bedeutet, hat die KMW-Gutachterin Häring schon eingestehen müssen.

**11:50 UHR: NOX, STICKSTOFFDIOXID, STICKSTOFFMONOXID – JETZT HABEN DIE IMMISSIONS-EXPERTEN DAS WORT**

Einwender-Experte Gebhardt rechnet vor, dass die Berechnung der Schornsteinhöhe nicht entsprechend der TA Luft durchgeführt wurde. Um ehrlich zu sein: Für Laien ist dem schwer zu folgen.

**12:00 UHR: EINWENDER-EXPERTE NIMMT IMMISSIONSPROGNOSE VÖLLIG AUSEINANDER**

Einwender-Sachverständiger Gebhardt kritisiert, dass für die Berechnung der Schornsteinhöhe des Hilfskessels nicht der Einfluss des Kesselhauses berücksichtigt wurde. Das Kesselhaus ist 110m hoch und nur 80m entfernt vom Schornstein. Es ist offensichtlich, dass eine ungestörte Abführung der Abgase so nicht gewährleistet werden kann. Wieso wurde dieses Gebäude nicht berücksichtigt, fragt Gebhardt.

### *12:20 UHR: WARUM BERÜCKSICHTIGT DIE SGD SÜD DAS KESSELHAUS NICHT?*

Einwender-Experte Gebhardt fragt den Vertreter der Genehmigungsbehörde drei mal, wieso sie der Auffassung ist, dass das höchst Gebäude des Kraftwerksvorhabens bei der Berechnung der Schornsteinhöhe eines Hilfskessels nicht berücksichtigt wurde. Die Antwort lautet alle drei mal: „Wir sind zu der Auffassung gelangt, dass das Kesselhaus nicht zu berücksichtigen ist.“ Aber WARUM? Das kann bisher nicht beantwortet werden.

### *12:25 UHR: OH JE, OH JE. WER "PRÜFT" HIER DEN ANTRAG EINES KOHLEKRAFTWERKS???*

Der gesamte Saal fragt mittlerweile WARUM????????? Es wird denkbar peinlich, denn vom Behördenvertreter, der die Angaben des Antragsstellers PRÜFEN soll. Obwohl alle nur noch den Kopf schütteln hört man vom Behördenvertreter nur: „Wir sind zu dieser Auffassung gelangt.“ Bei den Einwendern bleibt folgendes hängen: Der Beamte kennt sich nicht aus und hat einfach nur die Berechnungen der KMW unkritisch übernommen. Das schlimme: Die gleichen Behördenvertreter entscheiden am Ende über den Antrag. Man fürchtet immer mehr: Am Ende müssen die Gerichte entscheiden.

### *12:45 UHR: KMW FÜHRT WINDMESSUNG FÜR IMMISSIONSPROGNOSE SELBST DURCH*

Mehrere Einwender bemängeln, dass die KMW selbst die Windmessung, auf der die Immissionsprognose fußt, durchgeführt hat. Bei der Erörterung wird klar, dass keine Behörde diese Messung überprüft hat.

### *14:20 UHR: DER DIREKTOR DES MAX PLANCK INSTITUTS FÜR CHEMIE AN DER UNI MAINZ REFERIERT ZUM KLIMAWANDEL*

Auf Einladung der Stadt Wiesbaden referiert der Direktor des Max Planck Instituts für Chemie an der Uni Mainz, Prof. Dr. Andrae über den Klimawandel.

Zunächst erläutert er, dass es unter Wissenschaftlern kaum noch Zweifel am vom Menschen verursachten Klimawandel gibt. Nach seinen Ausführungen gibt es eine ganz klare Korrelation

zwischen CO<sub>2</sub>-Konzentration und Temperatur auf der Erde. Dann führt er aus, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration auf der Erde kontinuierlich stark ansteigt und mit ihr auch die Temperatur.

***14:25 UHR: „WIR WERDEN VON DEN TRENDS VON HINTEN ÜBERHOLT“***

Der Klimaexperte erklärt: „Das erschreckende für uns Klimaexperten ist, dass unsere schlimmsten Prognosen ständig von hinten überholt werden.“ Damit meint er, dass die Folgen des Klimawandels viel schneller kommen, als die Wissenschaftler es erwartet haben.

Soeben zeigt er, dass das Abschmelzen des Grönland-Eises – Zitat- „galoppierend“ zunimmt. Auch in der Antarktis nimmt das Abschmelzen „katastrophal“ zu.

Und wenn Prof. Andrea sich mal gruseln möchte, dann – wieder Zitat – liebt er nicht Steven King, sondern schaut sich die Graphiken zur Zunahme der der CO<sub>2</sub>-Emissionen an. Grund hierfür sind steigender Energiebedarf und damit steigender CO<sub>2</sub>-Ausstoß, aber auch, dass natürliche Senken mittlerweile eine Sättigung erfahren.

***14:25 UHR: KONSEQUENZ: REDUKTION VON CO<sub>2</sub>-EMMISSION MUSS AUF NULL ZURÜCKGEFÜHRT WERDEN***

Der Direktor des Max Plank Instituts fordert Moratorium für neue Kohlekraftwerke, weil diese eine falsche Ausrichtung in der Klimapolitik auf fünf Jahrzehnte zementieren würde.

***16:00 UHR: DIE STADT WIESBADEN FORDERT: GRENZWERTE 2010 MÜSSEN EINGEHALTEN WERDEN***

Eine Vertreterin der Stadt Wiesbaden führt aus, dass die Feinstaub-Grenzwerte ab 2010 verschärft werden sollen. Das Kohlekraftwerk soll 2013 in Betrieb genommen werden, folglich sollten diese Grenzwerte auch herangezogen werden. Dies wird auch von der Stadt Wiesbaden so beantragt.

***16:10 UHR: KOHLEKRAFTWERK IN DATTELN BEKOMMT DEUTLICH BESSERE FILTERTECHNIK***

Einwender-Gutachter Gebhardt verliest ein Schreiben von EON zum geplanten Kohlekraftwerk in Datteln, das belegt, dass dort nur halb so hohe Emissionswerte wie in Mainz beantragt wurden. Wieso beantragt die KMW doppelt so hohe Emissionswerte? Eine Antwort erhält man von der KMW nicht.

### ***16:15 UHR: KMW BESTÄTIGEN: KOHLEKRAFTWERK VERDOPPELT NO2-EMISSIONEN DER STADT MAINZ***

Einwender Heiko Duppel hebt hervor, dass das Kohlekraftwerk die Emissionen von NO<sub>2</sub> in Mainz verdoppeln würde. Dies wird von der KMW bestätigt. NO<sub>2</sub> ist verantwortlich für die Entstehung von bodennahem Ozon, das die Atemwege schädigt – Stichwort Ozon-Smog.

### ***16:45 UHR: ANWOHNERIN SORGT SICH UM GESUNDHEIT IHRER KINDER***

Kerstin Steuerwald, Anwohnerin in Mombach, kritisiert, dass die KMW sich weigert, die beste, verfügbare Technik anzuwenden. Sie führt aus, dass sie in der ersten Häuserzeile zum Industriegebiet Mombach wohnt und dort ein Haus besitzt. Ihre beiden kleinen Kinder sind bereits gesundheitlich vorbelastet und sie hat von Ärzten schon gesagt bekommen, dass dies bei der Vorbelastung nicht verwunderlich sei. Umso mehr kann sie nicht nachvollziehen, dass die KMW sich nur auf zulässige Grenzwerte zurückzieht, anstatt zu versuchen, die best möglichen Emissionswerte einzuhalten. Wieso kann EON halb so hohe Emissionswerte gewährleisten, die KMW aber nicht? Geht hier womöglich Geld vor Gesundheit?

### ***16:55 UHR: EINWENDER-ANWALT BAUMANN FORDERT BESSERE FILTERTECHNIK***

„Es ist unfassbar dass die KMW, die sich voll in kommunaler Hand befindet, erdreistet den Bürgern der Region so hohe Emissionen zuzumuten für Strom, der nicht in der Region benötigt wird.“

Einwender-Experte Gebhardt hatte ausgeführt, dass heute schon bessere Abgasreinigungstechnik verfügbar ist, die EON bei einem anderen Kohlekraftwerk auch anwendet. Unfassbar, dass die KMW dies in Mainz verweigert.

### ***17:30 WIESBADENER UND RHEINGAUER HANGLAGEN STARK BELASTET***

Zeitgemäße Berechnungsmodelle würden laut Einwender-Sachbeistand Gebhardt realistischere Werte zu Schadstoffbelastungen der Wiesbadener Hanglagen und derjenigen im Rheingau ergeben. Diese würden belegen, dass die Schadstoffbelastung in diesen Gegenden deutlich höher ausfallen würden, als von der KMW dargestellt. Das von Gebhardt empfohlene Rechenprogramm hat gerade in Gelände mit Hanglagen große Vorteile.

### ***17:20 UHR VERHARMLOSENDES BERECHNUNGSMODELL DER KMW?***

Einwender-Experte Gebhardt weist in Vortrag nach, dass die von der KMW zur Berechnung der Ausbreitung von Schadstoffen verwendeten Rechenmodelle die Immissionsmenge und ihre Ausbreitung deutlich unterschätzen! Unkenntnis auf Seiten der KMW oder bewusste Verharmlosung??

### *17:45 WIESBADEN UND RHEINGAU STARK BELASTET*

Laut Gebhardt ergeben zeitgemäße Berechnungsmodelle eine weitaus höhere Schadstoffbelastung vor allem der Wiesbadener Hanglagen als das Modell der KMW behauptet!

### *18:10 UHR: SKANDAL: BAUDEZERNENT WIRD NICHT EINGELADEN*

Oberbürgermeister Jens Beutel verbietet Baudezernent Schüler beim Erörterungstermin zum Kohlekraftwerk vorzusprechen. Ein Skandalöser Vorgang: Die Stadt Mainz hat am Mittwoch eine falsche Stellungnahme abgegeben. CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Litzenburger, sowie die Stadträte Rössner und Dr. Moseler hatten daraufhin beantragt, den Baudezernenten und Bürgermeister Schüler hierzu anzuhören. Dem Vernehmen nach wäre Schüler hierzu auch bereit gewesen. Sein Dienstherr, Oberbürgermeister Beutel, ein bekanntlich großer Kohle-Befürworter, untersagt ihm dies allerdings. Es ist nicht zu fassen, mit welchen Mitteln Beutel versucht dieses Kohlekraftwerk noch durchzupetschen. Aber es wird ihm nichts helfen, solange sich die Stadträte nicht vom OB erpressen lassen. Denn ohne Grundstücke, und hierüber entscheidet der Stadtrat, wird kein Kohlekraftwerk gebaut. Was der Vorgang auf jeden Fall deutlich macht ist dies: Beutel behandelt Mainz wie sein Königreich und der König sagt, wo's lang geht.

### *18:30 UHR: IMMISSIONSPROGNOSE WURDE MIT UNGEEIGNETEM SOFTWARE-PROGRAMM DURCHGEFÜHRT*

Die KMW weigert sich ein besser geeignetes Rechenmodell für die Schadstoffausbreitung anzuwenden. Sowohl der Sachbeistand der Einwendergemeinschaft EG KoMa, Dipl.-Ing. Gebhardt, als auch die Stadt Wiesbaden führen an, dass das angewendete Rechenmodell nicht für Inversionswetterlage (austauscharmes Wetter) und nicht für große Geländesteigung geeignet sind. Was hat die KMW zu befürchten, wenn ein anderes Rechenmodell angewendet wird?

### *18:30 UHR: KOMA STELLT FEST: „KMW NICHT GEWILLT, VERTRAUEN WIEDER HERZUSTELLEN“*

KoMa-Vertreter Marc Legg zeigt sich enttäuscht darüber, dass die KMW sich weigert, auf die Bürger der Region zuzugehen: Sie weigern sich, besser geeignete Ausbreitungsrechenmodelle anzuwenden, sie weigern sich, bessere, verfügbare Abgasfiltertechnik anzuwenden und sie

weigern sich, Grenzwerte zu beantragen, die ab 2010 (also noch drei Jahre vor Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks) gelten werden. EON verspricht bei einem vergleichbaren Projekt HALB so hohe Emissionswerte, die kommunale KMW beruft sich auf Übergangsregelungen und weigert sich deshalb bessere Technik anzuwenden. KoMa hätte von einem kommunalen Unternehmen mehr Rücksicht erwartet.

### *20:00 UHR: KMW KANN NICHT SAGEN, WELCHE KOHLE VERBRANNT WERDEN SOLL*

Dies ist keine unwichtige Frage, denn unterschiedliche Kohlesorten haben unterschiedliche Konzentrationen von Schadstoffen. Woher soll die Kohle kommen und mit welchen Schadstofffrachten? Erst wenn die KMW hier die Karten klar auf den Tisch legt, ist es möglich die Immissionsprognose korrekt zu prüfen.

### *20:20 UHR: EIGENTÜMER DER KMW DISTANZIERT SICH VON KMW-VORSTAND UND FORDERT RÜCKTRITT*

Ein Einwender erklärt: Ich bin als Mainzer Bürger Eigentümer der KMW und es tut mir leid, mich von meinem eigenen Unternehmen entziehen zu müssen. Der Vorstand „meiner“ KMW richtet sich gegen mich und weitere „Miteigentümer“. Hoffentlich bekommen wir die Rede des Herren. Dann werden wir sie an dieser Stelle im Wortlaut dokumentieren.

### *20:30 UHR: EIN LANGER TAG ENDET – MIT 150 MINUTEN VERSPÄTUNG*

Nachdem der Tag aufgrund von Meinungsverschiedenheiten rund um die Geschäftsordnung turbulent begann, wurde dann doch sehr lange erörtert. Von Seiten der Einwender wurde die Immissionsprognose massiv angezweifelt. Besonders interessant war der Streit um die notwendige Höhe des Schornsteins. Von Seiten der Einwender wurden Fehler in den Berechnungen der KMW-Gutachter belegt, einer wurde von Seiten der KMW auch schon eingeräumt.

Insgesamt wurden heute die Punkte 4.1.1 und 4.1.2 erörtert, mit Ausnahme der diffusen Emissionen.

Am Montag geht es mit einem sehr wichtigen Punkt weiter: GESUNDHEITLICHE AUSWIRKUNGEN des Kohlekraftwerks.

### *EIN KMW-EIGENTÜMER DISTANZIERT SICH VON SEINEM UNTERNEHMEN*

Ein Mainzer Bürger hat heute eine denkwürdige Rede gehalten. Als „Eigentümer der KMW“ distanziert er sich von eben jener KMW. Wir danken ihm, dass er uns seine Rede zur Verfügung gestellt hat und dokumentieren sie in voller Länge:

„Als Eigentümer der KMW bedauere ich, dass ich mich nicht vor meinen in Bedrängnis geratenen Vorstand stellen kann.

Dieser Vorstand verweigert, in einer für mich nicht nachvollziehbaren Weise, die Beantwortung von Fragen meiner Miteigentümer.

Dieser Vorstand hat offenbar ein Kraftwerk bestellt, bevor von der zuständigen Behörde überhaupt eine Genehmigung erteilt ist – zudem auch noch bei einer Firma, die unwidersprochen als „durch und durch korrupt“ bezeichnet wird.

Der Vorstand hat damit eklatant gegen seine Dienstpflicht verstoßen.

In einer nicht hinnehmbaren Starrheit hält dieser Vorstand unbelehrbar an einem Vorhaben fest, das von den Eigentümern des von ihm geleiteten Unternehmens mit überwältigender Mehrheit nicht gewünscht wird.

Auch die gewählten Vertreter der Eigentümer in Wiesbaden und Mainz haben sich gegen dieses Kohlekraftwerk ausgesprochen.

Ich entziehe diesem Vorstand daher mein Vertrauen und fordere ihn auf: Treten Sie zurück!

Ich bitte auch die zuständigen Gremien zu prüfen, inwieweit dieser Vorstand entlassen werden kann.

Sollte das deutsche Aktienrecht dem entgegenstehen – ein Unternehmen, das in solch dramatischer Weise gegen die Interessen und zum Schaden seiner Eigentümer agiert, kann auch aufgelöst werden.

Als Bürger und damit Souverän dieses Landes – d.h. als oberster Dienstherr der dieses Verfahren leitenden Genehmigungsbehörde muss ich leider zu Protokoll geben, dass ich auch mit Ihrer Arbeit unzufrieden bin:

Sie haben sich offenbar bereits früh auf § 34 Baugesetz festgelegt und damit auf eine ergebnisoffene Prüfung des Vorhabens verzichtet.

Sie haben verkannt, dass es sich bei der Errichtung einer monströsen Stromfabrik zur Gewinnerzielung am freien Energiemarkt an Stelle der vom gültigen Flächennutzungsplan

gedeckten Anlage zur Eigenversorgung der Mainzer und Wiesbadener Bürger um eine Nutzungsänderung handelt und damit ein Raumordnungsverfahren erforderlich ist.

Oder würden Sie mit mir ähnlich nachsichtig verfahren, wenn ich den Gasherd in meiner Reihenhausküche durch eine 150 m hohe Brotfabrik ersetzen wollte? (eventuell auch noch kohlebefeuert)

Durch den Verzicht auf das erforderliche Raumordnungsverfahren haben Sie sich die Möglichkeit der Prüfung vernünftigerer Alternativen genommen.

Die Tagesordnung dieser Veranstaltung beinhaltet in erheblichen Teilen Themen, die für einen immissionsrechtlichen Bescheid unbeachtlich sind.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass mir damit suggeriert werden soll, meine Bemühungen um Alternativen für die eines Menschen des 21. Jahrhunderts unwürdige Kohleverbrennung seien hier von Belang. Das ist aber ganz offensichtlich nicht der Fall, denn Sie haben im immissionsrechtlichen Verfahren in jedem Fall eine Genehmigung zu erteilen, solange nicht gegen geltendes Immissionsrecht verstoßen wird, auch wenn das Projekt noch so unvernünftig und schädlich ist.

Herr Vorsitzender, der Souverän braucht kein „Ventil“. Er möchte sich lediglich davon ein Bild machen, inwieweit seine Genehmigungsbehörde sachgerecht und ordentlich arbeitet.

Aus dem Verlauf dieser Veranstaltung ist für mich dies bislang nicht erkennbar.

Ich bitte Sie daher diese Show-Veranstaltung zu beenden.

Falls die KMW, wider alle Vernunft, an diesem unsinnigen und schädlichen Vorhaben festhalten will, wäre das erforderliche Raumordnungsverfahren einzuleiten.

Ich würde Sie dann allerdings bitten, die Tagesordnung so zu gestalten, dass dem besorgten Bürger – d.h. Ihrem obersten Dienstherrn – auch tatsächlich die Möglichkeit gegeben wird, das ihm zustehende Kontrollrecht auszuüben, u. a. durch die Einbeziehung von Sachverständigen zu praktikablen Bedingungen.

Zweck einer Tagesordnung ist, eine sachgerechte Anhörung zu ermöglichen, nicht zu verunmöglichen.

Abschließend noch eine Anregung für die anwesenden Juristen:

Die Firma, bei der die KMW das Kohlekraftwerk bestellt hat, hat in der Vergangenheit nachgewiesene 1,4 Milliarden Euro für die, nennen wir es „politische Landschaftspflege“ ausgegeben. (Für die älteren Zuhörer: das sind 2,8 Milliarden DM – nachgewiesen, der tatsächliche Betrag könnte deutlich darüber liegen).

Es wäre zu prüfen, ob Rechtsgeschäfte, die im Umfeld einer solchen Firma abgeschlossen wurden, nicht als sittenwidrig im Sinne des §138 BGB zu gelten haben. In diesem Fall wären sie nichtig.

Vor diesem Hintergrund könnten sich die im Raum stehenden angeblichen 81 Millionen Euro Schadenersatzforderungen, über deren Zusammensetzung und Berechtigung wir ja leider nur spekulieren können, bereits in Wohlgefallen auflösen."

5. Mai 2008

#### *7:00 UHR: HEUTIGES THEMA AUF DER TAGESORDNUNG: GESUNDHEIT*

Heute steht ein Punkt auf der Tagesordnung, der viele Menschen im Zusammenhang mit dem geplanten Kohlekraftwerk umtreibt: Gesundheitliche Auswirkungen des Kohlekraftwerks.

Verschiedene Ärzte und Professoren der Uniklinik haben ihr Erscheinen angekündigt, um der Genehmigungsbehörde ihre Bedenken gegen den Bau des Kohlemeilers mitzuteilen.

Am Freitag wurde im Rahmen des Erörterungstermins klar, dass die KMW beantragt hat, doppelt soviel Schadstoffe auszustoßen zu dürfen, wie es heute schon problemlos technisch möglich ist und ab dem Jahr 2010, also noch drei Jahre vor der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks, schon gesetzlich vorgeschrieben sein wird. Davon, dass die kommunale KMW sich (noch dazu im Ballungsraum Mainz/Wiesbaden) besondere Gedanken um Filtertechnik machen würde ist jedenfalls nichts zu spüren. Ein KMW-Vertreter meinte am Freitag: „Wir sind ein unabhängiges Unternehmen und es kann uns keiner zwingen, strengere Grenzwerte einzuhalten, als sie heute vorgeschrieben sind.“ Na danke! Dann wissen wir wenigstens, woran wir bei Ihnen sind!

#### *9:09 MIKROFONANLAGE WIRD NEU KONFIGURIERT*

Aufgrund technischer Probleme verzögert sich der Beginn des neuen Verhandlungstages. Momentan wird ein umfangreicher Mikrofontest durchgeführt. Wenn das die einzigen Probleme für den heutigen Tag sind, gehört zu werden, dann wäre das zu verschmerzen.

#### *9:32 VERHANDLUNG STARTET*

Nach 30 Minuten Verzögerung startet der Erörterungstermin mit dem Schwerpunkt Gesundheit endlich.

**9:49 SGD UND OB BEUTEL LEHNEN ANTRAG BÜRGERMEISTER UND BAUDEZERNENT SCHÜLER ZU HÖREN AB!**

Es wurde ein Antrag von Seiten der Einwender gestellt, Baudezernent und Bürgermeister Hr. Schüler einzuladen um zu baurechtlichen Fragen Stellung zu nehmen. Oberbürgermeister Beutel legte darauf eine Stellungnahme an den Verhandlungsleiter der SGD-Süd Herr Gerten vor, Schüler sei in diesen Fragen nicht zuständig! Herr Schüler war heute Morgen kurz anwesend um von der SGD-Süd Klarheit in diesem Fall zu erhalten. Herr Gerten sah nicht die Notwendigkeit, Herrn Schüler in diesem Erörterungstermin zu Wort kommen zu lassen. Fraktionsvorsitzende der Grünen Tabea Rößner ist darüber empört!

**9:52 DR. MOSELER ÖDP STADTRATSMITGLIED EMPÖRT ÜBER VERZÖGERUNG BEZ. ANHÖRUNG BÜRGERMEISTER SCHÜLER**

Dr. Claudius Moseler, Stadtratsmitglied hakt nach: Er hatte bereits letzte Woche einen Antrag gestellt Bürgermeister Schüler einzuladen und ist empört darüber, dass noch nicht einmal ein Gesprächstermin mit Schüler vereinbart wurde! Verhandlungsleiter Gerten will in der nächsten Pause dazu Stellung beziehen. Es hegt sich der Verdacht, dass hier interne Absprachen getroffen wurden, ein Auftreten Schülers zumindest zu verzögern.

**PROF PIETSCH, STELLV. LEITER DER ABTEILUNG DER HYGIENE UND UMWELTMEDIZIN DER UNIVERSITÄT MAINZ TRÄGT VOR**

Es spricht nun Prof. Dr. med. habil. Michael Pietsch, Facharzt für Hygiene und Umweltmedizin und stellv. Leiter der Abteilung der Hygiene und Umweltmedizin der Universität Mainz.

Prof. Pietsch zweifelt Qualität der Umweltverträglichkeitsuntersuchung der KMW an. „Die Literaturliste in der Umweltverträglichkeitsprüfung lässt den Schluss zu, dass man sich hier nicht eingehend mit der Thematik beschäftigt hat!“

**10:17 UMWELTDEZERNENT REICHEL AM EINWENDERTISCH**

Der Umweltdezernent Reichel (CDU) ist heute in der Phönixhalle und verfolgt die Ausführungen von Prof. Pietsch.

10:25 Prof. Pietsch referiert über Keime und Mikroorganismen in Schwaden der Kühltürme

Prof. Pietsch referiert über Mikroorganismen, die in den Schwaden der Kühltürme gemessen werden. Die Frage die Pietsch stellt: Welche Maßnahmen sieht die KMW vor, die Menge der Keime, die sich im Kühlwasser finden zu reduzieren? Es kommt durch die Kühltürme zu einem kontinuierlichen Ausstoß von Krankheitserregenden Keimen in einem Radius von 1500 Metern. Prof. Pietsch zeigt auf dem Stadtplan von Mainz die betroffenen Wohngebiete im Umkreis des geplanten Kühlturms. Prof. Pietsch stellt mehrere Fragen: „Welche Mikroorganismen finden sich im Bereich der Kühlwasserentnahmestelle? Ist der Einfluß von Stillstandzeiten auf die Keimvermehrung im Restwasser bekannt? Gibt es einen Plan für Reinigungsmaßnahmen nach Beendigung des Kühlturbetriebes? Nur wenn hygienische Rahmenbedingungen eingehalten werden, ist ein erhöhtes gesundheitliches Risiko der Bevölkerung zu minimieren!“

**10:34 FRAU HÄRING, KMW: "MEINE UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG BASIERT AUF** Literaturrecherche."

Dr. Fischer, KMW soll nun die Fragen von Hygieneexperten Prof. Pietsch beantworten.

Dr. Fischer betont, dass die dargestellten Effekte von Prof. Pietsch schon seit den 70ern auftreten müssten, da bereits ein Kühlturm des Kraftwerks 2 seit Jahrzehnten betrieben werde. Der neue Kühlturm soll nur im Sommer betrieben werden.

Dr. Thun, KMW: Es ist nur eine mechanische Aufbereitung des Kühlwassers geplant. Eine chemische Reinigung ist nicht vorgesehen. Frau Häring, KMW, führte die Umweltverträglichkeitsuntersuchung durch und ergänzt: „Meine Untersuchung basiert auf Literaturrecherche von anderen Genehmigungsverfahren!“ Anscheinend wurde überhaupt keine eigene Messung z.B. von Keimen im Rheinwasser durchgeführt?

**10:43 KMW HAT KEINE MESSUNGEN FÜR UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG DURCHGEFÜHRT**

Prof. Pietsch legt nach: In der Umweltverträglichkeitsuntersuchung wurden Daten von anderen Kühlturmtypen miteinander verglichen! Auch der Hinweis von Dr. Fischer, bisher gebe es keine Probleme mit Keimen aus dem Kühlturm des Kraftwerks 2, wird von Prof. Pietsch hinterfragt. Auf Nachfrage nach Studien und Untersuchungen bez. der Keimzahlen an der Kühlwasserentnahmestelle von Prof. Pietsch an die KMW, kann diese nicht Antworten. Dr Fischer: „Wir haben keine Messungen bezüglich der Keimbelastung durchgeführt.“

**10:50 EINE FRAGE DER WERTE**

Rechtsanwalt Müller für die Einwenderseite stellt die Fragen nach den Werten: Woher nimmt die KMW die Daten, zu behaupten der Kühlturm sei nur wenige Tage im Jahr im Betrieb? Gibt es Werte nach der Gesundheitsbeeinträchtigung der belasteten Gebiete (Umkreis des Kraftwerks) und Krankheitszahlen?

**10:57 PROF. PIETSCH: „MAN KANN NICHT ÄPFEL MIT BIRNEN VERGLEICHEN!“**

In der Umweltverträglichkeitsprüfung hat Frau Häring der KMW, die Daten von unterschiedlichen Kühltürmen miteinander verglichen und kommt so zu Daten, die bei einer tatsächlichen Messung so nicht auftreten würden.

**11:00 KEIMBELASTUNG IM FREIBAD?**

Einwender Freimuth, Betreiber des Mombacher Schwimmbads, befürchtet eine Keimbelastung seiner Schwimmbecken im Sommer. Sein Schwimmbad werde schließlich auch regelmäßig und penibel auf Keime hin untersucht.

**11:15 WIE LANGE SOLL DER KÜHLTURM LAUFEN?**

Prof. Dr. Pietsch: „Infektionen finden in kurzer Zeit statt.“ Deshalb sei es von enormer Bedeutung, wie lange der Kühlturm läuft. Dr. Pietsch fragt Dr. Fischer von der KMW: „Wie lange wird denn der Kühlturm jetzt wirklich betrieben? 5 Wochen im Jahr oder zwei oder stundenweise?“

Dr. Fischer: Der Kühlturm werde dann betrieben, wenn die Rheintemperatur zu hoch sei. Zukünftige Werte zur Temperatur des Rheinwassers könnten aber ja nicht vorausgesehen werden.

**11:18 EINWENDER: "MEINE BEDENKEN NEHMEN IN DIESEM VERFAHREN ZU!"**

Marc Legg für die Einwendergemeinschaft spricht von einem zunehmenden "körperlichen Unbehagen" in Betrachtung des Agierens der KMW bei diesem Erörterungstermin. "Herr Fischer, Sie reagieren hier mit einer Nonchalance auf fundierte Einwände der Vortragenden!" Auch wenn der Kühlturm nur selten läuft, sei die Belastung durch Keime gefährlich für die Bevölkerung. Legg: "Meine Bedenken nehmen in diesem Verfahren ZU!"

**11:25 KMW SCHLECHT VORBEREITET!**

Dr. Fischer (KMW) begnügt sich mit knappen und unpräzisen Antworten. Zum Thema Belastung durch Keime stellt Rechtsanwalt Müller daher fest: „Die Antragstellerin ist auf diese Frage schlecht vorbereitet“. Er führt auf, dass Prof. Dr. Michael Pietsch praktisch in allen Aspekten dieser Problemstellung eine andere Ansicht hat als die KMW. Müller: „Hier wurde einfach etwas zusammengeschrieben, um es passend zu machen!“

### ***11:28 WO STEHT IN DEN ANTRAGSUNTERLAGEN WIE LANGE DER KÜHLTURM BETRIEBEN WIRD?***

Rechtsanwalt Müller sieht seine Frage nach dem Betrieb des Kühlturms noch immer nicht beantwortet. Dr. Fischer: "Wir können dazu keine Angabe machen, da dies von der Rheintemperatur abhängt - und auf die haben wir schließlich keinen Einfluss."

### ***11:40 FRAU HÄRING FÜR DIE KMW: ICH BIN KEINE FACHFRAU!***

Frau Häring (für die KMW) bestätigt auf Nachfrage, dass sie keine Fachfrau für die Keimproblematik sei. Sie sagt: "Meine Angaben entstammen der Literatur. Es wurde nicht für nötig erachtet, ein Fachgutachten zu diesem Thema zu erstellen."

### ***11:47 RA BAUMANN FASST ZUSAMMEN: THEMA KEIME UND KÜHLTURMBETRIEB WURDE VON DER KMW UNTERSCHÄTZT***

Rechtsanwalt Baumann für die Einwendergemeinschaft: "Die Anlagenbeschreibung erhält zum Kühlturm drei Zeilen, in der Umweltverträglichkeitsprüfung sind es ganze zwanzig Zeilen. Die Problematik ist hier völlig unterbelichtet worden!" Laut Baumann hätte dies bereits von der SGD-Süd im Vorfeld bemängelt werden müssen. Der Klimawandel schreitet voran - dies wird auch Auswirkungen auf die Rheintemperatur und damit auf die Betriebszeit des Kühlturms haben! Wie immer plant die KMW unsere Zukunft mit Blick in die Vergangenheit. Rechtsanwalt Baumann: "Es liegt nichts vor zu den tatsächlichen Auswirkungen des Kühlturms." Baumann beantragt bei der SGD, ein Gutachten zu dieser Problematik von der KMW einzufordern.

### **12:15 UMWELTDEZERNENTIN RITA THIES NOCH EINMAL FÜR RAUMORDNUNGSVERFAHREN**

Rita Thies, Umweltdezernentin WI, geht noch einmal auf die Abstände zur Wohnbebauung ein: Auf WI-Seite stehen in Entfernung ab 700m zum Kraftwerk Wohnhäuser in Biebricher Seite. Außerdem ist dort das Freizeitgelände Rettbergsaue der Biebricher Schlosspark, etc. in direkter Nähe zum geplanten Kraftwerk. Eine hohe Freizeitnutzung dieser Gebiete findet im Sommer statt, gerade wenn Rheintemperatur höher als 26,5°C beträgt und der Kühlturm mit seinen Emissionen in Betrieb ist. Rita Thies unterstützt den Antrag von Rechtsanwalt Baumann (Anwalt der Einwandergemeinschaft) zur Aussetzung des Erörterungstermins, bis ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wurde.

### **PAUSE BIS**

### **12:45 UMWELTDEZERNENT SCHÜLER WIRD EINGELADEN**

Dem Antrag 48 von Rechtsanwalt Müller für die Einwenderseite wird stattgegeben. Die SGD-Süd lädt Baudezernent Schüler nun doch ein!

### **12:50 PRIVATEINWENDER ERHEBLICHE BEDENKEN BEZ. GESUNDHEIT UND UMWELT**

Herr Emich, Privateinwender, macht seine Bedenken in Bezug auf die Gesundheitsgefährdung der Einwohner besonders in Biebrich deutlich. Besonders sei er in seiner Freizeitgestaltung mit seinen Kindern eingeschränkt. Die Freizeitgestaltung auf der Rettbergsaue, etc. ist durch den Kohlkraftwerksbau gefährdet. Eine Alternative sieht Herr Emich in einem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk. Besonders im Feinstaubastoss des Kohlekraftwerks und beim Ausstoß von 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> sieht Herr Emich eine erhebliche Gesundheitsgefährdung und im Kraftwerksvorhaben der KMW einen technischen Rückschritt.

### **HÄRING, KMW: "KEINE ZUSÄTZLICHEN GESUNDHEITSBELASTUNGEN DURCH KRAFTWERK!"**

Frau Häring, KMW: „Es resultieren keine zusätzlichen Gesundheitsbelastungen durch das Kohlekraftwerk.“ Darauf meint Herr Freimuth, Betreiber eines Schwimmbades in MZ: „Sie sprechen wieder Ihre eigene Umweltverträglichkeitsprüfung an. In der heißt es aber, dass Sie mangels Daten auf Werte des Frankfurter Flughafens zurückgreifen!“ Anscheinend wurde hier unprofessionell Seitens der KMW gearbeitet.

### **13:05: FORßBOHM, GESUNDHEITSAMT WIESBADEN: FEINSTAUB ERHÖHT LUNGENKREBS- UND HERZINFARKTRISIKO**

Vortrag von Dr. Michael Forßbohm vom Gesundheitsamt Wiesbaden über Schadstoffe, die bei der Verbrennung von Kohle auftreten und die Folgen für die Gesundheit. Besonderer Schwerpunkt des Vortrags: Feinstaub.

400 t jährlicher Ausstoß des KKW von PM10. Die Folge: Zunahme von Herzinfarkten und Schlaganfällen. Eine Zunahme von 10µg von beispielsweise PM 2,5/m<sup>3</sup> hat eine Zunahme von Todesfällen zur Folge:

- + 4% Todesfälle aller Art
- + 6% Risiko von Todefällen durch Herzinfarkt
- + 8% Todesfälle durch Lungenkrebs

### **13:15 DR. FORßBOHM: „JEDES KILO FEINSTAUB IST EINS ZU VIEL!“**

Vortrag von Dr. Michael Forßbohm Langzeitstudie in den USA über 6 Jahre: je höher die Feinstaubkonzentration (PM 2,5) desto höher das Herzinfarkttrisiko: Eine Zunahme von 10 µg PM 2,5 / m<sup>2</sup> hat eine Erhöhung von 24% Risiko einer Herzerkrankung zur Folge.

„Jedes Kilo Feinstaub ist eins zu viel! Es ist immer der niedrigste Schwellenwert bei Richtlinien anzusetzen!“ Die Erhöhung der Faunstaubbelastung von 10 µg/m<sup>3</sup> bewirkt einen Anstieg der täglichen Todesrate um 0,5%

### **13:25 FORßBOHM: AB 2010 NUR NOCH 7 ÜBERSCHREITUNGEN DER HÖCHSTGRENZE PM10/JAHR ERLAUBT!**

Vortrag von Dr. Michael Forßbohm: ab 2010 sind laut EU-Richtlinie nur noch 7 Überschreitungen einer Höchstbelastung PM10 pro Jahr erlaubt! 2005 waren es noch 35 Überschreitungen. Im Jahr 2007 waren es 34 Überschreitungen von PM10 in der Mainzer Innenstadt OHNE ein neues Kohlekraftwerk! Was soll also die Planung eines solchen Mammutkraftwerkes? Soll der gesamte Autoverkehr in der Innenstadt ab 2012 stillgelegt werden, um das Kraftwerk laufen lassen zu können? Daher kommt vielleicht die ständige Betonung der KMW-PR-Maschine einer Quersubventionierung des öffentlichen Personennahverkehrs in Mainz durch die Gewinne der KMW...

### ***13:35 FRAU HÄRING, KMW BETONT, DASS MAN SICH INNERHALB DER ZULÄSSIGEN GRENZWERTE BEFINDET***

Frau Häring, KMW: „Die Zusatzbelastung durch das KKW beträgt 0,07µg von PM10. In solchen Konzentrationen ist keine gesundheitsschädliche Wirkung auf den Menschen feststellbar.“ Auch hier betont die KMW ernsthaft im Umkehrschluss, (wie schon in älteren Pressemeldungen) dass man laut der gesetzlichen Grenzwerte angeblich 200 Kraftwerke auf die Ingelheimer Aue stellen können dürfte, ohne ein Auswirkung auf den Menschen feststellen zu können.

### ***13:45 GRENZWERTE WURDEN SCHÖNGERECHNET***

Dr. Mark Lawrence, Experte für Atmosphärenchemie am Mainzer Max-Planck-Institut für Chemie, bezweifelt das zugrundeliegende Berechnungsmodell für Feinstaubbelastung der KMW. Das Modell der KMW ist fehlerhaft! Mit anderen Modellen und einfachen Referenzrechnungen zur Modellkontrolle kommt man zu der Schlussfolgerung, dass die KMW einen viel zu niedrigen Emissionswert für PM10 ansetzt! Alleine mit einfachen Kontrollrechnungen kommt man beispielsweise auf einen ständigen Konzentrationswert vom PM10 im 7-Kilometer-Radius von 20µg.

### ***14:45 DR. SEMMLER, ÄRZTEINITIATIVE: ANDERE BERECHNUNGSMODELLE KOMMEN AUF ZEHNFACHE BELASTUNG***

Vortrag von Dr. Semmler, Ärzteinitiative gegen das KKW: Die die Messwerte der Emissionsbelastungen Seitens der KMW stellen – sofern sie denn richtig sind – keine Gesundheitsbelastung dar. Aber: Dr. habil. Mark Lawrence kommt bei seinen Berechnungen zu einer Zusatzbelastung, die das Zehnfache dessen beträgt, was die KMW in ihren Unterlagen angibt.

### ***15:20 DR. MÜNZEL (UNIKLINIK) ERLÄUTERT GEFÄHRLICHE FOLGEN VON FEINSTAUB***

Univ.-Prof. Dr. med. Thomas Münzel (Mainzer Uniklinik) macht deutlich: Wenn bei mehreren Studien zum Thema Feinstaub so eklatant unterschiedliche Ergebnisse rauskommen, dann müsste ein weiteres internationales, unabhängiges Fachgutachten erstellt werden. Die wachsende Bedeutung der Feinstaubproblematik scheint die KMW wohl unterschätzt zu haben. Interessanterweise hatte die KMW angekündigt, ein Kraftwerksforum zum Thema "Feinstaub" im Kurfürstlichen Schloss zu veranstalten: Man kann nur hoffen, dass dann auch Ergebnissen dieses Erörterungstermins Beachtung geschenkt wird. Denn eines wird hier ganz deutlich: Diese

Kraftwerk ist weder sauber noch umwelt- oder gesundheitsverträglich! Da kann die KMW noch so hübsche grün eingefärbte Fotomontagen präsentieren...

**15:25 RECHTSANWALT BAUMANN, EINWENDERGEMEINSCHAFT: „KMW SOLL NACHBESSERN!“**

Rechtsanwalt Wolfgang Baumann für die Einwendergemeinschaft stellt folgenden Antrag:

I. Hiermit beantrage ich, dem Träger des Vorhabens aufzuerlegen, ein Fachgutachten zu den Kühlturmaswirkungen vorzulegen. Dieses Gutachten soll folgende Themen behandeln:

1. Prognose über die Entwicklung der Rheinwassertemperatur
2. Prognose über die Betriebstage, bzw. –stunden des Hybridkühlturmes
3. Schadstoffgehalte des Rheinwassers und die Auswirkungen der Verdunstung auf die Betroffenen in der Umgebung der Anlage
4. Auswirkungen der Keimbildung im Kühlturm auf die Betroffenen in der Umgebung der Anlage
5. Toxikologische Gesamtbewertung der Auswirkungen der Wasserverdunstung auf die Bevölkerung insbesondere in der unmittelbaren Umgebung der Anlage (Mainz-Mombach, Mainz-Amöneburg, Wiesbaden-Biebrich)

II. Für den Fall, dass der Träger des Vorhabens ein solches Fachgutachten nicht vorlegen sollte wird beantragt, dass sie Genehmigungsbehörde ein solches Gutachten in Auftrag gibt.

**15:40 GERTEN: SGD-SÜD HAT EIN PRÜFENDES GUTACHTEN BEIM TÜV-RHEINLAND IN AUFTRAG GEGEBEN**

Dr. Münzel und Dr. Greschner weisen darauf hin, dass die Feinstaubuntersuchungen der KMW von einem unabhängigen Gutachter geprüft werden müssen. Gerten erklärt, die SGD-Süd habe ein Gutachten dazu beim TÜV-Rheinland in Auftrag gegeben. Dr. Münzel empfiehlt, man solle besser ein internationales Gutachten zu Rate ziehen, welches "über allen Zweifel erhaben ist".

**15:45 PAUSE!**

Pause (ca. 15 Minuten)

**16:00 DR. FISCHER (KMW) STARTET EINEN VERSUCH DER STELLUNGNAHME**

Dr. Fischer (KMW): "Dass dieses Projekt Auswirkungen auf die Gesundheit hat, weisen wir hiermit zurück." Bei dieser Art des Verfahrens sei es dem Antragsteller auch garnicht möglich, ein umfassendes Thema wie Gesundheitsauswirkungen von Feinstaub wissenschaftlich zu vertiefen. Die KMW beharrt also darauf, sich an alle gesetzlichen Rahmenbedingungen zu halten. Und Maßnahmen, die über den gesetzlichen Rahmen hinaus gehen und der Gesundheit der Bevölkerung dienen, scheint die KMW sowieso nicht ergreifen zu wollen.

***16:09 DR. WELLSTEIN: NATÜRLICH STEHT ES IHNEN FREI, MEHR ZU TUN, ALS ES DIE GESETZE VORSCHREIBEN***

Frau Dr. Wellstein (Einwenderin und Fachärztin für Arbeitsmedizin, ehemals Betriebsärztin der KMW) richtet einen Appell an die KMW: "Natürlich steht es ihnen frei, mehr zu tun, als es die Gesetze vorschreiben!"

***16:13 WIE SIEHT ES DENN MIT DER SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE AUS?***

Einwenderin weist darauf hin, dass sie (obwohl Mitglied in der selben Gewerkschaft wie Herr Höhne) mit dem neuen KHKW keineswegs Arbeitsplätze gesichert sieht. Sie erinnert außerdem eindrücklich an ihre Kindheit im Ruhrgebiet: "Da musste man die frische Wäsche gleich wieder abhängen, damit sie keine schwarzen Ränder bekommt."

***16:50 EINWENDER UDO KANNGIEßER SORGT SICH UM SEINE GESUNDHEIT***

Einwender Udo Kanngießer berichtet, in welcher Weise er seine Gesundheit durch das geplante Kohlekraftwerk gefährdet sieht. Zu den Ausführungen von Fr. Häring (Gutachterin für die KMW) sagt Kanngießer:

"Ich finde es beschämend, wenn man sich hinter Grenzwerten versteckt und versucht, Grenzwerte runterzurechnen und zu minimieren um den Eindruck zu erwecken, dies wäre alles halb so schlimm."

***16:55 DR. FISCHER (KMW): WIR HABEN KEINE FEHLER GEMACHT!***

Dr. Fischer (KMW) kann nach den stundenlangen Erörterungen des heutigen Tages zum Thema Gesundheit nicht erkennen, dass es neue Fakten gibt. Seine Ansicht: "Wir haben keine Fehler in den Berechnungen gemacht." Für die im Saal anwesenden Einwender kommt das kaum überraschend, hat die KMW bisher doch noch nie durch besondere Formen der Einsicht von sich reden gemacht... Allerdings wird durch diese Aussage deutlich, dass die gebetsmühlenartig von der KMW wiederholten Versicherungen, man nehme die Bedenken der Bürger ernst, nicht mehr als rhetorische Stilübungen sind!

### *17:07 NEUE BELASTUNGSSTUDIEN DURCHFÜHREN!*

Rechtsanwalt Baumann spricht für die Einwendergemeinschaft: "Die eindrucksvollen Ausführungen heute haben gezeigt, dass es genügend Anhaltspunkte für die negativen Auswirkungen des Kraftwerks auf die Gesundheit gibt!" Baumann fordert, dass neue Belastungsstudien durchgeführt werden und ebenso von anderen Grenzwerten ausgegangen werden muss. Vorbelastungen anderer Anlagen in der Region müssen miteinbezogen werden! "Wenn man dies berücksichtigt, muss man eine Sonderfallprüfung durchführen", ergänzt Baumann.

### *17:10 EINWENDER: KMW HANDELT FAHRLÄSSIG*

Einwender Hr. Bamann findet das Handeln der KMW fahrlässig. Dr. Fischer (KMW) äußert dazu: "Handelt man fahrlässig, wenn man sich an das Gesetz hält?" Im Saal sorgt diese Aussage jedoch weniger für Mitgefühl als für unwilliges Murren.

### *17:25 EINWENDERIN: WIR WERDEN HIER MANIPULIERT!*

Eine Einwenderin fragt: "Sind die Gesetze für die Menschen da oder die Menschen für die Gesetze? Ich finde, wir werden hier manipuliert."

### *17:37 SCHLUSS MIT DIESER KÖRPERVERLETZUNG!*

Einwender fordert, die geplante "Körperverletzung" durch das Kraftwerk zu verhindern. Zur Sprache kommt außerdem, dass die zunehmenden Belastungen durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens miteinbezogen werden sollen. Die Forderung der Gegner ist klar: Schluss mit der Schönrederei! Wer die Fakten kennt, der sollte nicht wider besseren Wissens handeln!

### *18:20 VORSTAND AUSTAUSCHEN!*

Jörg Jordan (Einwender aus Wiesbaden und ehemaliger Umweltminister Hessens) hält eine kurze, aber eindrucksvolle Rede. Sein Fazit in Anbetracht des Handelns der KMW: "Dann muss man den Vorstand halt austauschen!"

Die KMW möchte auf diese Aussagen nicht erwidern...

*18:20 UHR: „ARBEITSPLÄTZE, DIE ANDEREN MENSCHEN DIE LEBENSGRUNDLAGEN ENTZIEHEN, SIND KEINE SICHEREN ARBEITSPLÄTZE“*

Der ehemalige hessische Umweltminister Jörg Jordan (SPD) trägt vor, dass seiner Ansicht nach Arbeitsplätze, die andere Menschen „weltweit“ die Lebensgrundlagen entziehen, keine sicheren Arbeitsplätze sein können.

Er verlangt von der KMW auf den Bau eines Kohlekraftwerks zu verzichten und weißt darauf hin, dass anderswo, z.B. nur 30 km entfernten Frankfurt neue Gaskraftwerke gebaut werden können.

### ***18:30 UHR: WOHIN GEHT DER KOHLESTROM??***

Ein Einwender fragt, wer eigentlich den Kohleschmutz-Strom kaufen soll. Auf einer Folie legt er dar, dass heute der ENTEGA-Strommix aus 51% Ökostrom und 49 % Strom aus dem Gaskraftwerk besteht. Heute macht die ENTEGA sogar Werbung damit, dass der Ökostromanteil auf 100% steigen soll.

Bei der ENTEGA handelt es sich um die Vertriebsgesellschaft der Stadtwerke Mainz und Stadtwerke Darmstadt. Wenn nun aber die eigene Vertriebsgesellschaft den Kohlestrom nicht haben will, ja für wen wird denn dann der Kohlestrom noch produziert? Oder würde es die ENTEGA wagen, den Kohleschmutz-Strom als Ökostrom zu vermarkten?

### ***18:50 UHR: BEI ANDEREN KOHLEKRAFTWERKEN MUSS KÜHLWASSER AUF LEGIONELLEN GEPRÜFT WERDEN***

Ein Vertreter der Stadt Wiesbaden verweist auf den Vorbescheid für ein vergleichbares Kohlekraftwerk in Datteln. Dort wurde dem Antragsteller auferlegt, Quartalsweise das Kühlwasser auf Legionellen zu prüfen.

Am Vormittag hatte Prof. Dr. Pietsch, stellvertretender Leiter stelly. Leiter der Abteilung der Hygiene und Umweltmedizin der Universitätsklinik Mainz kritisiert, dass die Frage der Keime-Belastung völlig ungenügend im KMW-Antrag geprüft wurde. Die KMW behauptete, Keime seien kein Problem bei Kühltürmen. Gleichzeitig erklärte die KMW-Gutachterin, dass sie in diesem Bereich keine Fachfrau sei und bestätigte, dass sie ihr Gutachten ausschließlich auf eine Literaturrecherche aufgebaut hat. Messungen der Keim-Belastung des Rheinwassers wurden nicht durchgeführt.

Dass nun heraus kommt, dass in Datteln die Frage der Keimbelastung erheblich ernster genommen wurde.

### ***19:05 UHR: „KLIMAWANDEL UND STICKOXID-BELASTUNG GEFÄHRDEN MEINE GÄRTNEREI“***

Einwender Michael Stork ist Besitzer einer Öko-Gärtnerei in Wiesbaden. Er spürt schon jetzt, dass der Klimawandel seine Ernte massiv gefährdet. Häufigere und intensivere Dürreperioden sorgen für Ernteausfälle. Er kann nicht nachvollziehen, dass die KMW gewillt ist, diese Entwicklung weiter anzuheizen.

Des Weiteren verweist Stork darauf, dass das Kohlekraftwerk die Stickoxid-Emissionen von Mainz verdoppeln würden. Auch diese schädigen seine Pflanzen.

#### *19:05 UHR: UNFLEXIBLER VORSTAND*

Ein Einwender erklärt: „Ich habe selten einen solch inflexiblen Vorstand erlebt.“ Er fordert die KMW auf, nicht starr am schmutzigen Kohlekraftwerk festzuhalten. In der Tat sollten die Herren doch mittlerweile erkannt haben, dass in der Region keiner den Kohlemeiler haben möchte. KMW: werden Sie endlich flexibel und bauen Sie Alternativen aus, anstatt den Bürgern ein Kohlekraftwerk vor die Nase zu setzen.

#### *19:15 UHR: KMW MÖCHTE BÜRGERFRAGEN NICHT BEANTWORTEN*

Zurzeit läuft die Bürgerfragestunde, in der alle Bürger unabhängig von der Tagesordnung vortragen dürfen. Leider weigert sich die KMW nun Fragen zu beantworten. Respekt vor den Bürgern, die extra hierher kommen um vorzutragen, sieht anders aus.

#### *19:25 UHR: „DR. FISCHER MEDITIERT“*

Mit den Worten „Dr. Fischer meditiert!“ kommentiert ein Einwender das Verhalten des KMW-Prokuristen Fischer, der sich standhaft weigert, kritische Fragen zu beantworten. Ein anderer Einwender hatte kritisiert, dass die KMW sich weigert, Grenzwerte, die ab 2010 (also noch drei Jahre vor der geplanten Inbetriebnahme) zu beantragen. Die Nachfrage von Verhandlungsleiter Gerten, ob Fischer dazu Stellung beziehen wolle, wird nur mit einem Kopfschütteln quittiert.

#### *19:35 UHR: MÜSSTE DAS KRAFTWERK SCHON WÄHREND DES BAUS NACHGERÜSTET WERDEN?*

Ein interessanter Gedanke: Verhandlungsleiter Gerten stellt in Aussicht, dass die KMW 2010 von der Genehmigungsbehörde gezwungen werden könnte, die Anlage nachzurüsten, wenn die geltenden Grenzwerte halbiert wurden. Welch eine absurde Situation: das wäre ein Kraftwerk, das sich noch im Bau befindet und schon nachgerüstet werden müsste. Da fragt man sich: Was kostet das dann bloß? Und vor allem macht es deutlich, welch ein veraltetes Kraftwerk uns

Bürgern hier vor die Nase gesetzt werden soll. Von modernster Technologie kann jedenfalls keine Rede sein.

### **NACHTRAG: EIN BÜRGER APPELLIERT AN OB BEUTEL: „HANDELN MÜSSEN WIR JETZT!“**

Ein Einwender appelliert an OB Beutel, endlich den Worten („Klimaschutz, Solarhauptstadt...“) auch Taten folgen zu lassen. Er warnt Beutel: „Der Wähler ist ein empfindliches Wesen, das leicht auf abwegige Ideen kommt.“ In einem Jahr ist Kommunalwahl und 83% der Bevölkerung lehnen das Kohlekraftwerk ab. Wir dokumentieren die Rede in voller Länge:

Das Festhalten von Oberbürgermeister Beutel an einem Vorhaben, das von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung nicht gewünscht wird, ist schwer verständlich, zumal Geschäfte eines kommunalen Unternehmens mit einer Firma, der Korruption in kaum vorstellbarem Umfang nachgewiesen wurde, der Öffentlichkeit kaum vermittelbar ist.

Der Wähler ist ein empfindliches Wesen, das leicht auf abwegige Ideen kommt.

Mit diesem Redebeitrag möchte ich darauf hinweisen, dass solch merkwürdiges Verhalten tatsächlich aber ganz andere Gründe haben kann:

Wie Sie wissen, schmelzen durch den Klimawandel derzeit die Eiskappen der Pole und der Meeresspiegel steigt.

Was viele von Ihnen eventuell aber nicht wissen:

Es gibt Überlegungen, dass die etwa zwei Milliarden Menschen, die umgesiedelt werden müssen, wenn demnächst Kalkutta, San Francisco und Hamburg überflutet werden, so auf die Regionen verteilt werden, wie diese durch ihren Co2-Ausstoß zum Anstieg des Meeresspiegels beigetragen haben.

Auf Mainz entfallen dann aufgrund seines neuen Kohlekraftwerkes etwa 1,5 bis 2 Millionen Co2-Flüchtlinge.

Die könnte man im freien Feld zwischen Gonsenheim und Finten ansiedeln.

Herr Oberbürgermeister, es mag ja sein, dass ein Bevölkerungszuwachs in dieser Größenordnung in Zeiten schrumpfender Großstädte für einen Kommunalpolitiker durchaus als Herausforderung gesehen wird.

Es mag auch sein, dass allein schon die Errichtung von einer Million neuer Wohneinheiten den ersehnten Wirtschaftsaufschwung bringt, wodurch dann die Defizite aus dem Kohlekraftwerk leichter zu schultern wären.

Auch die Überlegung, dass man den Kohlestrom, den die Altbevölkerung ja nicht will dann eventuell an die Mainzer Neubürger aus Bangladesch verkaufen kann, entbehrt nicht eines gewissen Scharms.

Dennoch meine ich, dass solche Überlegungen nicht geeignet sind, das Festhalten an der Errichtung eines überflüssigen und schädlichen Kohlekraftwerks zu begründen.

Jede Minute schickt uns die Sonne mehr Energie als wir in einem Jahr verbrauchen. Wir müssen sie nur auffangen.

In Osnabrück hat man jüngst errechnet, dass die verfügbaren Dachflächen ausreichen würden um den gesamten privaten Stromverbrauch der Stadt mit Solarenergie zu decken und da sind die Potentiale der Fassaden noch gar nicht mitberücksichtigt.

Was in Osnabrück möglich ist, geht auch in Mainz.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben davon gesprochen, dass Mainz Solarhauptstadt werden soll.

Ja, Herr Beutel, das wollen wir auch!

Lassen Sie nun Ihren guten Worten Taten folgen!

Verabschieden wir uns von der anachronistischen Kohleverbrennung. Lassen Sie uns gemeinsam vernünftige Alternativen verwirklichen. Unsere Zukunft wird regenerativ sein – oder sie wird nicht sein. Das geplante Kohlekraftwerk würde nur die Fehler der Vergangenheit für weitere 50 Jahre zementieren und den gebotenen Wandel behindern. Handeln müssen wir jetzt!

### *MORGEN GEHT'S WEITER MIT IMMISSIONSSCHUTZ*

Dienstag um 9 Uhr geht es weiter mit Tagesordnungspunkt 4.1.1 und 4.1.2 in Bezug auf diffuse Emissionen. Wir sind gespannt, welchen Fauxpas sich die KMW morgen leistet.

6.Mai 2008

### *9:10 BEGINN DES 5. VERHANDLUNGSTAGES*

Während draußen viel Sonnenenergie ungenutzt bleibt, eröffnet Verhandlungsleiter Klaus Peter Gerten die heutige Erörterung in der Phönixhalle. Wie geplant wird die Tagesordnung mit dem Thema Emissionen/Emissionsquellen fortgesetzt.

### *9:15 OB BEUTEL BLEIBT UNEINSICHTIG*

Zu Beginn wird über zahlreiche Anträge der Einwender entschieden, darunter auch der Stadtratsmitglieder Dr. Litzenburger (CDU), Rößner (Grüne) und Dr. Moseler (ödp/Freie Wähler). Die Stadtverwaltung hat durch Oberbürgermeister Beutel neue Stellungnahmen zu bauleitplanerischen Themen und Grundstücksfragen vorgelegt. Dabei erhärtet sich die Position des Oberbürgermeisters, es habe sich nichts geändert. Es gipfelt sogar in der Behauptung, dass der Stadtrat am 23. April mit seinen Beschlüssen gegen das Kohlekraftwerk dem OB keine Handlungsaufträge gegeben habe. Beutel lässt ferner mitteilen, dass er nicht selbst zum Erörterungstermin kommen wird, sondern lediglich bereit ist, entsprechende Stellungnahmen abzugeben. Offenbar lebt OB Beutel in einer Scheinwelt, wenn er immer noch meint, die politischen Mehrheiten für das Kraftwerk würden noch stehen. War ein Doppelgänger in der Stadtratssitzung am 23. April im Ratssaal zugegen?

### *9:50 VORSINTFLUTLICHE MAßNAHMEN ZUR STAUBVERMEIDUNG*

Diskutiert wird der Verladeprozess der Kohle. Hr. Gebhardt führt aus, dass die vorgesehene Verladung vom Schiff auf das Förderband eine große Staubentwicklung mit sich ziehen wird. Laut KMW wird der Verladeprozess mit Hilfe eines Wasserschlauches befeuchtet, was laut Aussagen von Hr. Gebhardt keine ausreichende Maßnahme darstellt. Hr. Dr. Fischer (KMW) führt dazu aus, dass in anderen Genehmigungsverfahren die Kohleverladung genauso erfolgt und es daher hier in Mainz nicht weiter zu diskutieren sei.

Hr. Baumann (Anwalt/ EG-KoMa) bemängelt die unzureichenden Ausführungen bezüglich der Befeuchtung der Kohle in den Unterlagen und zieht das Fazit, dass der Antrag unvollständig ist.

### *10: 50 VERHANDLUNGSUNTERBRECHUNG WEGEN UNERLAUBTER FOTOAUFNAHMEN*

Gebhardt demonstrierte an einem Beispiel, dass mit Wasser benetzte Kohle nicht zu der von der KMW angegebenen Befeuchtung der Kohle und der gewünschten Reduzierung der Staubeentwicklung führt.

Er begoss ein zur Hälfte mit Kohle gefülltes Wasserglas mit Wasser. Es zeigte sich, dass das Wasser an der Oberfläche blieb und die Kohle keine Feuchtigkeit aufnahm!

Ein mit 5.000t Kohle beladenes Schiff lässt sich also nicht ohne weiteres zur Vermeidung von Kohlestaubeentwicklung mit einem Wasserschlauch benetzen.

RA Baumann nahm das Kohle-Wasser-Glas, stellte sich demonstrativ zu Herrn Gerten und Marc Legg (KoMa) machte eine Fotoaufnahme fürs Archiv. Daraufhin wurde die Verhandlung von Herrn Gerten unterbrochen.

### *10:55 WOGEN GEGLÄTTET - VERHANDLUNG WIRD FORTGEFÜHRT*

Herr Gerten setzt die Diskussion fort. RA Baumann beantragt, die Fotoaufnahmen des Experiments zur Bewertung mit ins Protokoll aufzunehmen. Die Verhandlungsleitung stimmt diesem Vorschlag ohne förmlichen Antrag zu.

### *11:05 ERNEUT MANGELHAFTE ANTRAGSUNTERLAGEN FESTGESTELLT*

RA Müller beschreibt den Kohleweg vom Schiff über die Silos und Förderbänder zur zwischengeschalteten Brechanlage. In den Antragsunterlagen ist eine von der KMW erwähnte Berieselung bei der Brechanlage nicht beschrieben. Herr Zink (KMW) musste zugeben, dass die betreffende Anlage lediglich im Schaubild dargestellt ist. Eine Beschreibung fehlt!!Die Erörterung wird für eine Pause unterbrochen.

### *12.00 KMW: WEITER FEHLENDE BEREITSCHAFT ZUR AUFKLÄRUNG*

Herr Kowol (Stadt WI) bemängelt, dass die KMW immer wieder auf ihre Unterlagen verweist und nicht bereit ist, weitere, vertiefende Erläuterungen abzugeben. Hr. Dr. Fischer unterstellt

Herrn Kowol, dass er die Verhandlung unnötig in die Länge ziehen will, da seiner Meinung nach Fragen mehrmals gestellt werden. Hr. Kowol macht deutlich, dass dies sicherlich nicht sein Anliegen ist!!

Es bleibt die Frage offen, welche Kohle denn letztendlich verbrannt werden soll. Hr. Fischer verweist wiederum auf die Unterlagen, die aber keine genauen Angaben zur Art der Kohle aufzeigen. Hr. Dr. Fischer ist, wie er dies im Lauf des Erörterungstermins mehrmals demonstriert hat, weiterhin der Meinung, dass die in den Antragsunterlagen enthaltenen Angaben genügen.

### *12.15 ANTRAG ZU EINER ALTERNATIVEN KOHLEENTLADUNG*

Rechtsanwalt Baumann bemängelt nochmals die von der KMW vorgesehene Befeuchtung bei der Kohleverladung, insbesondere der 50 cm dicken feinstaubhaltigen Kohleschicht auf dem Schiffsboden. Eingehend auf die Korngrößenverteilung von pm10 und pm2,5 verweist er auf die Gesundheitsbelastung der AnwohnerInnen der benachbarten Wohngebiete. Er stellt den Antrag, eine andere Art der Entladung vorzunehmen.

### *12.45 ZUSATZBELASTUNG / DIFFUSE IMMISSIONEN*

Nach Abschluss der Thematik zur Kohleverladung wird der Tagesordnungspunkt diffuse Immissionen weiter erörtert.

Herr Gebhard ergänzt noch zum Thema Zusatzbelastung durch Verkehr, Hr. Freimuth zum Thema Schiffsverkehr, da dieser auch eine Zusatzbelastung durch den Dieselmotorbetrieb verursachen. Diese seien auf jeden Fall in der Immissionsprognose mit zu berücksichtigen. Diese Aussage wird von Herrn Baumann rechtlich untermauert. Die KMW weist dies zurück, da nur eine Berücksichtigung stattfinden kann, wenn ein direkter Bezug zur Anlage besteht, deshalb sei nur die Verladung zu berücksichtigen. Eine Diskussion, was nun zum Kraftwerk gehört und was nicht, entsteht. Rechtsanwalt Baumann beantragt eine Karte, die genau darlegt, welche Dienstleistungen auf dem Kraftwerksgelände stattfinden, damit diese mit berücksichtigt werden.

Eine Anwohnerin gibt noch ihre Bedenken zum Thema diffuse Immissionen zu Protokoll, da sie mit einer Entfernung von 750 m direkt betroffen ist.

*NACH DER MITTAGSPAUSE: VERTRETER DER STADT ÄUßERN SICH NUR UNBESTIMMT!*

Folgende Vertreter der Stadt Mainz sind gemäß dem Antrag von Rechtsanwalt Müller nach der Mittagspause anwesend:

Hr. Reichel/ Umweltdezernent, Hr. Schüler/ Baudezernent, Hr. Ringhoffer, Liegenschaftsdezernent.

Diese möchten sich ein Bild vom EÖT machen und weisen direkt darauf hin, dass nicht auf alle Anfragen eine Antwort gegeben werden kann.

Rechtsanwalt Hr. Müller führt aus, dass die Grundstücke in der Gassnerallee zum Bau des Kraftwerkes benötigt werden. Er möchte diesbezüglich eine Antwort.

Baudezernent Hr. Schüler: Er sei nicht zuständig für die Liegenschaftsfragen, aber im Bauausschuss wurde eine pos. Aussage bzgl. des Baus getroffen. Die Prüfkriterien seien erfüllt gewesen (bauliche Nutzung und auch bauliche Ausmaße).

Hr. Müller: keine Antwort auf meine Frage – Frage nach den Grundstücken nicht beantwortet. Sind die Grundstücke bereits veräußert? Ja – oder nein?

Hr. Ringhoffer: in allen Ausschüssen pos. angedacht – weitere Aussagen will er nicht machen, da Grundstücksfragen nicht öffentlich sind. Auch im EÖT kann deshalb nicht darüber gesprochen werden.

Dr. Conrad fragt nochmals nach, ob diese Einschätzung auch für ein Gaskraftwerk gelte.

Hr. Schüler meint, es entziehe sich seiner fachlichen Kompetenz, auf diese Frage zu antworten.

Hr. Dr. Moseler fragt Hr. Schüler: Bebauungsplan N83, Änderung des Flächennutzungsplanes vollzogen?

Hr. Schüler: N83 im Verfahren sehr weit entwickelt, z.Z. in der Phase der Planreife. Auf Basis Status des Bebauungsplan zur Zeit schon Bebauungen möglich.

Änderung des Flächennutzungsplan seiner Meinung nicht notwendig.

Einwender Freimuth: ist die Stadt Mainz Eigentümerin der Grundstücke?

Hr. Ringhoffer: Eigentümerfragen sind keine öffentlichen Vorgänge, daher keine genau Antwort, allerdings wurden die Grundstücke von der Stadt in Aussicht gestellt.

Hr. Kowol/ Stadt Wiesbaden an Bürgermeister Schüler: nach Aussage Hr. Schülers selbst ca. 75% des Bebauungsplans N83 bereits durchlaufen, was beinhaltet die verbleibenden 25%?

Hr. Schüler meint, er könne nicht alle Fragen präzise beantworten. Was noch vor uns liegt: öffentliche Auslage und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan.

Hr. Müller: Wirtschaftsausschuss/ Liegenschaftsausschuss: war der Verkauf bereits auf der Tagesordnung?

Hr. Schüler: keine Antwort, da keine öffentliche Sitzung.

Nach Aussage von Liegenschaftsdezernent Ringhoffer gibt es zur notwendigen Entwidmung des Teils der Gassneralle, der von der KMW zwingend für den Bau der drei Kohlesilos benötigt wird, bis heute keinen Beschluss der städtischen Gremien.

Herr Baumann, Rechtsanwalt der Einwendergemeinschaft, fragt, ob die Aussagen der Gremien, die sich positiv auf den notwendigen Grundstücksverkauf beziehen, mit Bindungswirkung erteilt wurden. Die Stadt behält sich vor, diese Antwort schriftlich zu geben.

### *15.10 DIFFUSE EMISSIONEN WÄHREND DER BAUPHASE*

Nachdem die Vertreter der Stadt nun wieder den Saal verlassen haben, geht es weiter mit den Luftschadstoffen während der Bauphase, was bereits kurz vor der Mittagspause ansatzweise erörtert wurde. Hr. Gebhardt stellt den Antrag zur Ergänzung der Immissionsprognose für LKW-Verkehr und sonstigen Zusatzverkehr auch in der Bauphase.

Hr. Freimuth weist auf die zusätzliche Belastung der anwohnenden Bevölkerung hin und spricht von einer Evakuierung während der Bauphase.

Die SGD Süd weist darauf hin, dass ihre Behörde auch ein besonderes Augenmerk auf die Bauphase hat. Der Tagespunkt 4.1.2 ist damit abgeschlossen

### *15.35 UNGENAUE AUSSAGEN ZU GEFASSTEN IMMISSIONEN*

Punkt 4.1.3

Hr. Gebhardt fragt nach zu den gefassten Emissionen. Es bestehe ein Widerspruch zwischen den Berechnung Austal 2000 und dem Text der Antragstellerin, was die Korngrößenverteilung anbelangt.

Verhandlungsleiter Hr. Gerten weißt daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt eigentlich bereits abgeschlossen ist, lässt die fachliche Diskussion allerdings dann doch zu.

Die Antragstellerin kann nicht nachvollziehbar machen kann, auf welcher Grundlage hier gerechnet wird. Hr. Gebhardt erläutert, würde nach der TA Luft gerechnet werden, würden Irrelevanzgrenzen überschritten werden. Er verweist auf den EÖT zu einer Müllverbrennungsanlage in Paderborn, wo aufgrund des gleichen Sachverhaltes der EÖT abgebrochen wurde. Hr. Gerten nimmt dies zur Kenntnis.

Fr. Häring weist immer wieder darauf hin, dass ein konservativer Wert zugrunde gelegt wurde. Sie kann leider die entsprechenden Werte, die aus einem Scoping-Termin aus NRW resultieren, während des EÖT nicht mehr zur Verfügung stellen. Sie reicht diese Daten der SGD Süd und Herrn Gebhardt nach.

#### *16.00 ERHÖHTE STICKSTOFFWERTE*

Herr Gebhardt fragt nach, wie hoch die tatsächliche Stickstoffzusatzbelastung ist, da Ammoniak in der Berechnung nicht berücksichtigt wurde. Unter Einbezug des Ammoniak ist der Wert deutlich höher (ca. 10%)!

#### *16:40 WASSERSCHUTZGEBIETE VON IMMISSIONEN BELASTET?*

RA Baumann fragt, inwiefern von KMW geprüft wurde, ob Wasserschutzgebiete durch Luftschadstoffe beeinträchtigt sind. Vertreterin der KMW verweist auf allgemeine Prüfung hinsichtlich der TA Luft. Das heißt, die KMW hat keine eigenen Untersuchungen in dieser Frage angestellt.

#### *17:15 KMW VERWEIGERT NEUESTEN STAND DER TECHNIK*

Bei der Erörterung der Luftbelastungen stellt sich wieder heraus, dass die KMW sich erneut hinter gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten verschanzt und eben nicht die sauberste Technik zum Wohle der Bevölkerung einzusetzen plant, sondern lediglich eine Technik, die die nur noch zwei Jahre gültigen alten Grenzwerte gerade eben einhält. Damit wird klar, dass man der örtlichen Politik und der Bevölkerung die ganze Zeit ein Märchen vom "saubersten Kohlekraftwerk" erzählt hat. Marc Legg von KoMa schließt sich dem Antrag der Stadt

Wiesbaden an und fordert, dass zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich die bestmögliche Technik eingesetzt wird.

#### *17:20 DR. FISCHER VON KMW TRIFFT INS SCHWARZE*

Auf eine kritische Anfrage von Einwender und Wissenschaftler Dr. Lawrence bezüglich der verwendeten Berechnungsmodelle in Sachen Emissionen und Immissionen gibt Herr Dr. Fischer zu Protokoll, dass bei einer Anwendung "wissenschaftlicher Rechenmodelle" das Kohlekraftwerk nicht genehmigungsfähig sei.

#### *17:25 WISSENSCHAFTLER ZWEIFELT AN KMW-BERECHNUNGEN*

Einwender Dr. Mark Lawrence vom Max Planck - Institut für Atmosphärenchemie in Mainz stellt den Antrag, die von der KMW verwendeten Rechenmodelle bei der Genehmigungsbehörde zu überprüfen.

#### *EINWENDER PRANGERT MANGELNDE TRANSPARENZ BEI KMW AN*

Einwender Herr Kossok aus Mombach beantragt Ablehnung des Vorbescheids und Zurückweisung der Antragsunterlagen u.a. aufgrund mangelhafter Angaben zum Thema Monitoring, d.h. zur Transparenzmachung des Schadstoffausstoßes des Kohlekraftwerks. KMW zeigt bereits heute bei der Müllverbrennungsanlage Verschleierungstaktik, da nur sehr unregelmäßig Daten zum Schadstoffausstoß ins Netz gestellt werden.

#### *18:05 EINWENDER SIEHT RISIKEN IN MANGELNDER FILTERTECHNIK*

Einwender Hosch aus Wiesbaden legt in einer Präsentation dar, dass die von der KMW geplante Filtertechnik ineffizient im Hinblick auf gesundheitsgefährdende Feinstäube ist. Vor allem bei Schwachwind oder Windstillstand werden die mehr als 1000 Kilogramm Feinstaub pro Tag für die Mainzer und Wiesbadener eine große gesundheitliche Belastung darstellen.

### **07. MAI 2008**

#### *9:10 ANTRAG AUF ERNEUTE VOLLSTÄNDIGKEITSPRÜFUNG DER UNTERLAGEN WIRD ABGELEHNT*

Antrag Udo Kanngießer (KoMa): erneute Vollständigkeitsprüfung der Antragsunterlagen, da wichtige Details fehlen.

Die Behörde entscheidet nach dem Erörterungstermin, ob Antragsteller (KMW) die Antragsunterlagen ergänzen muss. Bis dorthin wird der Antrag abgelehnt.

### **9:12 VORTRAG UMWELTMEDIZINISCHE AUSWIRKUNGEN, SCHWERPUNKT: FEINSTAUB**

Prof. Dr. med. Dr. rer. Nat. H.-Erich Wichmann, Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt hält seinen Vortrag im Auftrag der Stadt Wiesbaden.

### **9:28 FEINSTAUB VON MOBILEN QUELLEN UND KOHLEVERBRENNUNG STEHT IN DIREKTEM** Zusammenhang mit erhöhter Sterblichkeitsrate

Prof. Wichmann, Experte für die Stadt Wiesbaden: „Je kleiner die Partikel, desto tiefer gelangen sie in die Atemwege.“ Der Mensch ist nicht darauf eingestellt mit solch kleinen Partikeln umzugehen. Flimmerhärchen in den Atemwegen transportieren gröbere Partikel nach außen, sie bleiben nur 1-3 Tage in den Atemwegen. Wenn kleinere Partikel aber in den Bronchien gelandet sind, bleiben sie dort 30-3000 Tage. Ultrafeine Partikel können direkt über die Blutbahn in Hirn, Herz, Leber und anderen Organe gelangen.

Eine erhöhte Konzentration von Partiklen der Klasse PM 10 führen zum Anstieg der täglichen Sterblichkeit. Dies lässt sich weltweit nachweisen!

### **9:33 REIHEN DER KMW AUSGEDÜNNT**

Die KMW nur noch mit 5 Männern und einer Frau vertreten. Weder Dr. Thun, noch Dr. Fischer oder Dr. Gerhold sind gegenwärtig in der Phönixhalle anwesend. Sind Kurz- und Langzeiteffekte von Feinstaub durch Kohleverbrennung auf die Gesundheit des Menschen nicht wichtig genug?

### **9:39 PROF. WICHMANN ERWARTET VERRINGERUNG DER LEBENSZEIT UM 6-9 MONATE DURCH FEINSTAUB PM2,5**

Langzeitwirkungen von erhöhter Feinstaubbelastung auf den Menschen:

Unter anderem 14% erhöhtes Risiko auf Lungenkrebs, bei Menschen die über einen längeren Zeitraum einer erhöhten Feinstaubbelastung ausgesetzt sind.

Prof. Wichmann erwartet insgesamt eine Verkürzung der Lebenserwartung durch Feinstaub PM2,5 um 6-9 Monate. Belegt werden seine Daten durch Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der EU.

9:48 Prof. Wichmann: „Der Kopf wurde lange Zeit in den Sand gesteckt, teilweise ist er dort immer noch!“

Laut der EU-Richtlinie sind aktuell 35 Überschreitungen von PM10 über den Tageshöchstwert von  $50\mu\text{g}/\text{m}^3$  sind pro Jahr zulässig. Ab 2010 soll ein Grenzwert für PM<sub>2,5</sub> von  $25\mu\text{g}/\text{m}^3$  festgelegt werden. Ab 2013 soll der Grenzwert  $20\mu\text{g}/\text{m}^3$  im Jahresmittel betragen, d.h. es wird eine Reduktion angestrebt! Die Planung für ein Kraftwerk, dass 40 Jahre stehen soll, muss diese Zielvorgaben der EU berücksichtigen! „Der Kopf wurde lange Zeit in den Sand gesteckt, teilweise ist er dort immer noch!“

**9:58 PROF. WICHMANN: "DER FEINSTAUB WURDE IN DEN LETZTEN JAHREN TOXISCHER!"**

Prof. Wichmann, Experte des deutschen Forschungszentrums für Gesundheit und Umwelt erläutert: In den Antragsunterlagen der KMW wird betont, dass die Feinstaubbelastung in Deutschland quantitativ über die Jahre gesunken ist. Die Feinstaubmenge wurde zwar geringer über die Jahre, aber viel toxischer! Eine Betrachtung der Feinstaubkonzentration in den Antragsunterlagen reicht nicht aus!

**10:01 PROF. WICHMANN FORDERT: REGIONALE DATEN MÜSSEN EINBEZOGEN WERDEN!**

Prof. Wichmann fordert: Aufgrund der besonderen Kessellage in Mainz ist es notwendig, weitere Daten in die Betrachtung von Gesundheitsrisiken durch Feinstaub mit einzubeziehen. Besonders:

Anforderung für adäquate Bewertung der Gesundheitsrisiken:

- Regionale Daten über Sterblichkeit
- Regionale Daten über Krebserkrankung
- Regionale Daten über Schuleingangsuntersuchung
- Regionale Daten über Bio-Monitoring

**10:07 VORTRAG VON GESUNDHEITSEXPERTEN BEENDET. JETZT ERSCHEINT ERST DIE KMW-SPITZE.**

Pünktlich nach Beendigung des Vortrags von Prof. Wichmann erscheint die KMW-Spitze: Dr. Thun, Dr. Fischer und Dr. Gerhold nehmen nun ihre Plätze ein. Den Vortrag des

Gesundheitsexperten haben sie damit nicht zur Kenntniss genommen. Das symbolisiert sicher auch etwas.

#### ***10:15 DATEN VON PROF. WICHMANN MEHRFACH BESTÄTIGT***

Die Studien von Prof. Wichmann sind alle mehrfach bewertet und überprüft worden! Bsp. wurde von den USA, der WHO, der EU und anderen Organisationen die Daten des Prof. Wichmann bzw. der von ihm verwendeten Statistiken auf ihre Belastbarkeit geprüft. Die Ergebnisse sind mehrfach bestätigt worden. Besonders die Verteilung von toxischen Stoffen und Feinstäuben im Körper und die Wirkungen sind mehrfach belegt. Die Empfehlung von Prof. Wichmann: Man sollte umgehend mit der Partikelmessung von Feinstaub PM 2,5 begonnen werden! Besonders der Bereich der ultrafeinen Partikel sollte umgehend deutschlandweit untersucht werden. Die Behörde beauftragt den Gesundheitsexperten Prof. Eickmann zur Erstellung eines Gutachtens bez. Feinstaub.

#### ***10:17 KMW BETONT: VORTRAG WURDE GEWISSENHAFT VERFOLGT!***

Dr. Fischer (KMW) betont, dass der Vortrag gewissenhaft auf anderen Sitzplätzen verfolgt wurde und dementiert damit gegenteilige Meldungen des Newstickers.

#### ***10:34 BEHÖRDE WILL DATEN ÜBERPRÜFEN***

Verhandlungsleiter Gerten: Selbstverständlich müssen die vorgelegten Daten der KMW zur Umwelt- und Gesundheitsbelastung verifiziert und evtl. ergänzt werden. Es stellt sich die Frage, nach welchen Modellen die angegebenen Werte ermittelt wurden.

#### ***10:38 RAUMORDNUNGSVERFAHREN NOCH NICHT ENDGÜLTIG VOM TISCH***

Auf Nachfrage von Frau Hofmann, Einwenderin, ob es aufgrund des Vortrags von Prof. Wichmann bez. der Grenzwerte von Feinstaub PM 2,5 und PM 10 nicht nötig sei, ein Raumordnungsverfahren zur weitreichenderen Überprüfung der Werte anzusetzen antwortet Verhandlungsleiter Gerten (SGD-Süd): Die Frage nach einem Raumordnungsverfahren (ROV) ist nicht abschließend geklärt und wird weiterhin geprüft. Was bisher abgelehnt wurde, ist ein Abbruch des laufenden Erörterungstermins zugunsten eines ROV.

#### ***10:46 GRENZWERTE DER TA-LUFT LAUT PROF. WICHMANN ZU GERING***

Grenzwerte der TA-Luft (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft) bieten laut Prof. Wichmann keinen ausreichenden Schutz der Bevölkerung. Rechtsanwalt Müller für die Einwanderseite betont, dass die Genehmigungsbehörde über die Grenzwerte der TA-Luft

hinausgeht. Es sei erwiesen, dass die zulässigen Emissions-Grenzwerte bereits von Wissen überholt wurden. „Wenn selbst die USA niedrigere Grenzwerte festsetzt als die Bundesrepublik, ist das bemerkenswert!“ RA Müller stellt den Antrag, die Verwaltungsvorschrift TA-Luft mit ihren Grenzwerten zu überbieten und niedrigere Grenzwerte anzusetzen. Die Behörde wird prüfen, ob der Stand der Technik der Anlage erfüllt ist oder ob hier nachzubessern ist.

#### ***10:52 PROF. WICHMANN DISTANZIERT SICH INDIREKT VON BUNDESREGIERUNG***

Auf Nachfrage von Dr. Fischer (KMW) an Prof. Wichmann, warum die Bundesregierung Handlungsbedarf bez. bodennahen Feinstaub sieht, aber keinen Handlungsbedarf beim Bau von Kohlekraftwerken betont Wichmann: „Eine Stellungnahme von mir über die Aussagen eines Dritten zu verlangen, der sich zudem nicht mit mir abgesprochen hat, finde ich ein bisschen viel verlangt.“

#### ***10:55 DR. FISCHER, KMW BETONT WIEDERHOLT ANWESENHEIT WÄHREND VORTRAG***

Gegenüber KoMa betonte Dr. Fischer, KMW erneut, die KMW hätte den Vortrag des Gesundheitsexperten Prof. Wichmann von anderen Sitzplätzen aus verfolgt, um die Präsentationsfolien besser sehen zu können.

#### ***11:30 GERINGE RADIOAKTIVITÄT WIRD FREIGESETZT***

Dr. Weiss (KMW): Mit einer geringen Freisetzung von Radioaktivität ist zu rechnen, die Werte sind allerdings vernachlässigbar. Es handelt sich um einen Zuwachs von höchstens 1 Promille an radioaktiver Belastung gegenüber der natürlichen Belastung. Die Zusatzbelastung an Radioaktivität durch ein Kohlkraftwerk ist vergleichbar mit den Werten, die man beim Rauchen einer einzigen Zigarette erhält.

#### ***11:34 WIEVIEL RADIOAKTIVITÄT WIRD BEIM GASKRAFTWERK FREIGESETZT?***

Auf Nachfrage von Marc Legg, Einwendergemeinschaft, an die KMW, wie viel Radioaktivität denn beim Betrieb eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerk freigesetzt würde, antwortete Dr. Fischer (KMW), dies sei ihm nicht bekannt.

#### ***11:45 WIE GELANGT RADIOAKTIVITÄT BEIM BETRIEB DES KKW IN DIE UMWELT?***

Radioaktive Stoffe werden beim Betrieb des Kohlekraftwerkes über zwei Wege freigesetzt: Gasförmig (über Radon) und über Feinstäube. Die Belastung die ein Sportler im Bereich des Kraftwerkes in Form von Radioaktivität erfährt, entspricht einem Skiurlaub von zwei Tagen in Höhe von 2000m. Susanne Ochse (Greenpeace) stellt fest: Eine einhellige Meinung über Grenzwerte bez. Radioaktivität gibt es nicht. Grenzwerte sind demnach willkürlich und international abweichend festgesetzt.

### *11:55 BIETEN GRENZWERTE KEINEN SCHUTZ?*

Susanne Ochse (Greenpeace): Die Radioaktivität von Kohlekraftwerken ist laut Strahlenschutzkommission sehr wohl vergleichbar mit der radioaktiven Strahlung von Atomkraftwerken. Laut einer aktuellen Leukemiestudie ist die Leukemierate bei Neugeborenen im Umkreis von Atomkraftwerken signifikant höher als anderswo. Trotz der Strahlenschutzverordnung und der dort genannten Grenzwerte kommt es also zu einer Gesundheitsbeeinträchtigung. Grenzwerte alleine bieten demnach also keinen ausreichenden Schutz.

### *12:12 RADIOAKTIVITÄTSBERECHNUNG DES KKW SEITENS BEHÖRDE AUFGRUND MANGELNDEN AUSBREITUNGSMODELLS NICHT VOLLSTÄNDIG*

Dr. Steiner, (unterstützende Behörde der SGD-Süd), lagen bei seinen Berechnungen zur Radioaktivität des Kohlekraftwerkes keine Ausbreitungsprognosen vor. Demnach können punktuell erhöhte radioaktive Belastungen nicht völlig ausgeschlossen werden. Rechtsanwalt Baumann stellt für die Einwenderseite den Antrag, eine Radiologische Bewertung von Seiten der Behörde mit präzisierten Ausbreitungsmodellen durchzuführen.

### *12:15 LINK ZUR STUDIE ÜBER ZUSAMMENHANG KREBSRISIKO & AKWS*

Die von Susanne Ochse (Greenpeace) erwähnte Studie des Bundesamts für Strahlenschutz findet sich unter [http://www.bfs.de/de/bfs/druck/Ufoplan/4334\\_KIKK.html](http://www.bfs.de/de/bfs/druck/Ufoplan/4334_KIKK.html)

### *12:27 ERFAHRUNGSWERTE VERSUS EMPIRIE - ERMÜDEND?*

Einwender Sachverständiger Gebhardt: Wie belegen Sie die geringe Höhe der Wasserdampfschwaden über dem Kühlturm von 2-3 Meter in ihren Unterlagen?

Dr. Fischer (KMW): Unsere Erfahrungswerte aus dem bestehenden Kraftwerk wurden auf den neuen Kühlturm übertragen. Von Seiten der Behörde werden Ausführungen von Gebhardt und Antworten von Dr. Fischer nur mit geschlossenen Augen wahrgenommen: Dr. Weirich auf

Behördenseite macht durch seine Sitzhaltung nicht deutlich, dass er Stellungnahmen von beiden Seiten derzeit registrieren kann. . .

### **12:35 NEUBERECHNUNG ÜBER SCHWADENHÖHE GEFORDERT**

Derzeit liegen keine empirischen Werte bezüglich der Schwadenhöhe über dem Kühlturm vor. Ein Vergleich mit bestehenden Kraftwerken ist wegen unterschiedlicher Technik oder anderen geografischen Gegebenheiten nicht möglich, bzw. würde zu verfälschten Prognosen führen. Herr Gebhardt stellt für die Einwender den Antrag, eine neue Studie bezüglich der Schwadenhöhe und der Fahnenlänge über dem Kühlturm zu erstellen.

### **12:50 WINZER BEFÜRCHTET KRANKHEITEN DES WEINES DURCH KÜHLTURMBETRIEB**

Her Porada befürchtet durch den Betrieb des Kühlturms und damit verbundene erhöhte Luftfeuchtigkeit einen erhöhten Pilz- und Krankheitsbefall des Weins. Herr Röhling (KMW) erwartet keine Beeinträchtigung für den Weinbau. In 1,5 km Entfernung zum Kühlturm erwartet keine Erhöhung der Luftfeuchtigkeit und beruft sich auf Fachliteratur. Winzer Porada stellt darauf den Antrag einer genauen Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Kühlturmbetrieb und Taubildung in der Umgebung.

### **13:01 WINZER PORADA BEFÜRCHTET STARKE FINANZIELLE EINBUßEN**

Durch Stickoxide, besonders durch Ozon, leidet die Qualität des Weines. Der Wein müsste aufgrund der erhöhten Luftbelastung durch das Kohlekraftwerk von Auslese auf QBA heruntergestuft werden. Es zeigt sich, dass hier familiäre Kleinbetriebe durch ein Kohlekraftwerk in ihrer Existenz bedroht werden könnten. Die oft betonte Schaffung von Arbeitsplätzen innerhalb der KMW steht dem entgegen. Ist Mainzer Lebensart zukünftig eher durch schlechte Luftqualität als durch hohe Weinqualität beeinflusst?

### **14:04 MITTAGSPAUSE BEENDET – TOP 4.7 LÄRM UND ERSCHÜTTERUNGEN WIRD AUFGERUFEN**

### **14:24 GEBHARDT: LÄRMPROGNOSE UNVOLLSTÄNDIG**

Einwender-Experte Gebhardt fragt KMW, ob eine Lärmprognose für besonders empfindliche Nutzungsorte laut TA Lärm 6.1. (z.B. Krankenhäuser, Pflegeanstalten etc.) erstellt wurde. Es wurden laut Antragsunterlagen der KMW 6 Messpunkte eingerichtet: MZ-Mombach, Zollhafen, Biebrich, Schierstein, MZ-Kastel, und Rheinufer Wiesbadener Seite. Die Zusatzbelastung für die besonders schützenswerte Einrichtungen kann nicht nachgewiesen

werden. Gebhardt stellt fest, dass damit die Unterlagen bez. der Lärmprognose unvollständig sind.

#### ***14:29 SCHÜTZENSWERTE EINRICHTUNGEN WURDEN BEI LÄRMPROGNOSE NICHT BERÜCKSICHTIGT***

Für die Bürgerinitiative KoMa zählt Rechtsanwalt Baumann zahlreiche schützenswerte Einrichtungen in MZ-Mombach und Gonsenheim auf: Altenpflegeeinrichtungen, Behindertenheime, Kindertagesstätte... Die Lärm-Messungen wurden laut Dr. Fischer (KMW) an den betreffenden Einrichtungen nicht durchgeführt, da die Überzeugung bestünde, hier würde keine Beeinträchtigung durch Kraftwerks-Lärm bestehen. Auch hier erweckt die KMW den Eindruck, Messungen oberflächlich durchgeführt zu haben.

#### ***14:31 SKANDAL: KRANKE UND ALTE WURDEN BEI LÄRMMESSUNG NICHT BERÜCKSICHTIGT!***

Der Experte Herr Kasper der im Auftrag der KMW die Lärmprognose durchgeführt hat bestätigt, dass außer den in den Antragsunterlagen genannten Messpunkten keine weiteren Lärmmessungen durchgeführt wurden. Obwohl die genannten Einrichtungen in Mombach und Gonsenheim der KMW bekannt waren und die TA Lärm ausdrücklich in 6.1.f darauf hinweist, schützenswerte Einrichtungen wie z.B. Pflegeheime berücksichtigt werden müssen, erschien der KMW der räumlich Abstand zu groß um eine Messung durchzuführen!

#### ***15:11 LÄRMPROGNOSE FEHLERHAFT, DA NICHT DIE GESAMTE ANLAGE BERÜCKSICHTIGT WURDE***

Rechtsanwalt Baumann bezweifelt die korrekte Anwendung der TA Lärm bei der Lärmprognose der KMW. Es sei erstaunlich, dass Alte und Kranke von der KMW unberücksichtigt blieben. Herr Gebhardt (Einwendergemeinschaft) fügt hinzu, dass fehlerhafterweise nur das neue Kraftwerk bemessen wurde und nicht die gesamte Anlage inklusive der beiden Gasblöcke, was aber hätte geschehen müssen! Baumann belegt, dass laut Gesetz ALLE Anlagenteile für die Lärmprognose berücksichtigt werden müssen und nicht nur der neue Anlagenteil. Auch hier muss die KMW anscheinend nachbessern.

#### ***15:29 WINDMESSDATEN FÜR LÄRMPROGNOSE ANGEZWEIFELT***

Die Windmessdaten, die der Lärm- und Emissionsprognose der KMW zugrunde liegen, werden von KoMa-Sprecher in Frage gestellt. Es wurden Wind-Daten von 1998, die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Müllheizkraftwerk erhoben wurden, zugrunde gelegt. Diese Daten

wurden aber von der KMW selbst überholt durch eigene Messungen. Warum wurden diese neuen Daten nicht in die Lärmprognose miteinbezogen?

### **15:32 ANWOHNERIN BEFÜRCHTET ERHEBLICHEN LÄRMZUWACHS UND "SCHÖNRECHNUNG"**

Nachtrag: Kerstin Steuerwald, Einwenderin und Anwohnerin befürchtet erheblichen Zuwachs an Industrielärm durch das neue Kohlekraftwerk, besonders in MZ-Mombach. Auf mehrmaliges Nachfragen wird von Herrn Kasper (Experte für die KMW) bestätigt, dass in den Antragsunterlagen nur der Lärmzuwachs des neuen Kraftwerkes aufgezeigt wird. Frau Steuerwald ist empört über das Vorgehen der KMW und befürchtet, dass hier schönerechnet wurde!

### **15:35 ANTRAG AUF NEUBERECHNUNG DER LÄRMPROGNOSE GESTELLT**

, KoMa-Sprecher, beantragt die Neuberechnung der Lärmprognose unter der Verwendung verifizierbarer Winddaten und die Vorlage einer Lärmprognose mit ISO-Linien, die eine Ausbreitung des Schalls auch für Anwohner nachvollziehbar machen. Bisher fehlten diese Linien in der Lärmprognose, was einen unprofessionellen Eindruck bei der Anfertigung der Antragsunterlagen hinterlässt. Fakt: Es wurden bereits überholte Winddaten bei der Lärmprognose verwendet, Messpunkte in der Nähe zu schützenswerten Einrichtungen wurden bewusst nicht berücksichtigt, nur der neue Kraftwerksteil wurde bei der Prognose berücksichtigt (nicht die gesamte Anlage), ISO-Linien zur Schalausbreitung fehlen beim Gutachten...

### **15:45 EINWENDERIN FORDERT EINBEZIEHUNG VON PFLEGE-EINRICHTUNGEN**

Iris Eibeck, Einwenderin erinnert Dr. Gerold (KMW) noch einmal an sein Versprechen, schützenswerte Einrichtungen in Kraftwerksnähe bei der Messung der Lärmprognose einzubeziehen.

### **15:50 KMW BESTÄTIGT: VERLADEZEITEN VON 6-22 UHR!**

Auf Nachfrage der Einwenderin Kerstin Steuerwald auf die konkreten Verladezeiten im Kraftwerksbetrieb, antwortet Dr. Thun (KMW): „Wir halten uns an die gesetzlichen Vorgaben der TA Lärm.“ Demnach darf von 6-22 Uhr verladen werden. Es muss also mit einer Lärmbelästigung bis 22 Uhr durch Kohleverladung und andere Ladarbeiten gerechnet werden.

### **16:14 TOP 4.8 AUSWIRKUNGEN DURCH NICHTBESTIMMUNGSGEMÄßEN BETRIEB**

Nach einer kurzen Pause wird nun der nächste Tagesordnungspunkt u.a. über Störfälle im Kraftwerksbetrieb aufgerufen.

### ***16:35 IM UNGÜNSTIGSTEN STÖRFALL GEFÄHRDUNG DURCH AMMONIAK***

Dr. Reiling, Experte für die KMW, hat zwei Gutachten bez. der Auswirkungen durch nicht bestimmungsgemäßen Betrieb erstellt. Besonders die Freisetzung von Ammoniak spielt im Störfall eine Rolle. Für Mombach ergibt sich laut Dr. Reiling im ungünstigsten Fall eine Ausbreitung von Ammoniak. Es kann im ungünstigsten Fall zu einer „fluchtbeeinträchtigenden“ Ausbreitung von Ammoniak im Betriebsgelände (Transport-Betonwerk) auf der Ingelheimer Aue kommen.

### ***16:46 RA BAUMANN: AMMONIAKSTÖRFÄLLE UNTERBEWETET. BAUVORHABEN KANN SO NICHT GENEHMIGT WERDEN.***

Rechtsanwalt Baumann, für die Einwendergemeinschaft: „Eine Differenzierung wie Dr. Reiling sie vorgenommen hat, ist überraschend!“ Dr. Reiling unterschied in seiner Studie bez. eines Störfalles mit Ammoniakaustritt in eine Gefährdung von Gewerbetreibenden und der allgemeinen Bevölkerung. Für Gewerbetreibende im Störfallbereich sei ein erhöhter Ammoniakaustritt nicht so gefährlich, da sie vitaler seien als die allgemeine Bevölkerung und vertragen eine höhere Konzentration. Baumann: Eine Genehmigung des Bauvorhabens kann laut Störfallverordnung nicht gegeben werden!

### ***17:05 5MM<sup>2</sup> GROßES LOCH WUDE ALS GAU ANGENOMMEN!***

Frau Pommerenke, unterstützende Behörde der SGD-Süd, definiert den größtmöglichen Unfall folgendermaßen: Ein Loch im Schlauch der Ammoniakleitung mit 5mm<sup>2</sup> sei fast schon „worstcase“ und könne so gut wie gar nicht auftreten! Allein dadurch ist aber eine Überschreitung um das 4-Fache des zulässigen Ammoniakwertes gegeben. Dieser Grenzwert hat eine fluchterschwerende Wirkung beim Menschen zur Folge! Wenn ein solch kleines Loch in der Ammoniakleitung schon erhebliche gesundheitliche Folgen für den Menschen hat, was hat dann erst ein vollständiger Abriss des Schlauches für Wirkungen? Ein solcher Fall wurde nicht berechnet und wurde von der KMW als so unwahrscheinlich gesehen, dass er für die Studie über Störfälle nicht beachtet wurde!

### ***17:15 RA BAUMANN: ANLAGENERRICHTUNGSKONZEPT MUSS VERÄNDERT WERDEN!***

Rechtsanwalt Baumann schildert echte worst-case-Fälle: Beispielsweise sei ein Abriss des Hahnes beim Entladen von Ammoniak durch Fahrfehler des LKW-Fahrers denkbar, was zu

einer vollständigen Entleerung des Ammoniakbehälters führen würde. So etwas wurde nicht berechnet! Was wurde von der KMW genau berechnet? Wurde hier abgewiegelt und Störfälle aus „unwahrscheinlich“ deklariert, die aber tatsächlich auftreten könnten?

Rechtsanwalt Baumann fordert, dass der räumliche Abstand der Ammoniaklagern und erreichbaren Flächen durch Personen vergrößert wird, und die Lagergröße für Ammoniak tanks erheblich korrigiert wird!

### ***17:27 RADIOAKTIVITÄT IM KRAFTWERKS BETRIEB UNTERBEWERTET***

Einwenderin Kerstin Steuerwald hegt noch einmal Zweifel an der Emissionsprognose der KMW und verweist auf die von Susanne Ochse bereits erwähnte Studie, die im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz erstellt wurde. Dort wird ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Wohnort in Nähe zu einem Atomkraftwerk und erhöhtem Krebsrisiko bei Kindern erstellt. Der Physiker Prof. Dr. Claus Grupen stellt in diesem Zusammenhang fest: Wäre der Bevölkerung bewusst wäre, welche radioaktive Strahlung beim Betrieb eines Kohlekraftwerkes austritt, würde das einen Sturm der Entrüstung auslösen! Auch sie fordert ein Nachbessern der Emissionsprognose und äußert als zweifache Mutter starke Ängste im Bezug auf die Gesundheit ihrer Kinder.

### ***17:40 MASSIVE KLIMAVERÄNDERUNGEN UND ERNTEEINBUßEN DURCH KKW BEFÜRCHTET***

Michael Storck (Einwender) schildert massive Klimaveränderungen und damit verbundene Ernteeinbußen, die bereits jetzt schon bspw. in Berlin-Brandenburg zu verzeichnen sind. Auch im Rheingau ist eine Veränderung des Bodens und damit verbundene Freisetzung von Stickoxiden zu erwarten. Die lokalen Grenzwerte sind bereits ausgeschöpft! Durch das neue Kraftwerk haben wir eine massive Zusatzbelastung an CO<sub>2</sub> zu erwarten! Der Flugverkehr und der Straßenverkehr nehmen massiv zu. Wie passt da noch ein Kohlekraftwerk rein, mit dem eine Zunahme von 4000t CO<sub>2</sub>/Jahr einhergeht und das die geschilderten Klimaveränderungen noch massiv verstärkt? Eine Studie des Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie belegt, dass es durch Erosionsprozessen und damit verbundener Freisetzung von Stickoxiden in Böden, zu Rückkopplungseffekten kommt! Diese Effekte haben massive Klimaveränderungen zur Folge!

### ***18:00 PROJEKT LAUT BAUMANN NICHT GENEHMIGUNGSFÄHIG***

Rechtsanwalt Baumann (Einwenderseite) zieht bezüglich der Störfallbewertung seitens der KMW die Schlussfolgerung:

Die Störfallbewertung wurde unzureichend vorgenommen. Weder eine Risikobewertung durch Sabotageakte noch Störfälle die über ein 5mm<sup>2</sup> großes Loch im Ammoniakschlauch gehen wurden berücksichtigt. Außerdem wurde der Standort des Kraftwerks in Wohnortnähe wurde unzureichend berücksichtigt. Auch die Annahme einer rein gewerblichen Population in Kraftwerksnähe ist unzureichend! Baumann fordert: Entweder muss das Projekt fallen gelassen werden oder eine erneute Störfallanalyse muss gebracht werden.

### *18:15 STÖRFALLSZENARIO: ELEFANT WURDE AUF FUßZEH REDUZIERT!*

Rechtsanwalt Baumann (Anwalt für KoMa): „Bei der Störfallbewertung wurde der Elefant auf die Fußzehe des Elefanten reduziert!“ Es geht hier schließlich um 384.000 Liter Ammoniak die in einem Störfall aus dem Ammoniaklager austreten könnten. Gebhardt fragt bei der KMW nach, ob ein Dominoeffekt bei der Störfallbewertung berücksichtigt wurde. Dr. Reiling antwortet für die KMW, dass umgebungsbedingte Gefahren (Verkehr, benachbarte Anlagen) berücksichtigt wurden. Brände wurden laut Antragsunterlagen nicht berücksichtigt. Baumann: „Sie haben bewusst ein Störfallszenario der minimalistischen Art berücksichtigt, um eine Gefährdung mehrerer zehntausender Menschen nicht darlegen zu müssen!“

### *18:18 „WORST-CASE“ 5 MAL KLEINER ALS KAROKÄSTCHEN?*

KoMa-Sprecher Hassenpflug fragt sich, warum wirklich ein Karokästchengroßes Loch in einer Ammoniakleitung der schlimmstmögliche Ammoniakumfall sei! Ungläubig hält Hassenpflug ein ausgeschnittenes Stück Papier der Maße 5x5mm (Anmerkung=25mm<sup>2</sup>!) als Demonstration hoch und fragt ungläubig, ob dies wirklich das schlimmste Unfallszenario sei, was sich die KMW vorstellen kann?

### *18:27 KMW: WORST-CASE 80MM DURCHMESSER*

Dr. Reiling stellt für KMW klar: Der Dennoch-Störfall wurde mit dem Abriss eines Schlauches mit einem Durchmesser von 80mm berechnet. Hierbei wurde in der Entfernung von 250m der ALGL II Wert (Fluchtbeeinträchtigung beim Menschen) um das 4-Fache überschritten. Ist das jetzt worst-case? Baumann würde wahrscheinlich antworten: „Nun wird der Elefant auf den Vorderfuß reduziert“, aber das ist nur eine Mutmaßung.

### *18:35 KANGIEßER HÄLT KMW FÜR „LERNUNWILLIG“*

Udo Kangießer, Einwender stellt fest: Allein durch das falsche Aufsetzen der Flansche kann beim Transport von Ammoniak ein Störfall auftreten. Menschliches Versagen kann nie völlig ausgeschlossen werden, wie es die KMW tut! Kangießer betont seine langjährige Erfahrung im Transportwesen mit diesem Gefahrenstoff. Trotz besseren Wissens würde Dr. Fischer (KMW)

die Ausmaße eines möglichen Unfalles alleine durch das falsche Aufsetzen der Flansche verharmlosen. Der Verhandlungsleiter der Genehmigungsbehörde Herr Sofsky stellt fest, dass diese Fragen bereits seit Stunden erörtert werden, wenn auch mit unbefriedigendem Ergebnis.

### *18:58 FEHLER BEIM KRAFTWERKS BETRIEB SOLLTEN KEINE OPTION ZUR LERNKONTROLLE DER KMW SEIN*

RA Baumann (Einwenderseite) hält nach seiner Bewertung der Störfallszenarios fest, dass die Störfälle die die KMW zugrundelegt nicht ausreichen. Es wurden ausschließlich Szenarios gewählt, die eine geringe Auswirkung haben. Rechtsanwalt Baumann äußert den Verdacht, dass die KMW das Kraftwerk als „Morgengabe“ darstellen möchte, dass es nicht ist. Marc Legg stellt fest: „Wir fordern im Namen der KoMa eine erneute Störfallbetrachtung die das Störfallszenario entsprechend würdigt! Wir wollen nicht dass Sie als KMW aus Fehlern lernen, wir wollen dass diese Fehler überhaupt nicht auftreten!“

### *19:20 UHR: MORGEN GEHT'S WEITER MIT NATURSCHUTZ*

Für heute wurde der Erörterungstermin geschlossen. Morgen geht es nach zwei kurzen Unterpunkten mit dem großen Thema „Naturschutz“ weiter. Ein solches Importkohlegroßkraftwerk hat nach Ansicht von KoMa signifikante Einflüsse auf die Natur. KoMa ist überzeugt, dass zahlreiche relevante Aspekte völlig ungenügend begutachtet wurden – wenn überhaupt. Ein weiterer spannender Tag kommt also auf uns zu, der die Liste der Fehler und Unzulänglichkeiten der Antragsunterlagen weiter kräftig anfüllen wird.

## **08. MAI 2008**

### *9:07 VERHANDLUNG BEGINNT AUF BITTE DER KOMA MIT EINIGEN MINUTEN VERSPÄTUNG*

### *9:10 BEEINTRÄCHTIGUNG DER WOHN- UND FREIZEITQUALITÄT*

Der TOP 5.4 Nutzungsstruktur, Wohnen und Arbeiten wurde gestern nicht abschließend behandelt und wird erneut aufgerufen. Es geht u.a. um Beeinträchtigung der Wohn-Freizeitqualität.

9:18 Wiesbadener Anwohner erwartet hohen Imageverlust für die Stadt Wiesbaden

Herr Hosch, Einwender aus Wiesbaden, rechnet die bisher hohe Wohnqualität in Wiesbaden schon zur Vergangenheit. Sieben Altenheime und eine Senioren-Wohnanlage befinden sich auf der Wiesbadener Seite in Rheinnähe. Auch die Rettbergsaue mit ihrem Freizeitgebiet, das

besonders von Familien stark genutzt wird, wird zukünftig stark von Emissionen durch das KKW beeinflusst werden. Die Lärmkulisse des KKW wird im Biebricher Schlosspark deutlich zu hören sein. Dies würde einen hohen Image-Verlust für die Stadt Wiesbaden bedeuten: Herr Hosch schildert die Situation eines Reitturniers im Schlosspark, das aktuell stattfindet, und stellt sich vor, wie wohl bei zukünftigen Turnieren ein Pferd reagieren würde, wenn im Moment der höchsten Konzentration ein lauter Schlag durch den Betrieb des KKW's zu hören sei. Herr Hosch: „Wenn ich ein Pferd wäre, wäre ich bestimmt sehr irritiert...“

### **9:23 HOSCH: LÄRM BEI KRAFTWERKS BETRIEB ERHEBLICHE BELÄSTIGUNG**

Hr. Hosch, Einwender aus Wiesbaden, sieht in Abreinigungsschlägen, die beim Betrieb des KKW's in deutlich zu hören sein werden, eine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensqualität. Es sei eine bekannte Foltermethode bei Häftlingen, alle zwanzig Sekunden einen Wassertropfen aus einem Hahn auf den Kopf der Häftlinge tropfen zu lassen. Dauerhaft würde dies zu einer Zermürbung der Häftlinge führen. Hosch sieht hier Parallelen zum Kraftwerksbetrieb.

### **9:30 KMW: KEINE LÄRM- UND SCHADSTOFFBELÄSTIGUNG IN NAHERHOLUNGSGEBIETEN DURCH KKW**

Dr. Fischer, KMW: Es wird beim Kraftwerksbetrieb keine Belästigung durch Abreinigungsschläge geben. Auch Frau Häring (KMW) betont, dass keine zusätzlichen Lärmbelastungen der Rettbergsaue zu erwarten sind. Auch Luftschadstoffe seien für Uferbereiche der Naherholungsgebiete in Wiesbaden nicht zu erwarten. Herr Zink (KMW) betont: Es gibt Abreinigungsschläge, die aber nicht hörbar sein werden. Gestern gab es erheblichen Diskussionsbedarf bezüglich der Lärmprognose, die von der KMW erstellt wurde. Zur Erinnerung: Rechtsanwalt Baumman (Einwenderseite) hatte diese bemängelt. Es seien zu wenig Messungen besonders in schützenswerten Gebieten vorgenommen worden.

### **9:37 KUNSTHISTORIKER HÄLT BEEINTRÄCHTIGUNG VON BIEBRICHER SCHLOSS DURCH KKW FÜR NICHT TOLERIERBAR**

Dr. Meinrad von Engelberg zeigt eine Präsentation, in der er u.a. das Phänomen des Industrieschnees belegt (Fotos aus seinem eigenen Garten). Außerdem präsentiert er die neue Perspektive auf das Kohlekraftwerk mit einem Blick von Wiesbadener-Seite auf den neuen Kraftwerksstandort. Es zeigt sich eine erhebliche Veränderung des Landschaftsbildes. Durch Fotomontagen wird deutlich: Auch im Biebricher Schlosspark wird das neue Kraftwerk deutlich sichtbar sein. Das Biebricher Schloss bekommt durch das neue Kraftwerk optisch eine „Krone“ aufgesetzt. Von Engelberg sieht als Kunsthistoriker hier eine nicht tolerierbare Beeinträchtigung von Kulturdenkmälern!

### *9:45 VON ENGELBERG: UNESCO WELTERBE MITTELRHEINTAL BEDROHT DURCH KKW*

Von Engelberg (KeKoWi) belegt: Der Mainzer Dom mit seinen 89 Metern Höhe wird deutlich durch das neue Kesselhaus mit 110 Metern Höhe verdeckt werden, je nach Perspektive. Mit welchem Merkmal will sich die Region zukünftig präsentieren? Von Engelberg demonstriert, dass in Köln eine Aberkennung des Welterbestatus drohte: Beim Bau eines Hochhauses, das „nur“ 103 Meter sein sollte hätte die Silhouette der Stadt Köln, die durch den Kölner Dom geprägt ist, erheblich verändert hätte. Darauf wurde das Bauprojekt abgelehnt! Auch das Mittelrheintal hat UNESCO Welterbestatus, der durch den Bau des KKW's bedroht wird!

### *9:55 AUCH SCHÖNE FASSADENBEMALUNG KANN ÜBER OPTISCHE BEEINTRÄCHTIGUNG NICHT HINWEGTÄUSCHEN*

Amöneburg ist nicht „nur“ ein Industriegebiet! Engelberg belegt mit Fotos vom letzten Wochenende die Nutzung eines Sportplatzes durch Anwohner in Amöneburg. Man muss kein Haus in direkter Nähe zum Kraftwerksstandort haben, um eine optische Beeinträchtigung durch das neue Kraftwerk zu erkennen. V. Engelberg fotografiert vom gleichen Standort wie die KMW in ihren Antragsunterlagen (Rheingastr. 169) und zeigt, dass es eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes geben wird! Auch in Biebrich werden die 30.000 Anwohner ihre Straßencafés am Rheinufer zukünftig nicht mehr so gerne nutzen!

### *10:00 ÜBER „RINGELSÖCKCHENBEMALUNG“ AN SCHORNSTEINEN KANN MAN STREITEN*

Der Kunsthistoriker Dr. Meinrad von Engelberg (Einwender, Wiesbaden): Fassadengestaltung ist Geschmackssache, ändert aber an der Beeinflussung einer Stadtsilhouette nicht viel. Ob jemand die Fassadengestaltung schön findet oder nicht ist Geschmackssache. Die Fassadengestaltung des Kraftwerks ist aber nicht Grundlage dieser Diskussion. Es geht vielmehr um eine nachhaltige Beeinträchtigung des Landschaftsbildes für alle Anwohner in Biebrich. Ein Kesselhaus mit 110 Metern bleibt nun mal ein Klotz.

### *10:14 WER FÄHRT ZUR ERHOLUNG IN DIE NÄHE EINES KRAFTWERKES?*

Herr Freimuth (Einwender) zweifelt erneut den berechneten Schadstoffausstoß der KMW an und befürchtet hohe Einbußen seiner Einnahmen als Schwimmbadbetreiber. Besonders Familien mit drei Kindern profitieren von seinem günstigen Familientarif des Freibades. Diese Familien seien zukünftig beim Besuch seines Bades erwartungsgemäß erhöhten Schadstoffen ausgesetzt und würden daher eher in andere Schwimmbäder ausweichen.

### *10:30 FOTOGRAFIEN DER KMW BEARBEITET?*

Herr Gebhardt bezweifelt die Aussage der KMW, es würden in den Antragsunterlagen keine verzerrten Fotografien dargestellt. Dies belegt Gebhardt durch die eigenen Fotografien der KMW in den Antragsunterlagen. Dort wird ein kleines Foto dargestellt, das eine Fotomontage mit dem Kraftwerk zeigt. Darunter wird eine Vergrößerung des Bildes dargestellt mit der Aufschrift „gezoomt“. Gebhardt belegt, dass es sich nicht um eine Ausschnittvergrößerung des selben Fotos handelt, sondern um zwei unterschiedliche Aufnahmen. Damit ist die vorher von Dr. Fischer (KMW) betonte Objektivität der Fotomontagen zweifelhaft. Zuvor hatte Dr. Fischer bei den Fotografien von Dr. Engelberg moniert, sie seien mit unterschiedlicher Brennweite aufgenommen worden.

### *10:31 UNGLAUBWÜRDIGE AUSSCHNITTVERGRÖßERUNG BEI FOTOS DER KMW*

Die von der KMW betonte Objektivität und Glaubwürdigkeit der Fotos kann angezweifelt werden. Meinrad von Engelberg (KeKoWi) belegt, dass die beiden Fotos, die durch den Begriff „gezoomt“ und Vergrößerungspfeile suggerieren, dass es sich um eine Ausschnittvergrößerung der gleichen Aufnahme handele, zwei unterschiedliche Aufnahmen sind. Von Engelberg: „Wenn die KMW mit den Emissionsdaten genauso beschönigend umgegangen ist wie mit ihren Fotomontagen, dann Gnade uns Gott!“

### *10:45 VORTRAG BUND ÜBER NATURSCHUTZGEBIET MAINZER SAND*

Sabine Yacoub, BUND, Rheinland-Pfalz stellt Befürchtungen zum Bauvorhaben KKW dar: Sie befürchtet erhebliche Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes und Vogelschutzgebiet Mainzer Sand für Fauna (besonders Vögel) und Flora. Dieses Gebiet ist bundesweit der einzige Ort, an dem die seltene Pflanze Sandlotwurz (*Onosma arenarium*) vorkommt. Das Naturschutzgebiet zeichnet sich durch seine Nährstoffarmut und Trockenheit als einzigartiges Gebiet in ganz Mitteleuropa aus, das dadurch von überregionaler Bedeutung ist!

### *10:55 VORTRAG BUND*

Das Ziel in FFH-Gebieten, eine WIEDERHERSTELLUNG zu erreichen, wird durch das Bauvorhaben KKW und den wachsenden Verkehr (Ausbau Schiersteiner Brücke) nicht unterstützt! Das Kraftwerk entspricht offenbar nicht dem neuesten Stand der Technik: Die beantragten Emissionen der belaufen sich auf 200mg/m<sup>3</sup>. Das Staudinger Kraftwerk beispielsweise emittiert 120 mg/m<sup>3</sup>.

Anscheinend wurden bereits Mauereidechsen umgesiedelt. Dies ist laut BUND rechtlich unzulässig, da dies für ein Bauvorhaben durchgeführt wurde, das noch nicht einmal genehmigt ist!

***10:58 BEI MISSERFOLG DER UMSIEDLUNG VON MAUEREIDECHSEN IST KKW ABZULEHNEN!***

BUND fordert bez. Mauereidechsen genauere Informationen:

- Wie viele Tiere wurden umgesiedelt?
- Wie viele Tiere sind voraussichtlich noch auf dem Gelände?
- Wie wird der Erfolg der Umsiedlung eingeschätzt?
- Wird eine Erfolgskontrolle der Umsiedlung durchgeführt?

Die Genehmigung des KKW ist bei einem Misserfolg auf jeden Fall abzulehnen, so dass die Mauereidechsen in ihren ursprünglichen Lebensraum zurückgebracht werden können!

***11:10 BEHÖRDE BESTÄTIGT: MAUEREIDECHSEN WURDEN TATSÄCHLICH UMGESIEDELT***

Wegen schützenswerter Fledermausarten in Kraftwerksnähe bezweifelt BUND Genehmigungsfähigkeit des KKW. Auch beim Wanderfalken fordert BUND weitere Informationen.

Unterstützende Behörde der SGD-Süd bestätigt indessen: Es wurde die Genehmigung zur Umsiedlung einer Population von Mauereidechsen im Baugebiet des KKW erteilt.

***11:15 BUND: GENEHMIGUNG ZUR UMSIEDLUNG VON MAUEREIDECHSEN VOREILIG ERTEILT!***

Umsiedlung wurde schon vorgenommen, obwohl KKW noch nicht genehmigt. Dies bedeutet eine Gefahr, dass hier ein Eingriff auf eine streng geschützte Art ohne Grund vorgenommen wurde!

Die Befreiung zur Umsiedlung der Mauereidechse hätte also nicht erteilt werden dürfen!

Offenbar sollten hier im Vorfeld Tatsachen geschaffen werden, die verhindern, dass während des Genehmigungsverfahrens artenschutzrechtliche Verpflichtungen eine Genehmigung verhindern.

Umsiedlung wurde schon vorgenommen, obwohl KHKW noch nicht genehmigt à Gefahr, dass Eingriff auf streng geschützte Art ohne Grund

### ***11:20 EXPERTE BEFÜRCHTET RÜCKGANG DER WANDERFISCHE IM RHEIN***

Herr Dr. Staas Experte befürchtet durch Wassererwärmung und Wasserentnahme eine erhebliche Beeinträchtigung für Fischpopulationen bzw. die Wanderwege von Wanderfischen im Rhein! Besonders genannt werden Schnäpel, Neunauge und verschiedene Lachsarten. Der Vortrag wird von Verhandlungsleiter Herr Gerten unterbrochen, da diese Fragen im Wasserrechtlichen Verfahren erörtert werden sollen und hier nicht erörtert werden. Die dargestellten Fakten werden also hier nicht weiter vertieft werden.

### ***11:30 LINK ZUM VORTRAG VON DR. ENGELBERG***

Der bereits erwähnte Vortrag von Dr. Mainrad von Engelberg (KeKoWi) über die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes (besonders von Wiesbadener Seite) findet sich unter: [http://www.kohlefreies-mainz.de/bilder/Eroerterungstermin/Unterlagen\\_fuer\\_newsticker/KeKoWi-Beitrag%20Landschaftsschutz.pdf](http://www.kohlefreies-mainz.de/bilder/Eroerterungstermin/Unterlagen_fuer_newsticker/KeKoWi-Beitrag%20Landschaftsschutz.pdf)

### ***11:54 NATURSCHUTZ-GUTACHTER FÜR KMW: KEINE BEEINTRÄCHTIGUNG FÜR SCHÜTZENSWERTE ARTEN***

Vortrag von BUND wird durch Gutachter der KMW attackiert: Es werde keine Zusatzbelastung gemäß der TA-Luft durch den Kohleblock erwartet. Die Grenzwerte nach TA Lärm und TA Luft würden schließlich unterschritten. Außerdem würden Nistkästen für Fledermäuse aufgehängt, die das Füllen des potentiellen Quartierbaumes kompensieren sollen. Auch der Bestand von Wanderfalken sei durch die Gewährleistung einer freien Einflugschneise zu den Nistplätzen nicht gefährdet.

### ***12:00 ERNEUT FORDERUNG NACH RAUMORDNUNGSVERFAHREN***

Rechtsanwalt Baumann (für KoMa): Die Vorträge vom BUND und des Experten für Wanderfische belegen, dass das Bauvorhaben sich auf Gebiete weit außerhalb der Ingelheimer Aue auswirkt. Dies untermauert das Argument, dass sich das Bauvorhaben nicht in die Umgebung einfügt und ein Raumordnungsverfahren anzusetzen sei!

### ***12:20 RA KUMMER: WEICHEN WURDEN AM ERSTEN TAG DES VERFAHRENS BEREITS FALSCH GESTELLT!***

Dr. Kummer (Rechtsanwalt für Wiesbaden) fordert FFH-Verträglichkeitsprüfung. Außerdem stellt er fest, dass der entscheidende Fehler in diesem Verfahren bereits am ersten Tag gemacht wurde: Hier wurde angenommen, dass durch die Erweiterung eines bereits bestehenden Kraftwerksstandort von einem Bauvorhaben in einem Innenbereich handelt. Wäre hier bereits festgestellt worden, dass es sich um einen Außenbereich handelt, hätte ein Raumordnungsverfahren angesetzt werden können. Außerdem hätte die Stadt Wiesbaden bei der Vorlage eines Bebauungsplanes der Stadt Mainz auf das Bauvorhaben Einfluss nehmen können!

### ***12:30 EXPERTE BELEGT: BESONDERS GEFÄHRDETE ARTEN IM NATURSCHUTZGEBIET MAINZER-SAND***

Dr. Sommer (Experte für KoMa) macht Ausführungen zur Schutzbedürftigkeit der betroffenen FFH Gebiete. Hierbei beschränkt er sich auf das Kalkflugsandgebiet Mainz-Ingelheim. Hier findet sich ein hoher Artenreichtum und eine überdurchschnittliche Zahl an bedrohten Arten: z.B. die „Silberscharte“, die stark gefährdet und streng geschützt ist! Diese Art wird in den Antragsunterlagen der KMW erwähnt. Nicht erwähnt werden Lotwurz (vom Aussterben bedroht und streng geschützt), Radmelde, Büschel-Gipskraut, Nadelröschen, Haar-Priemengras, Sand-Sommerwurz, Violette Schwarzwurzel (alle gefährdet bis stark gefährdet und geschützt und stehen auf der Roten Liste).

### ***12:43 AUFGRUND PRIORITÄRER ARTEN IM MAINZER SAND KKW NICHT GENEHMIGUNGSFÄHIG!***

Die Silberscharte zählt zu den sog. „prioritären Arten“, die besonders schützenswert ist. Die BRD hat eine besondere Verantwortung zum Erhalt dieser Art. Der Biologe Dr. Sommer belegt anhand einer Tabelle, dass alle von ihm aufgeführten Arten (s.u.) auf basische Standorte und nährstoffarme Böden angewiesen sind. Weiterhin zieht er das Fazit, das eine prioritäre FFH-Pflanzenart in einem prioritären FFH-Lebensraum vorkommt. Es kommen außerdem Arten vor, die in Gesamtdeutschland, bzw. Westdeutschland nur im Mainzer Sand vorkommen. Alle Arten sind auf basische Standorte angewiesen und sehr empfindlich gegen anhaltende Säureimmissionen wie H<sub>2</sub>SO<sub>3</sub>. Bis auf eine Art werden alle von Dr. Sommer erwähnten schützenswerte Pflanzen in den Antragsunterlagen der KMW ignoriert.

### ***12:48 BAUVORHABEN KOHLEKRAFTWERK GESETZESWIEDRIG!***

Dr. Sommer: Das Bauvorhaben ist nicht genehmigungsfähig! Dr. Sommer verweist auf § 34 Abs 4 des Bundesnaturschutzgesetzes: (Quelle: [http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bnatschg\\_2002/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bnatschg_2002/gesamt.pdf)) (4) Befinden sich in dem vom Projekt betroffenen Gebiet prioritäre Biotope oder prioritäre Arten, können als zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses nur solche im Zusammenhang mit der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Landesverteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder den maßgeblich günstigen Auswirkungen des Projekts auf die Umwelt geltend gemacht werden. Sonstige Gründe im Sinne des Absatzes 3 Nr. 1 können nur berücksichtigt werden, wenn die zuständige Behörde zuvor über das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Stellungnahme der Kommission eingeholt hat.

(5) Soll ein Projekt nach Absatz 3, auch in Verbindung mit Absatz 4, zugelassen oder durchgeführt werden, sind die zur Sicherung des Zusammenhangs des Europäischen ökologischen Netzes "Natura 2000" notwendigen Maßnahmen vorzusehen. Die zuständige Behörde unterrichtet die Kommission über das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über die getroffenen Maßnahmen.

Dr. Sommer bezweifelt, dass ein KOHLEKRAFTWERK diese Bedingungen erfüllt, bzw. eine solche Genehmigung wie sie unter Abs. 5 aufgeführt wird, von der KMW eingeholt wurde.

### **12:55 FFH-VERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG ZWINGEND!**

Experte Herr Willigalla (Biologe für KoMa) kommt zu dem Schluss, dass eine FFH-Verträglichkeitsprüfung zwingend erforderlich sei: Wesentliche Gefährdungsursache der FFH-Lebensraumtypen ist der Eintrag von Nähr- und Schadstoffen aus der Luft. Beeinträchtigungen durch die Erhöhung der Stickstoffdeposition werden prognostiziert. Zusätzlich können Beeinträchtigungen durch weitere Schadstoffe, SO<sub>x</sub>, Ozon nicht ausgeschlossen werden. In Kumulation mit weiteren geplanten Projekten (Müllheizkraftwerk, Autobahnausbau) ist eine zusätzliche Erhöhung der Deposition zu erwarten.

=> Erhebliche Beeinträchtigungen der Lebensraumtypen und der Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie sind nicht mit Sicherheit auszuschließen. Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist notwendig.

### **MITTAGSPAUSE BIS UHR**

14:04 Wurden alle Naturschutzverordnungen berücksichtigt?

RA Baumann fragt für die Einwenderseite nach, ob die KMW eine Auflistung aller Naturschutzverordnungen & - Gesetze vorweisen kann, die das Bauvorhaben betreffen könnten. Der Grund: Es müssten gesondert für alle Verordnungen eine gesonderte Befreiung von den Naturschutzaufgaben für das Bauvorhaben eingereicht werden. Die KMW sichert eine Prüfung der Unterlagen zu.

#### ***14:20 ES WURDE KEINE DIFFERENZIERTE BETRACHTUNG NACH LEBENSRAUMTYP VORGENOMMEN***

Eine differenzierte Bewertung der Lebensraumtypen im FFH-Gebiet Mainzer Sand wurde nicht vorgenommen. Rechtsbeistand Gebhardt (Einwenderseite) fordert auf, eine differenzierte Betrachtung nach Lebensraumtyp vorzunehmen. Die Sachverständigen Frau Ende und Herr Kaiser der KMW beharren auf eine Irrelevanz der Zunahme an Critical Loads für die schützenswerten Arten. Bereits die Vorbelastung ohne das neue Kraftwerk übersteigen den Critical Load erheblich.

#### ***14:32 KMW LEHNT VERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG AUS IRRELEVANZGRÜNDEN AB***

Sabine Yacoub (BUND) betont erneut, dass eine FFH-Verträglichkeitsprüfung angebracht ist. Es geht primär noch gar nicht um die Frage, ob das KKW so nicht genehmigungsfähig ist. Es bestehen Unstimmigkeiten in der Auffassung, ob eine Beeinträchtigung der schützenswerten Arten im Naturschutzgebiet Mainzer Sand vorliegt. Genau dafür ist doch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung da! Dies wurde jedoch nicht gemacht! Die KMW hat bereits bei ihrer FFH-Erheblichkeitsprüfung entschieden, dass es keine Beeinträchtigung für das FFH-Gebiet gibt und es damit nicht für nötig erachtet, eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen. Auch hier wurde von der KMW anscheinend sehr nonchalant mit einer möglichen Beeinträchtigung durch Emissionen umgegangen.

#### ***14:44 EINWENDERIN: BETONT FFH-VERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG MUSS DURCHGEFÜHRT WERDEN***

Einwenderin Frau Hofmann fordert FFH-Verträglichkeitsprüfung, da eine Beeinträchtigung der schützenswerten Arten nicht auszuschließen sei und zitiert aus dem Wesbadener Kurier. Die deutschen Umweltminister haben in Mainz eine Erklärung verabschiedet in der es heißt, dass

Artenschutz „wesentliche Aufgabe der menschlichen Daseinsvorsorge“ sei. Umweltminister Sigmar Gabriel, betont, dass man vom Ziel bis 2010 das Artensterben weltweit zu stoppen noch weit entfernt sei. Wie ist dies vereinbar mit einer Befürwortung neuer Kohlekraftwerke?

### *14:55 WIESO KEINE FFH-VERTÄGLICHKEITSPRÜFUNG WENN KRAFTWERK DOCH SO UMWELTVERTRÄGLICH SEIN SOLL?*

KMW nahm an: Es muss KEINE Einzelfallprüfung für die unterschiedlichen Lebensraumtypen im FFH-Gebiet vorgenommen. Rechtsanwalt Baumann: Jede zusätzliche Belastung führt zu einer Schädigung! Laut EU-Richtlinie und Naturschutzgesetz der Bundesrepublik ist jede weitere Schädigung nicht tolerierbar. Die Anlage ist nicht Genehmigungsfähig! Baumann fordert: Ein unabhängiges FFH-Verträglichkeitsgutachten soll durch die Behörde vorgenommen werden. Von Engelberg: „Wenn ihr Kraftwerk so umweltverträglich ist, wieso stimmen Sie dann nicht einer weiteren Prüfung zu?“

### *14:58 BEHÖRDE WILL PRÜFEN*

Verhandlungsleiter Gerten stellt fest: Die Genehmigungsbehörde muss darüber entscheiden, ob eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss.

### *15:02 BAUMANN UND KANNGIEßER STELLEN ANTRAG: VORBESCHIEDSVERFAHREN SOFORT ABBRECHEN!*

Rechtsanwalt Baumann (Einwender): Naturschutzgesetz, Landesgesetz und EU-Verordnung werden von KMW nicht erfüllt. Verhandlungsleiter: Wir werden darüber entscheiden. Kanngießer hatte den Antrag gestellt, das Verfahren mit sofortiger Wirkung zu beenden! Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, die Behörde werde im Laufe des Erörterungstermins darüber entscheiden.

### *15:08 ARTENVERDRÄNGUNG DURCH KKW IM MAINZER SAND*

Ein Naturfreund und Einwender pflegt seit langem Bestände im Mainzer Sand und verzeichnet eine Ausbreitung von Pflanzen, die dort eigentlich nicht hingehören. Es breiten sich Arten aus, die nährstoffreichere Böden bevorzugen und die schützenswerten Arten verdrängen. Durch den Bau des KKW wird dieser Effekt durch einen zusätzlichen Ausstoß von Stickstoff, der ja u.a. in der Landwirtschaft zur Düngung von nährstoffarmen Böden eingesetzt wird, verstärkt und schützenswerte Arten weiter verdrängt!

### *15:13 EINWENDER: KKW KANN SYSTEM MAINZER SAND KIPPEN*

Jürgen Weidmann fährt fort und befürchtet, das „Fass könne überlaufen“. Die sogenannten Critical Loads, stellen folgendes dar: Die kritische Menge eines Stoffes, welche eine Art höchstens verkraften kann. Jede kleinste Menge dieses Stoffes – wie hier heiß diskutiert stickstoff – kann das Fass zum überlaufen bringen! Die Folge: Das System „kippt um“, die

Pflanze wird verdrängt. Durch die erhebliche Vorbelastung sind die Critical Loads bei den schützenswerten Arten bereits überschritten! Der Einwender Jürgen Weidmann befürchtet einen erhöhten Stickstoffeintrag im Mainzer Sand durch das Kohlekraftwerk. Während Inversionswetterlagen ist dieser Stickstoffeintrag sogar noch höher.

### *15:24 RECHTSGRUNDLAGE DES KMW GUTACHTENS ÜBERHOLT*

Rechtsanwalt Dr. Müller (für die Einwender Rößner und Kistenpfennig) stellt die unbedingte Notwendigkeit einer FFH-Verträglichkeitsprüfung fest. Der Paragraph §36 des Naturschutzgesetzes sei mittlerweile durch den obersten Gerichtshof überholt worden. Die Vorprüfung der KMW, die sich auf Irrelevanzkriterien für Critical Loads beruft, sei damit hinfällig! Die Frage die sich die Behörde stellt: Ist eine erhebliche Beeinträchtigung der FFH-Gebiete durch den Bau des KKW's auszuschließen oder nicht. Weitere Emitenten wie z.B. das Müllheizkraftwerk sind in der Vorprüfung der KMW nicht berücksichtigt worden. Außerdem wurden Folgeeffekte nicht berücksichtigt.

### *16:35 UHR KMW WINDET SICH: FFH-PRÜFUNG VERHINDERN AUF TEUFEL KOMM RAUS*

Die Frage der fehlenden FFH-Prüfung zieht sich nun seit Stunden. Mehrere Umweltexperten und Biologen belegen, dass in mehreren FFH-Gebieten besonders schützenswerte Arten aufgrund steigenden Stickstoffeintrags durch das geplante Kohlekraftwerk gefährdet würden. Auch die zuständige Fachbehörde scheint zu diesem Ergebnis gekommen zu sein. Die KMW weigert sich trotzdem, eine solche, tiefer gehende Prüfung durchzuführen. Wir von KoMa haben den Eindruck, man könnte den KMW-Vertretern noch zwei Wochen lang Belege für die Notwendigkeit einer FFH-Prüfung vorlegen und sie würden sich weiter weitern. Bleibt zu hoffen, dass die Genehmigungsbehörde eine FFH-Prüfung vorschreibt.

### *16:55 UHR: REGIERUNGSPRÄSIDIUM DARMSTADT: FFH-SCREENING NACHVERBESSERUNGS-WÜRDIG*

Eine Vertreterin des Regierungspräsidiums Darmstadt äußert massive Bedenken bezüglich des FFH-Screenings bezüglich eines hessischen Buchenwaldes, der unter FFH-Schutz gestellt ist.

Die KMW muss zugeben, dass sie keine Messungen am Standort durchgeführt haben und sich bloß auf eine Karte des Bundesumweltamtes bezogen haben. Das genügte der Behördenvertreterin aber nicht.

### *17:05 UHR: SCHUTZGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WALD: WÄLDER AN TAUNUSRAND GEFÄHRDET*

Ein Vertreter der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ befürchtet ebenfalls, dass das Kohlekraftwerk die Wälder der Region, vor allem am Taunusrand, gefährdet werden. Dies deutete zuvor schon eine Vertreterin des zuständigen Regierungspräsidiums Darmstadt an.

**17:10 UHR: CDU-CHEFIN LITZENBURGER: KOHLEKRAFTWERK IST NICHT ALTERNATIVLOS!!!**

Frau Dr. Litzenburger, Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, führt aus, dass das geplante Kohlekraftwerk keineswegs alternativlos ist. Die Mainzer CDU hat in den vergangenen Monaten große Anstrengungen unternommen, der KMW bei der Suche nach einem Partner für ein klimafreundlicheres Gaskraftwerk zu helfen.

Diese Hilfe scheint die KMW aber nicht haben zu wollen. Mit juristischen Winkelzügen wollten zwar die KMW die Rede verhindern. Dumm nur (für die KMW), dass seit 13 Minuten die Bürgerstunde läuft in der auch unabhängig von der Tagesordnung gesprochen werden darf.

**17:20 UHR: LITZENBURGER: IN DEUTSCHLAND WERDEN NOCH VIELE GASKRAFTWERKE GEBAUT**

Frau Dr. Litzenburger führt aus, dass an diversen anderen Standorten in Deutschland saubere Gaskraftwerke gebaut und neu geplant werden. Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass nun auch in Worms ein Doppel-Gas-Block neu geplant wird. Die Interessenten für diesen Standort sind Frau Litzenburger bekannt und sie fragt sich, wie auch KoMa, wieso diese anderen Investoren in Worms ein neues Gaskraftwerk bauen wollen, während in Mainz eine fertige Baugenehmigung für ein Gaskraftwerk vorliegt?

Diese Situation ist nicht neu: Schon als der niederländische Energieversorger Nuon ins Rhein-Main-Gebiet kam, drehte die KMW anscheinend Däumchen und nun baut Nuon sein Gaskraftwerk in Frankfurt. Sollen uns ein Importkohlegroßkraftwerk vor die Nase gesetzt werden, nur weil die KMW nicht gewillt ist, einen Partner für den Betrieb eines Gaskraftwerks ins Boot zu holen?

**17:30 UHR: SELBSTVERSTÄNDLICH GÄBE ES ALTERNATIVEN!**

Ein weiterer Einwender führt ausführlich aus, dass ein Kohlekraftwerk selbstverständlich NICHT alternativlos ist. Er fordert den Ausbau erneuerbarer Energien anstelle des Kohlekraftwerks.

Das wäre seiner Ansicht nach auch aus wirtschaftlicher Sicht erheblich sinnvoller. Ein Grund dafür werden teure CO<sub>2</sub>-Zertifikate sein. Außerdem sei Kohleschmutz-Strom minderwertig

und werde deshalb in Zukunft immer mehr nur noch an industrielle Großabnehmer nachgefragt, die allerdings deutlich weniger für ihren Strom bezahlen.

#### ***17:40 UHR: „WELLEN DER EMPÖRUNG“***

Ein Bürger erklärt, dass er Mitglied in einem Wassersportverein mit über 1000 Mitgliedern ist. Der Verein habe über das Kohlekraftwerk diskutiert und „die Wellen der Empörung“ über das Kraftwerk seien hoch gewesen. Er selbst sei vor dem Bau eines Kohlekraftwerks in Ostdeutschland noch Befürworter des Projektes gewesen. Anschließend sei er aber vom Anblick des riesigen Kraftwerks geschockt gewesen, weil er so etwas nicht erwartet habe.

„Weltkulturerbe“ könne sich Wiesbaden mit einem Kohlekraftwerk jedenfalls abschminken. Mit Blick auf Teile der Wiesbadener Politik macht er seinem Unmut darüber Luft, dass einige Politiker sich dort öffentlich gegen das Kohlekraftwerk aussprechen, in den Gremien der ESWE und KMW aber trotzdem nicht gegen das Kohlekraftwerk einsetzen. Diesen Politikern wird er bei der nächsten Kommunalwahl die Quittung erteilen verspricht er.

#### ***17:45 UHR: SCHUTZGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WALD: KLIMASCHUTZ ENDLICH ERNST NEHMEN***

Es ist Bürgerstunde und darf unabhängig von der Tagesordnung vorgetragen werden. Ein Vertreter der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald fordert den Ausbau von dezentraler Energieversorgung und der Nutzung erneuerbare Energien.

#### ***17:55 UHR: „GESETZLICHE GRENZWERTE MARKIEREN DIE GRENZE ZUR STRAFBARKEIT“***

Der Einwender Dr. Müller-Karpe ein von Seiten der KoMa-Vertreter mittlerweile gerne gesehener Einwender, hält wieder eine Rede. Gerne gesehen deshalb, weil seine Reden geschliffen sind und wichtige Punkte hervoragend auf den Punkt bringt. So wie wir schon die letzten beiden Reden in voller Länge auf dieser Seite dokumentiert haben, werden wir sicherlich auch heute seine Rede wieder erhalten und nach Ende des heutigen Erörterungstermins wieder online stellen.

#### ***18:30 UHR: FEIERABEND: MORGEN GEHT'S WEITER MIT NATURSCHUTZ***

Es gelang nicht den Punkt „Naturschutz“ heute abschließend zu erörtern. Deshalb geht's morgen damit gleich weiter.

#### ***EINWENDER DR. MÜLLER-KARPE: GRIPS STATT KOHLE!***

In den vergangenen Tagen ist von Einwendern mehrfach vorgetragen worden, dass die KMW durch das bloße Einhalten gesetzlicher Grenzwerte, d. h. das beabsichtigte Ausschöpfen des vom Gesetz gerade noch geduldeten Schädigungsumfangs, der Verantwortung eines kommunalen Unternehmens nicht gerecht wird.

Gesetzliche Grenzwerte definieren nicht, was unschädlich ist. Sie markieren lediglich die Schwelle zur Strafbarkeit. Gesetzliche Normen spiegeln im Idealfall einen Stand der Wissenschaft, meist aber doch eher nur das Partikularinteresse einer Lobby. Beides hat in der Regel schon beim Inkrafttreten nicht mehr als angemessen zu gelten.

Erinnert wurde an die erbitterten Proteste von Mitarbeitern der Firma Eternit, als Hessen beschloss, Asbest aus Bauvorhaben der öffentlichen Hand zu verbannen.

Ich selbst erinnere mich noch gut, wie gern wir als Kinder ins Schuhgeschäft gingen, weil wir da unsere Füße in Röntgenkästen stecken und gebannt beobachten konnten, wie die Zehenknochen sich im neuen Schuh bewegten.

Die verheerenden Auswirkungen der lungengängigen Asbestfasern und die Schädigung des menschlichen Organismus durch ionisierende Strahlung waren damals längst bekannt. Aber Eternit und Salamander agierten im gesetzlichen Rahmen: Sie hielten die geltenden Grenzwerte ein.

Es mussten erst tausende jämmerlich an Krebs zugrunde gehen, bevor der aus heutiger Sicht unbegreifliche – damals aber „legale“ – Wahnsinn beendet wurde.

Die Kohleverbrennung zur Energieversorgung ist (noch) nicht verboten. Daraus folgt aber nicht, dass sie für einen verantwortungsvollen Menschen des 3. Jahrtausends zulässig wäre.

Ich möchte im Folgenden auf einen Sachverhalt hinweisen, der die Widersinnigkeit der Kohleverbrennung in besonderer Weise verdeutlicht:

Kohle ist nicht nur ein Energieträger: Kohle ist auch ein Informationsträger.

Wer schon einmal über eine Steinkohlehalde gestapft ist, wird fasziniert gewesen sein, was er da zu sehen bekam: vegetabile Strukturen, Abdrücke von Farnblättern, schuppige Teile von Palmfarnstämmen.

Unsere Kohleflöze sind die materiellen Zeugnisse eines ganzen Erdzeitalters: das Karbon. Was wir jemals über diese Zeit in Erfahrung bringen können, ist dort gespeichert. Die Kohleflöze

sind gigantische Informationsspeicher, quasi Archive, Bodenarchive – aus einer Zeit vor 300 Millionen Jahren, als es noch keine Bäume gab, lange vor den Dinosauriern.

Als man die Kohle in den Bergwerken noch mit der Spitzhacke brach stieß man immer wieder auf mehrere Meter hohe verkohlte Stämme von Palmfarnen. Heute werden diese Dokumente der Erdgeschichte bereits untertage von Maschinen zu feinem Granulat zerkleinert, ohne dass sie je ein Mensch zu Gesicht bekommt.

Das Wissen über die Vergangenheit ist ein entscheidender Aspekt dessen, was den Menschen in seinem Wesen ausmacht.

Herr Dr. Fischer, was können Sie uns über das Karbon-Zeitalter erzählen?

Ich fürchte Ihr Vortrag würde kurz. Fachleute, Geologen, Paläobotaniker könnten uns vielleicht etwas mehr berichten, Namen von längst ausgestorbenen Pflanzen. Im Grunde aber wissen auch sie nichts, gemessen an der Fülle von Informationen, die wir noch gar nicht „entziffern“ und „lesen“ können.

Das Verbrennen von Bibliotheken ist so ziemlich das dümmste, wozu Analphabeten fähig sind.

Bewahren wir diesen Schatz. Künftige Generationen werden vernünftigeres mit der Kohle anstellen können als sie durch anachronistische Schornsteine und Kühltürme zu jagen.

Torheiten sind kein Privileg unserer Zeit:

Frühe Reisende berichteten im 18. Jh. aus Mesopotamien, dass die dortigen Bewohner Löcher in den Boden graben und dabei kleine, kissenförmige Tafeln aus ungebranntem Ton in großen Mengen zu Tage fördern. Die Oberfläche dieser Tafeln sei mit zahllosen keilförmigen Eindrücken bedeckt gewesen. Die Einheimischen schätzten diese Tontafeln wegen des fein geschlammten Tons, der sich ganz vortrefflich zur Herstellung von Lehmörtel verwenden ließ.

Heute wissen wir, dass man da tatsächlich auf alte Bibliotheken gestoßen war. Mit der Entzifferung der Keilschrift öffnet sich uns ein Fenster in eine Welt, von der wir durch die Zeit getrennt sind und in die wir nur durch diese materiellen Hinterlassenschaften Einblick gewinnen können. Die Sumerer, die Assyrer, die Babylonier haben im 3., 2. und letzten Jahrtausend v. Chr. das ihnen Wichtig erscheinende auf den Tontafeln festgehalten: wirtschaftliche Zusammenhänge, politische Vorgänge, Gedichte, Gebete.

All dies ahnten unsere Vorfahren im Mesopotamien des 18. Jahrhunderts natürlich nicht. Für sie waren Tontafeln der Rohstoff für Lehmörtel. Wäre man ihnen mit dem möglichen Informationsgehalt der Tontafeln gekommen, sie hätten wahrscheinlich auch nur gelacht und darauf verwiesen, dass ja doch noch unzählige weitere Tafeln im Boden liegen.

Gedichte sind in den Kohlearchiven zwar nicht gespeichert – als „Analphabeten“ sollten wir uns aber nicht anmaßen, beurteilen zu wollen, welche Informationen für Menschen, die intelligenter sein werden, als wir das offenbar sind, künftig Bedeutung haben.

Auch wenn es tatsächlich noch tausende Megatonnen Kohle sind, die da im Boden schlummern – wollen wir deshalb tatsächlich die Kohleverbrennung fortsetzen, und darauf verweisen, dass für die Wissenschaft dann ja eventuell immer noch genügend übrig bleibt?

Sind es nicht auch Billionen von Buchstaben, die in den Büchern unserer Bibliotheken schlummern. Sollte das uns aber veranlassen, den Brennwert z. B. der Mainzer Stadtbibliothek zu berechnen?

Kohleverbrennung ist wie Bücherverbrennung: Verboten ist das nicht – aber eines gebildeten Menschen des 21. Jahrhunderts unwürdig.

Einst meinte man, den Leuten einreden zu sollen, Bücherverbrennung sei für das Überleben des Volkes unverzichtbar. Heute ist es die Kohleverbrennung, die angeblich unverzichtbar sein soll.

Können wir aus den Fehlern der Vergangenheit denn gar nichts lernen?

Mit zehn Prozent des heutigen Energieverbrauchs, heißt es, können wir künftig auskommen, ohne Komfortverzicht.

Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden.

100 % regenerativ, in 20 Jahren – das ist möglich. Wenn wir uns anstrengen, in zehn.

Lassen Sie es uns versuchen!

Die solare Energiewende ist ein Jobmotor von beispielloser Dynamik.

Sie sprechen von 100 durch das Kohlekraftwerk angeblich gesicherten Arbeitsplätzen – wir haben aber gehört, dass schädliche Arbeitsplätze keine sicheren Arbeitsplätze sein können.

Im Bereich der Erneuerbaren sind bereits hunderttausende neue Arbeitsplätze entstanden und täglich werden es mehr – zum Wohle der Menschen.

Verabschieden wir uns von den bösen Geistern der fossil-atomaren Vergangenheit.

Zahlen wir Siemens meinetwegen den geforderten Judaslohn, sprich Konventionalstrafe – aber lassen wir ab von dieser anachronistischen Investitionsruine Kohlekraftwerk!

Gerade bei der Nutzung regenerativer Energien haben kommunale Unternehmen wie die KMW, im wahrsten Sinne des Wortes, einen Heimvorteil.

Die Welt ist voller vernünftiger Alternativen: Bereits 40 Stadtwerke beteiligen sich z. B. an dem Offshore-Windpark Borkum-West II – und fahren saftige Gewinne ein.

Ihr Erfolgsrezept: Grips statt Kohle!

## 09. MAI 2008

### 9:03 TAGESPLAN

Der Punkt „Klimaschutz“ wird am Donnerstag behandelt werden. Heute Vormittag werden die Punkte 6. „Landschaft, einschließlich Landschafts- und Ortsbild“ und 7. „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, einschließlich Artenschutz und Natura 2000-Gebiete“ erörtert. Geplant ist nach der Mittagspause mit dem TOP 3.2 „Anlagenkonzept / Anlagentechnik“ und 3.3 „Energiekonzept“ weiterzumachen.

### 9:04 IN WIEWEIT SIND SCHÜTZENSWERTE ARTEN VOM KKW BETROFFEN?

(KoMa) fragt bei KMW nach, welche Methoden angewandt wurden, um die Gefährdung geschützter Arten zu ermitteln. Es wurde ein potenzielles Quartier einer schützenswerten Fledermausart gefunden. Demnach müssen von der KMW Ausnahmeanträge gestellt werden dort bauen zu dürfen. Weiter fragt Hassenpflug, ob die Rettbergsaue speziell nach Fledermausquartieren untersucht wurde. KMW Gutachterin Frau Ende: Es wurde eine Datenrecherche durchgeführt. Die Rettbergsaue wird von Fledermäusen nur zum Jagen genutzt. Frau Ende geht davon aus, dass die Jagdreviere nicht beeinträchtigt werden und daher sei eine genaue Datenerhebung mittels Telemetrie nicht nötig.

### 9:11 FRAU YACOB (BUND) BEMÄNGELT VORGEHENSWEISE

Auf Nachfrage von Frau Yacoub ob bereits im Vorfeld das Vorkommen schützenswerter Fledermausarten ausgeschlossen wurde, antwortet Frau Ende, Gutachterin: Es wurde aufgrund einer Literaturrecherche angenommen, dass schützenswerte Arten von Fledermäusen vorkommen. Die Gutachterin kommt jedoch zu dem Schluss, dass es nicht zu Beeinträchtigung

von Fledermausquartieren oder –jagdrevieren kommt. Der nächste Schritt, genau zu prüfen ob und wie viele Federmäuse auf der Ingelheimer Aue und der Rettbergsaue vorkommen wurde nicht vorgenommen.

### *9:17 KEINE ZÄHLUNG VON FLEDERMÄUSEN VORGENOMMEN*

Es wurde angenommen, dass sehr wohl schützenswerte Arten, die auf der roten Liste stehen im nahen Umfeld des KKW's vorkommen. Hassenpflug (KoMa) stellt den Antrag, dass eine genaue Begutachtung von Fledermausfluglinien vorgenommen werden muss. Auch die Populationen müssen genau ermittelt werden. Es kann nicht sein, dass zwar angenommen wird, es würden besonders schützenswerte Arten im Umfeld leben, aber die Populationsdichte nicht weiter geprüft. Oder wurde evtl. eine genaue Untersuchung mittels Telemetrie vorgenommen und die Daten nicht vorgelegt? Hassenpflug stellt dies in Frage.

### *9:22 GUTACHER KAISER (KMW): VERBOTSTATBESTAND ERFÜLLT - AUSNAHME BEANTRAGT*

Gutacher Kaiser: Die Populationsdichte von Feldermäusen ist unerheblich. Der Verbotstatbestand nach Naturschutzgesetz ist bereits erfüllt, wenn ein einzelnes Individuum gefährdet wird. Daher wurde eine Ausnahmegenehmigung für das KKW gestellt.

### *9:35 INDIVIDUENZÄHLUNG GEFORDERT*

van den Bruck (1. Vorsitzender KoMa): Wieso wurde auf eine Individuenzählung verzichtet? Beim Bau von Windkraftanlagen wird dieses Verfahren vorgeschrieben! Einwenderin bekräftigt, dass die Aussage von Dr. Fischer (KMW) anzuzweifeln sei, dass ein Verlust von Fledermäusen durch das KKW völlig auszuschließen sei. Es hegt sich der Verdacht, dass auch bei diesem Gutachten der KMW der Minimalaufwand betrieben wurde.

### *9:45 SCHALLMESSUNG FÜR RETTBERGSAUE UMGERECHNET*

Es war den Gutachtern nicht möglich eine Schallmessung auf der Rettbergsaue durchzuführen, da es sich um ein Naturschutzgebiet handelt und dort eine Ausnahmegenehmigung nötig ist. Daher wurde eine Messung auf der Petersaue durchgeführt und die Daten auf die Rettbergsaue übertragen. Wieso wurde hier keine Genehmigung beantragt? Ansonsten ist die KMW nicht müde, Ausnahmegenehmigungen veranlassen.

9:50 Messung wäre möglich gewesen - nicht gewollt oder nicht gekonnt?

Dr. Anger (Rechtsanwalt KMW) hält den Eingriff in das Naturschutzgebiet Rettbergsaue durch eine Schallmessung für unverhältnismäßig gegenüber den dadurch ermittelten Daten. Da es hier jedoch um ein Kohlekraftwerk geht, das 40 Jahre stehen wird und langfristige Schäden in der Natur verursachen wird, ist das Vorgehen der KMW unverständlich. Herr Porada (Einwender) bestätigt, dass es ohne Weiteres möglich sei, eine Genehmigung für eine Langzeitschallmessung zu bekommen. Auch sei kein Auto notwendig (wie von Frau Ende behauptet), um ein Schallmessgerät auf die Rettbergsaue zu transportieren. Es wird von Herrn Freimuth (JU) festgestellt, dass eine Messung seitens der KMW nicht gewollt wurde.

#### ***9:54 SCHALLMESSUNG AUF RETTBERGSAUE BEANTRAGT***

Rechtsanwalt Dr. Müller (Einwenderseite) beantragt eine Schallmessung für die Rettbergsaue und ein erneutes Gutachten über Schallemissionen. Dr. Kowol (Rechtsanwalt für Stadt Wiesbaden) ergänzt, dass Fremdgeräusche durch das Klärwerk etc. im vorgelegten Gutachten der KMW nicht einbezogen wurden.

#### ***10:14 KMW BERUFT SICH AUF ‚ZWINGENDES ÖFFENTLICHES INTERESSE‘ – AUCH BEI AUSNAHME VON VERBOTSTATBESTÄNDEN***

Zum wiederholten Mal beruft sich die KMW, auf das ‚zwingende öffentliche Interesse‘ ein Kohlekraftwerk zu betreiben. Und zum wiederholten Mal wird der Mangel an Alternativen betont. Ein Antrag auf Ausnahme vom §62 BNatschG (Bundesnaturschutzgesetz) wurde auch hier gestellt. Es reißen sich also Ausnameanträge an Ausnameanträge – natürlich nur alle bezogen auf die Begünstigung eines Bauvorhabens KKW.

#### ***10:23 KKW ZUM ALLGEMEINWOHL DER MAINZER BEVÖLKERUNG?***

Sachliche Grundlagen zum Beleg eines „öffentlichen Interesses“ fehlen! Es wurde keine Alternativenprüfung durchgeführt und auch nicht der Fall der „Nullalternative“ zum KKW dargestellt. Aus Gründen des öffentlichen Interesses ist die komplette eigene Stromerzeugung für einen kommunalen Energieversorger nicht zwingend erforderlich. Die KMW soll darlegen, ob über die Beteiligung andere Stadtwerke am KKW verhandelt wurde. Ein Ausnameantrag vom §62 Bundesnaturschutzgesetz aufgrund des Allgemeinwohls ist für uns nicht nachvollziehbar. Bisher wurde von der KMW argumentiert, es sei zum Wohle der Bevölkerung, wenn ein kleines kommunales Unternehmen sich den großen 4 Monopolisten entgegenstellt und unabhängigen Strom produziere.

#### ***10:30 KMW: GASKRAFTWERK SOLL NICHT ZUGUNSTEN KKW AUFGEGBEN WERDEN***

Es wurde geprüft, ob der Vorhabenszweck (hier: günstige Energieversorgung) durch Alternativen verwirklicht werden könne. Dies sei geschehen, die Wirtschaftlichkeit eines erneuten Gaskraftwerkes wurde geprüft und verworfen. Dennoch soll das Kraftwerk 3 weiter betrieben werden. Tatsache: Weder für Gas NOCH für Kohle sind langfristige Lieferverträge möglich!

#### *10:37 ALTERNATIVEN NICHT ERNSTHAFT GEPRÜFT*

Herr Steinbach (Einwender) führt aus, die Stadtwerke Darmstadt betreiben Biomasse-Kraftwerke, die eine Gasversorgung über 10-15 Jahre erlauben lassen! Eine solche Alternative wurde von der KMW nicht geprüft. Auch die Stadtwerke Schwäbisch-Hall und Aachen haben das Problem der Quersubventionierung zum des jeweiligen öffentlichen Personennahverkehrs und betreiben Biomassekraftwerke. Diese Alternative wurde von der KMW nicht geprüft, daher ist laut Herrn Steinbach eine Ausnahmegenehmigung nicht zu erteilen. Für eine Ausnahmegenehmigung des Bundesnaturschutzgesetzes muss sichergestellt sein, dass Alternativen auszuschließen sind! Dr. Fischer (KMW) erwidert: Stadt Aachen sei Anteiler bei "Trianel", die auch ein KKW bauen würden. Damit ist die Frage nach der Alternativenprüfung aber immer noch nicht beantwortet.

#### *10:44 ANSINNEN DER KMW, DAS OLIGOPOL DER GROßEN ENERGIEVERSORGER AUFZUBRECHEN RECHTSWIDRIG*

Rechtsanwalt Müller (Einwenderseite) stellt fest, dass ein kommunales Unternehmen nicht uneingeschränkt in den überregionalen Wettbewerb eintreten darf! Die KMW DARF nur für den kommunalen Bedarf produzieren. Es sei wettbewerbsrechtlich angreifbar, wenn ein kommunales Unternehmen für den überregionalen Wettbewerb produziere.

#### *10:20 STADTRATSMITGLIED BEFÜRCHTET FINANZIELLE EINBUßEN DER STADT DURCH KKW*

Dr. Claudius Moseler, (Stadtratsmitglied, ÖDP) befürchtet finanzielle Einbußen der Stadt Mainz durch Verminderung der Wohnqualität der geplanten Wohngebiete am Zoll- und Binnenhafen. Hier sind qualitativ hochwertige Häuser geplant. Dr. Moseler befürchtet, dass ein Verkauf dieser neuen Wohnanlagen durch den Bau des KKW erheblich erschwert wird. Er fragt bei der KMW nach, ob es Fotomontagen der KMW vom geplanten Wohngebiet Zoll- und Binnenhafen mit Blick auf das Kraftwerk gibt.

#### *11:25 DROHT IMAGEVERLUST FÜR NEUES WOHNGEBIET?*

Es existieren Fotomontagen in den Antragsunterlagen, die belegen, dass man Teile des Kesselhauses und des Schonsteines vom neuen Wohngebiet des Zoll- und Binnenhafens sieht. Moseler befürchtet jedoch einen Imageverlust. Er fragt ob Seitens der KMW erforscht wurde, ob der neue Kraftwerksstandort einen Imageverlust für das neue Wohngebiet angeht und die Wirtschaftlichkeit des Wohnprojektes beeinträchtigt wird. Dr. Fischer (KMW) hält das neue Kraftwerksprojekt für irrelevant in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit.

### ***11:27 EINWENDERIN BETONT URTEILSFÄHIGKEIT DER BÜRGER BEI DER WOHNORTWAHL***

Frau Hofmann, Einwenderin (KeKoWi) bezweifelt, dass ein Kraftwerk für die Wahl des Wohnortes irrelevant sei. Wenn schon Urlaubsorte genau von Bürgerinnen und Bürgern nach Umweltverträglichkeit und Erholungswert ausgesucht würden, wie kann man dann davon ausgehen, dass Spiele für die Wohnortwahl keine Rolle?

### ***11:36 ANTRAG: KMW SOLL AUSGLEICHSMAßNAHMEN FÜR KLIMASCHÄDEN DURCH KKW BEZAHLEN***

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Klimawandel und Wandel der Natur. Berichte über Versteppung in Ostdeutschland und die Vermutung, im Rheingau können bald vermehrt sonnenhungrige Rotweine angebaut werden, belegen dies. Hassenpflug bemängelt, dass die Wirkungen des KKW mit seinem Ausstoß von 4000t CO<sub>2</sub>/Jahr auf das Klima und die Natur in den Antragsunterlagen nicht berücksichtigt wurden. Im Antrag werden keine Ausgleichsmaßnahmen beschreiben. Hassenpflug stellt den Antrag, dass Ausgleichsmaßnahmen zum millionenfachen CO<sub>2</sub> Ausstoß (gerechnet über über die 40 Jahre Betriebslaufzeit) des Kraftwerkes und die damit verbundenen Klimaschäden getroffen werden müssen. Die Kosten für diese Ausgleichsmaßnahmen sollen von der KMW getragen werden!

### ***11:48 WIEDER NUR LITERATURRECHERCHE! GUTACHTEN DER KMW NICHT BELASTBAR***

Biologe Willigalla fordert Nachbesserung der Antragsunterlagen: Die KMW ging bisher davon aus, dass die Libelle „Grüne Keiljungfer“, die als „stark gefährdet“ eingestuft wird, hier nicht vorkommt. Willigalla hat die Art für den Bereich Mainz-Mombach und Schiersteiner Brücke nachgewiesen! Auch hier hat sich die KMW ausschließlich auf Literaturangaben gestützt und keine eigenen Forschungen vor Ort betrieben! Willigalla bezweifelt die Aktualität der von der KMW verwendeten Literatur. Wiederholt muss also festgestellt werden, dass höchst unprofessionell von der KMW gearbeitet wurde. Literaturrecherche reicht jedenfalls nicht aus!

Bei einem 1,2 Mrd. teuren Importkohlegroßprojekt ist es höchst verwunderlich, dass im Bereich der Gutachten offensichtlich stark gespart wurde.

**11:50 KORREKTUR: TOP 3.2. UND 3.3. ERST NACH PUNKT 14!**

Korrektur Reihenfolge TOP: Die Tagesordnung wird kontinuierlich bis zum Punkt 14 abgearbeitet! Erst danach werden die Punkte TOP 3.2 „Anlagenkonzept / Anlagentechnik“ und 3.3 „Energiekonzept“ aufgerufen. Die Tagesordnung findet sich unter [http://www.genehmigungsverfahren-khk-mainz.de/images/KHKW/pdf/Tagesordnung\\_Eroerterungstermin\\_BImSchGV.pdf](http://www.genehmigungsverfahren-khk-mainz.de/images/KHKW/pdf/Tagesordnung_Eroerterungstermin_BImSchGV.pdf)

**12:04 MODELL DES KRAFTWERKS UND UMGEBUNG VORHANDEN**

Mombacher Einwenderin fragt nach einem Modell des Kraftwerkprojektes. Es existiert ein solches 3d-Modell, das bei der Stadt einsehbar ist. Es wird ein Foto des Modells auf der Leinwand gezeigt. Das Modell ist im Stadtplanungsamt in der Zitadelle Mainz einsehbar. (KoMa) bemerkt, dass die Abbildung des Modells einen ganz anderen Eindruck hinterlässt, als die Fotomontagen. Das Kraftwerk wirkt sehr groß in diesem Modell. Es wird der Antrag gestellt, dass das Modell endlich zur Phönixhalle gebracht wird, damit sich jeder Bürger einen Eindruck über das Bauvorhaben machen kann. Hassenpflug findet es höchst erstaunlich, dass erst an Tag 8 des Erörterungstermins ein Foto(!) des existierenden Modells gezeigt wird. Auch sei bezeichnend, dass ein solches Foto von der Genehmigungsbehörde vorgelegt wird und den Antragsunterlagen der KMW nicht beiliegt. Die Behörde sichert zu, ernsthaft zu versuchen, das Modell in die Phönixhalle zu bringen.

**KORREKTUR: AUSSTOß VON 4MIO(!) TONNEN CO2 PRO JAHR!**

11:36 wurde eine falsche Angabe über den CO2 Ausstoß gemacht! Wir bitten vielmals um Entschuldigung. Es ist noch viel schlimmer.

**12:11 EINWENDER WIRFT KMW MINIMALISMUS VOR**

Einwender Herr Mengden (Stadt Wiesbaden) wirft der KMW vor, die Antragsunterlagen höchst minimalistisch zu gestalten. Die Antragsunterlagen seien in vielen Punkten im Umfang zu gering, besonders Gutachten und die zugrundeliegende Methodik werden wiederholt bemängelt!

**12:20 ÜBERSCHREITUNG DES OZON-GRENZWERTES BEREITS IM JUNI ERWARTET**

Einwender Porada (Winzer) legt Luftdaten des Umweltbundesamtes vor. Auf deren Grundlage berechnet er die Überschreitung der für Pflanzen schädlichen Ozonkonzentration bereits am 5.6. und nicht erst im Hochsommer. Der 5. Juni ist makabererweise übrigens der „Tag der Umwelt“.

### ***12:40 TOP10 BODENSCHUTZ WIRD AUFGERUFEN – STADTVERORDNETE BEMÄNGELT METHODIK DER UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG***

Einwenderin Dr. Reinhardt (Stadtverordnete Wiesbaden) betont erneut Minimalismus bei der Antragerstellung insbesondere bei der Bewertung der Gefährdung für Pflanzen bei Versauerung in der Umweltverträglichkeitsuntersuchung. Es würden nur allgemeine Aussagen und Grobabschätzung vorgefunden. Das der Umweltverträglichkeitsprüfung zugrundeliegende Verfahren zur Bewertung der Critical Loads bezeichnet die Einwenderin als „einfach“. Die Bewertung sei nicht belastbar und entbehre einer wissenschaftlich plausiblen Grundlage! Eine Überschreitung der oft zitierten Irrelevanzkriterien ist damit nicht auszuschließen!!!

### ***12:52 KMW WEIST MINIMALISMUSKRITIK BEI UVP ZURÜCK***

KMW (Frau Häring) betont, sie habe sich in Umweltverträglichkeitsprüfung auf TA-Luft gestützt. Es seien nur die Zusatzbelastungen zu bewerten. Frau Häring betont, sie sei in ihrer UVP bereits bei der Prognose für die nächsten 30 Jahre über die gesetzlichen Vorschriften hinausgegangen. Sie widerspricht damit der „Minimalismuskritik“. Außerdem wurden die empfindlichsten Bodenkriterien angesetzt.

### ***12:56 ERNEUT LÜCKENHAFTE GUTACHTEN FESTGESTELLT***

Rechtsanwalt Müller (für Kistenpfennig und Rößner, Einwender) kritisiert: Gutachten der KMW sind wenig bis gar nicht belastbar, da eine Einschätzung der Situation vor Ort mangels Daten nicht möglich ist! Es wird in den Unterlagen der KMW meist auf Literaturrecherche verwiesen – es wurden keine eigenen Messungen (wie z.B. Bodenproben) vorgenommen.

### ***13:05 MILITÄRISCHE ALTLASTEN AUF BAUGELÄNDE?***

Einwender Herr Freimuth fragt nach Altlasten auf dem Standortgelände und nach militärischen Altlasten auf dem Baugelände. KMW betont, bei dem Bauvorhaben wird eine Sondierung durch den Kampfmittelräumdienst durchgeführt. Die Frage von Herrn Freimuth, ob ein Vertreter der Behörde die Bauarbeiten beobachtend begleiten wird, wird intern noch geklärt.

### ***MITTAGSPAUSE BIS UHR***

*14:00 TOP 11 WIRD AUFGERUFEN: LUFT UND KLEINKLIMA**14:18 WO BLEIBT DIE ABWÄRME IN DEN SOMMERMONATEN?*

Einwender Freimuth bezweifelt, dass es im Sommer Abnehmer für die Fernwärme des Kraftwerks gibt. Dr. Fischer (KMW): Bei reiner Verstromung ist allerhöchstens ein Wirkungsgrad von 46% für Kohlekraftwerke zu erreichen. Für Kohle sei dies ein sehr hoher Wert. Durch die Fernwärmeauskopplung sei ein Wirkungsgrad von über 50% zu erreichen. Wenn die Fernwärme in den Sommermonaten nicht genutzt wird, wird die Wärme über den Kühlturm runtergekühlt. Herr Hosch (Einwender) fragt nach, welche Auswirkungen auf das Kleinklima die Zuführung der Abwärme in die Umgebungsluft und/oder Rheinwasser hat.

*14:24 KLIMAWANDEL UNBESTRITTEN*

Georg Habs, Einwender Wiesbaden: Der Klimawandel ist unbestritten! Angesichts der absehbaren globalen Änderungen ist der Bau eines Kohlekraftwerkes besonders problematisch.

*14:42 WÄRMEABGABE AN DIE UMGEBUNG - ANGEBLICH KEINE AUSWIRKUNG AUF KLEINKLIMA?*

Einwender Freimuth stellt fest, es werde ab 2020 wohl keine Abkühlung des Rheins durch Gletscherschmelzwasser mehr geben. Es ist zu vermuten, dass der Kühlturm des KKW in den Sommermonaten daher die ganze Zeit laufen muss, um die Wassertemperatur durch die nicht genutzte Fernwärme nicht noch zusätzlich zu erhöhen. Dennoch befürchtet die KMW keine nennenswerte Beeinträchtigung des Kleinklimas durch Nebelbildung.

*14:49 WO BLEIBT DIE ABWÄRME?*

Auf Nachfrage von KoMa Sprecher Hassenpflug wie viel Wärmeleistung in den Rhein abgegeben werden wird, kann Dr. Thun keine konkreten Zahlen nennen, da die Antragsunterlagen zum Wasserschutzrechtlichen Verfahren nicht greifbar seien. Frau Häring liefert die Zahl für die Abwärmeleistung des Schornsteins mit 35 MW nach. Mehrere Zahlen über die Abwärmemenge stehen im Raum. Hassenpflug kommt auf über 200 MW Abwärmeleistung – wo bleibt die Abwärme genau? Wie wurde in den Antragsunterlagen genau gerechnet? Hassenpflug bittet Behörde um Aufklärung und äußert den Wunsch, Antragsunterlagen zu ergänzen.

*14:55 WANN MUSS KRAFTWERK ABGESCHALTET WERDEN?*

Die Höhe der Temperatur der Umgebungsluft, bis zu der das Kraftwerk betrieben werden kann, kann nicht genau beziffert werden. Die KMW liefert diese Zahl im Laufe des Erörterungstermins nach. Im Raum steht eine Vermutung von Dr. Thun von 40°C und 45°C.

### *15:00 TOP 3.2 WIRD AUFGERUFEN: ANLAGENKONZEPT / ANLAGENTECHNIK*

#### *15:11 EINWENDER RÄT ZU GAS*

Einwender Lieschied befürchtet steigende Steinkohlepreise. Herr Lieschied empfiehlt, sich von der Kohle unter anderem aufgrund des hohen Transportweges zu verabschieden. Gasleitungen führen letztlich bis nach Mainz und versorgen die bereits bestehenden Kraftwerke ohne hohe Transportkosten mit einem Energieträger. Weiterhin befürchtet er durch steigende Kosten erhöhte finanzielle Belastungen für die „einfachen Leute“.

#### *15:13 VERSORGUNGSSICHERHEIT FÜR 30 TAGE?*

Einwender Udo Kanngießer hinterfragt die Vorratskapazität für Kohle für den Fall einer Nichtschiffbarkeit des Rheins. Die KMW plant den Bau von Kohlesilos für eine Lagerung, die für 30 Tage Vollast die Versorgung sichern soll.

#### *15:19 BLEIBT DER DURCHSCHNITTLICHE WASSERSTAND DES RHEINS BIS 2052 GLEICH?*

Einwender Christoph Wirges bemerkt, dass die KMW rückwärtsgewandte Annahmen ihren Antragsunterlagen zugrundelegt. Sicherlich sei es für die 60er-90er Jahre so korrekt, dass eine Nichtschiffbarkeit des Rheins für 30 Tage als Grundlage für die Größe der Kohlesilos richtig ist. Eine solche konservativ-naive Annahme sei aber unter den sich ändernden Rahmenbedingungen nicht haltbar. Bisher ist es schließlich auch nicht denkbar gewesen, dass es Tornados in Europa geben würde, es gab aber bereits einen Tornado. Weiterhin anzunehmen, die Welt würde sich bis 2052 so bleiben wie sie ist, ist naiv! Bis 2052 soll das geplante Kohlekraftwerk in Betrieb sein.

#### *15:30 ASCHESOLL BEI RHEINSPERRUNG ÜBER LKW ABTRANSPORTIERT WERDEN*

Für eine Lagerung der Flugasche werden nur Kapazitäten für 10 Tage vorgelassen. Zur Erinnerung: Kohlesilos zur Versorgungssicherheit haben eine Kapazität für 30 Tage. Das bedeutet: Ab dem zehnten Tag müssen vermehrt Silo LKWs zum Abtransport der Asche eingesetzt werden. 1347t Flugasche fallen pro Tag an. Wie viele LKWs das wohl sind? Dr. Thun meint bisher, es seien nur 1-3 LKW pro Tag. Diese Angabe bezieht sich aber auf den

laufenden Betrieb bei voller Schiffbarkeit des Rheins. Die Versorgungssicherheit ist damit also nur für 10 Tage gegeben!

### ***15:55 ANZAHL DER LKWS ZUM ABTRANSPORT DER ANFALLENDEN RÜCKSTÄNDE ZU GERING!***

In den Antragsunterlagen sind 1-3 LKWs pro Tag zum Abtransport erwähnt. Bereits beim Schallgutachten war diese Zahl ein Thema. Im Falle einer Nichtschiffbarkeit des Rheins müssen Rückstände von 1909 Tonnen pro Tag (inklusive Gips) abtransportiert werden. Auch hier also wieder: minimalistischste Angaben der KMW in den Antragsunterlagen! Im Falle einer Nichtschiffbarkeit von mehr als 10 Tagen würden ca. 50 LKW pro Tag anfallen! Im Falle einer Vorbescheidserteilung kann die KMW eine nachträgliche Änderung der LKW Anzahl stellen. Daher vielleicht die geringe Anzahl in den Antragsunterlagen bzw. die Nichtauffindbarkeit von genauen Zahlen zum Abtransport der Rückstände nach 10 Tagen Nichtschiffbarkeit.

### ***16:00 DISKREPANZ: 10 TAGE LAGERFÄHIGKEIT FÜR ABFALLSTOFFE, 30 TAGE LAGERKAPAZITÄT FÜR KOHLE***

### ***16:35 1-3 LKW PRO TAG UNREALISTISCH***

Die Versorgungssicherheit ist nur 10 Tage gewährleistet. Somit ist auch das Argument eines öffentlichen Interesses des Bauprojekts hinfällig. RA Müller bemerkte dies, da eine Ausnahme des Bundesnaturschutzgesetzes von der KMW wegen öffentlichen Interesses beantragt wurde. Auch die Beteiligung der KMW an einer Reederei (Anm.: sehr interessant übrigens!) kann bei der Nichtschiffbarkeit keine Lösung liefern. Rechtsanwalt Müller (Einwenderseite) stellt den Antrag, die Ausnahmegenehmigung nicht auszustellen.

### ***17:00 MULTIFUNKTIONSBECKEN ZU KLEIN?***

Es ist ein 2500m<sup>3</sup> großes Multifunktionsbecken geplant. Dieses Becken ist zur Kontrolle der Reinhaltung des Wassers gedacht. Außerdem soll es für die Rückhaltung von Löschwasser dienen. Nils Oliver Freimuth (JU) fragt nach, was die KMW denn für den Fall eines Überlaufes im Störfall für Vorkehrungen getroffen hat und verweist auf den Unglücksfall bei der Baseler Firma Sandoz 1986, in dem 20t giftiger Chemikalien mit dem Löschwasser in den Rhein gespült wurden. Diese Gefahr sieht Hr. Freimuth auch für die Größe dieses Rückhaltebeckens gegeben. Er stellt fest: „20 Jahre Älter, aber nix dazugelernt.“

### ***17:15 EINWENDER BEZWEIFELT WIRTSCHAFTLICHKEIT***

Einwender Paul Kittler: Die KMW betont, langfristige Lieferverträge für Gas sind zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen nicht zu bekommen. Langfristige Lieferverträge seien aber doch auch für Kohle nicht gegeben. Die KMW müsste sich langfristige Lieferzusagen für Kohle zu akzeptablen Preisen. Weiterhin vermisst der Einwender künftige Strompreise in der Kohleplanrechnung, sie liegen auch nicht für eine Gasplanrechnung vor. Wie kann die KMW ohne Wissen um zukünftige Strompreise erkennen wollen, welche Gaspreise „akzeptabel“ sind? 2006 wurde gegenüber allen Stadtverordneten der Stadt Wertheim das Gaskraftwerk in Mainz in den höchsten Tönen gelobt, obwohl man sich bereits auf Mainzer Seite für Kohle entschieden hatte. Warum also diese Info anscheinend besseren Wissens? Der Einwender fordert die KMW auf, eine exakte, ausführliche Risiko-Bewertung nachzuliefern. Außerdem solle die SGD-Süd, der KMW auferlegen, mittels 3 Wirtschaftswissenschaftlern zu belegen, dass sie die Gegenargumente der 27 Wirtschaftswissenschaftler (diese hatten offene Kritik am Bauprojekt geübt) richtig erfasst hat.

### *17:30 EINWENDER: SCHLECHTER WIRKUNGSGRAD DURCH KOHLETRANSPORTE UM DIE HALBE WELT ZUSÄTZLICH VERSCHLECHTERT*

Umweltingenieur Peter Kleißer: Benötigte Energiemenge für den Kohletransport über die gesamte Laufzeit des Kraftwerkes übertrifft die Fernwärmeleistung des Kraftwerkes bei Weitem!

### *17:45 REIHEN AUSGEDÜNNT*

Randbemerkung: Mittlerweile sitzen von 14 KMW Mitarbeitern nur noch 5 auf ihren Plätzen. Das demonstriert sicher nicht, dass die Befürchtungen der Bürger während der Bürgerfragestunde ernst genommen werden. Zugegeben: Auch die Reihen der städtischen Behörden sind sehr ausgedünnt – das warme Pfingstwetter und der Gartengrill mit einer ganz anderen Art von „Flugasche“ locken...

### *DIE REIHEN FÜLLEN SICH WIEDER...*

### *17:55 PRIVATEINWENDER ÄUßERT VORBEHALTE*

Jürgen Hübner, Einwender aus Wiesbaden:

Der Kraftwerksstandort ist in einem Außenbereich. Die Behörde soll belegen, warum sie den Standort für einen Innenbereich hält. Der Einwender bemängelt das Vorgehen der KMW bezüglich Ausnahmegenehmigungen. Es werde bezüglich der Grenzwerte und Alternativenprüfung nur der Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Herr Hübner

bezweifelt die Wirtschaftlichkeit sowie die Vorteile des Kraftwerksstandortes für den Bau eines KKW.

### *...ABER NUR AUF SEITEN DER KMW.*

Hier wird wohl der Unterschied zwischen Behörde und Wirtschaftsunternehmen deutlich.

### *18:00 FILTER AUS KOSTENGRÜNDEN GERINGERE LEISTUNG?*

Marc Legg bemängelt Filteranlage und Brandschutzpläne. Für die Entstaubung wäre ein Gewebefilter wesentlich effektiver als der geplante Elektrofilter. Es wird vermutet, dass aufgrund der höheren Kosten und Wartungsintensität ein Elektrofilter vorgezogen wurde. Bei der Berechnung von Schadstoffaustritten ergeben sich Widersprüche zu den errechneten Werten der Sachverständigen und den beantragten Werten der KMW. Das Brandschutzkonzept wurde laut Angaben der KMW von Evonik erstellt. Die Brandschutzpläne fehlen in den Unterlagen. Auch die Kohlesilos seien unzureichend berücksichtigt worden.

### *18:10 MENSCHLICHE BEWERTUNG BEZ. FEHLALARM BEMÄNGELT*

Die Kontrolle, ob im Falle eines Brandalarms ein Fehlalarm vorliegt oder nicht, wird von einem Menschen getroffen. Es findet also keine direkte Brandmeldung an die Feuerwehr statt. Marc Legg beantragt, eine solche Direktschaltung für die Kohlefeuerungsanlage vorzunehmen. Dies sei im Fehlalarm zwar mit Kosten für das Ausrücken der Feuerwehr verbunden, würde aber die Sicherheit wesentlich erhöhen.

### *18:13 KOMA: BRANDSCHUTZKONZEPT MANGELHAFT*

Verschiedene Vorschriften seien bezüglich der Brandschutzkonzepte nicht erfüllt worden. Weiterhin stellt er Mängel beim Löschesystem in den Antragsunterlagen fest, und führt weitere Versäumnisse in den Antragsunterlagen auf.

### *18:18 KMW ERLÄUTERT BRANDSCHUTZKONZEPT*

KMW (Herr Zink) erläutert Sensortechnik zur Brandvermeidung und verweist auf Mehrsensortechnik zur Vermeidung von Fehlalarmen. Dr. Reiling (KMW) ergänzt: Infrarotmelder (hatte Legg gefordert) seien aufgrund der Mehrsensortechnik nicht notwendig.

### *18:23 GERINGE "PRÜFTIEFE" DER KONZEPTE AUFGRUND VORBESCHEIDVERFAHREN*

Auf Nachfrage von Christoph Wirges (KoMa) erläutert Verhandlungsleiter Sofsky, die Prüftiefe der Antragsunterlagen sei bei einem Vorbescheidsverfahren geringer. Daher sei es nicht unüblich, bspw. Brandschutzkonzepte weniger detailliert einzureichen.

**18:45 EINWENDER WIRGES (KOMMA) ERTEILT KMW EINE LEHRSTUNDE IN SACHEN ZUKUNFTSPROGNOSEN**

Einwender Wirges mit Verweis auf die von der KMW angeführten Herkunftsländer der Kohle (Indonesien, Südafrika, Kolumbien): "Ich bezweifle, dass das die geeigneten Länder sind. Damit habe ich auch ein ethisches Problem!"

**18:50 ANTWORT VON DR. FISCHER (KMW): "ICH KANN DEN ZUSAMMENHANG ZUM VORBESCHIEDSVERFAHREN NICHT ERKENNEN!"**

**19:00 "DAS IST NICHT STAND DER TECHNIK!"**

(KoMa) weist auf diverse Mängel hin. In einer in den Antragsunterlagen enthaltenen Studie, die ein Mitarbeiter von evonik erstellt hat, steht deutlich, dass die KMW Betreiber des Müllheizkraftwerks ist. Noch dazu ist Dr. Fischer dort Geschäftsführer. Leider bestreitet die KMW weiterhin, dass das geplante KHKW in Zusammenhang mit dem Müllheizkraftwerk zu sehen ist. Der KMW ist wohl bewusst, dass sie dann auch erst recht massive Probleme mit ihrem Antrag auf Genehmigung bekommen würde (in diesem ist das MHKW nicht miteinbezogen)... Hassenpflug weist außerdem darauf hin, dass die KMW nicht den Stand der Technik beantragt hat. Bei anderen Kraftwerken (zB in Datteln) wurden andere Grenzwerte beantragt - die KMW jedoch plant jetzt mit Grenzwerten, die schon vor Betriebsbeginn überholt sein werden und will den Bürgern weismachen, sie tue alles für ein hochmodernes Kraftwerk!

**19:14 EINWENDER WIRGES: "DIE BEVÖLKERUNG WURDE GETÄUSCHT!"**

Gegner im Saal von KMW enttäuscht und empört. Der Bevölkerung wird suggeriert, man baue ein modernes, sauberes Kraftwerk - dieser Erörterungstermin beweist jedoch das Gegenteil! Heiße Diskussionen um die Auslegung des Begriffs "Stand der Technik",

**19:43 GEGNER: WARUM VERWEHRT DIE KMW DEN BÜRGERN EINE MODERNERE TECHNIK?**

: "Die KMW versteckt sich hinter den Gesetzen und verwehrt den Bürgern eine modernere Technik, die an anderen Kraftwerksstandorten möglich ist!" Dr. Fischer (KMW) betont

## 13.5.2008 Erörterungstermin Wasserrecht

weiterhin gebetsmühlenartig, das Vorhaben stelle keinerlei Gefährdung für Mensch und Natur dar. Als Bürger hat man hier das Gefühl, man spricht mit einer Wand!

### *19:47 ERÖRTERUNG FÜR HEUTE ABGESCHLOSSEN*

Die Erörterung wird für heute beendet. Nach den Feiertagen geht es am Dienstag um 10 Uhr mit dem Wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren in der Phoenixhalle weiter. Am Donnerstag von 14 - 18 Uhr wird das Thema Klimaschutz erörtert!! Hierzu werden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen! Die Einwender wollen diesen zentralen Punkt ausführlich erläutern.

## *13.5.2008 Erörterungstermin Wasserrecht*

Das besondere beim wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren: Die KMW hat keinen Rechtsanspruch auf eine wasserrechtliche Genehmigung. Gelingt es den Einwendern die massiven Beeinflussungen des Rheins durch das geplante Kohlekraftwerk zu belegen, so kann die Genehmigungsbehörde die beantragte Genehmigung versagen.

Nach Ansicht von KoMa sind die Antragsunterlagen zum wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren NOCH lücken- und fehlerhafter als der BimSch-Antrag. Dies wird die Bürgerinitiative heute belegen.

### *10.30 UHR GRUNDBUCHAUZÜGE SOLLEN VORGELEGT WERDEN*

RA Baumann möchte, dass sich die SGD die entsprechenden Grundbuchauszüge der zum Anlagenbau notwendigen Grundstücke von der KMW vorlegen lässt.

### *10.35 UHR RA BAUMANN GEHT VON AUßENBEREICH AUS*

RA Baumann teilt mit, dass der Flächennutzungsplan in dem Bereich, wo die Anlage errichtet werden soll einen Grüngürtel vorsieht und hier somit kein Innenbereich, sondern Außenbereich vorliegt. Es liegen keine Beschlüsse des Bauausschusses der Stadt Mainz vor, die eine Außerkraftsetzung des Flächennutzungsplans rechtfertigen.

*10.40 UHR SGD LIEGEN KEINE BESCHLÜSSE VOR SGD LIEGEN KEINE BESCHLÜSSE DER AUSSCHÜSSE ZUR AUSSETZUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS VOR*

*10.42 UHR DR. FISCHER: FLÄCHENNUTZUNGSPLAN SPIELT KEINE ROLLE*

Dr. Fischer (KMW) führt aus, dass das Thema für die KMW geklärt ist. Für die KMW führt Dr. Anger aus, dass der Flächennutzungsplan für dieses Verfahren keine Rolle spielt.

#### *10.46 UHR RA KUMMER FORDERT PLANFESTSTELLUNGSVERFAHREN*

RA Dr. Kummer führt für die Stadt Wiesbaden aus, dass die Erforderlichkeit eines Bebauungsplanes gegeben sein muss. Dr. Kummer möchte ein Feststellungsverfahren beantragen, da die Stadt Mainz ein Planfeststellungsverfahren hätte durchführen müssen und dies nicht getan hat.

#### *10.49 UHR KMW GEGEN DEN REST DER BEVÖLKERUNG*

Marc Legg führt für die Bürgerinitiative Koma aus, dass nicht der Dissenz zwischen der Antragstellerin und RA Baumann besteht, sondern der gesamten Bevölkerung von Mainz und der KMW!!!

#### *11.00 UHR ERNEUT KEINE VOLLSTÄNDIGEN UNTERLAGEN SEITENS DER KMW*

Einwender Kannengießer bemängelt, dass die KMW wieder wie innerhalb der letzten Erörterungstagen auch, keine vollständigen und umfassenden Unterlagen eingereicht hat. Auch kann sie nicht auf verschiedene Fragen der Einwender antworten und beruft sich darauf, die Unterlagen nachzureichen (z.B. Schiffsbreite vor dem Rheinanleger).

#### *11.20 UHR SGD MUSSTE EIGENEN WASSER-GUTACHTER BEAUFTRAGEN*

Offensichtlich hat die KMW erneut keine vollständigen Unterlagen zum wasserrechtlichen Verfahren eingereicht, so dass die Struktur- und Genehmigungsdirektion hierzu einen eigenen Gutachter beauftragen musste.

#### *11.25 UHR GENAUER AUFTRAG DES OUTGESOURCTEN WASSERGUTACHTENS*

RA Baumann fragt die SGD nach Wortlaut des an Herrn Weibel (SGD) vergebenen Gutachtens. Der Auftrag lautet: Prüfung zur Auswirkung des geplanten Kohlekraftwerkes auf die FFH-Fischgebiete im Rhein, Auftrag wurde am 15.04.2008 vergeben.

#### *11.35 UHR "GNADE DER SPÄTEN GEBURT SCHÜTZT VOR UNWISSENHEIT NICHT"*

Dr. Fischer hatte erklärt, dass er die Frage nicht beantworten könne, weil er hierfür zu jung sei. Wozu gibt es aber Grundbücher und Akten? Folgerichtig hat KoMa-Anwalt Baumann Fischer erklärt, dass die Gnade der späten Geburt nicht vor Unwissenheit schützt.

### *11.48 UHR AUSWIRKUNGEN EINZELNER FISCHARTEN IN DEN GUTACHTEN DER KMW NICHT BETRACHTET*

Herr Dr. Staas stellt für den Einwender Landeshauptstadt Wiesbaden die Auswirkungen des Vorhabens auf die Fischfauna und das FFH-Gebiet dar. Zwei Neunaugenarten, Lachs und Nordseeschnäpel wären durch den Bau des Kohlekraftwerks gefährdet. Die genannten Fischarten gelten z.T. als ausgestorben bzw. stehen auf der Roten Liste. Diese Auswirkungen des Kraftwerks sind in den Unterlagen der KMW nicht berücksichtigt.

### *12.04 UHR AUSWIRKUNGEN DER WASSERENTNAHME*

Es sollen laut Unterlagen der KMW 96.000 - 118.000 m<sup>3</sup>/h Kühlwasser entnommen werden, laut Antragstellerin werden Individuenverluste weitgehend vermieden und somit eine weitere Betrachtung des Wirkungspfades seitens der KMW nicht von Nöten. Dem widerspricht Dr. Staas vehement. Zahlreiche Fallbeispiele an Wasserentnahmestellen entlang des Rheins zeigen, dass das Ausmaß der Fischschäden an Wasserentnahmestellen erheblich sein kann. Es werden weiterhin keine Angaben über Ansauggeschwindigkeiten gemacht, welche die Gefährdung der Fischbrut bestimmen. Auch durch die Feinstreichen der Siebfelder und anschließendes lassenZzurückspülen in den Rhein entstehen Schäden.

Es ist daher laut Gutachter der Stadt Wiesbaden nicht auszuschließen, dass von den oben beschriebenen Schädigung nicht nur die allgemeine Fischfauna, sondern auch FFH-relevante Fischarten, die einen hohen Schutzstatus genießen geschädigt werden. Die Wasserentnahme weist ein hohes Schädigungspotenzial für die Fischfauna aus.

Daher schließt sich unter anderem eine Forderung nach alternativen Kühltechniken, die geringere Kühlwassermengen erfordern an. Es sollte seitens der KMW gutachterlich dargelegt werden, welches Schädigungspotenzial am geplanten Standort gegeben ist.

### *12.15 UHR DR. STAAS STELLT AUSWIRKUNGEN DER WÄRMEEINLEITUNG DAR*

Die Antragstellerin hat ein 3D-Modellierung vorgenommen, sie kommt zu der pauschalen Annahme das in allen betrachteten Szenarien der Einfluss der Wärmeeinleitung auf das FFH-Gebiet gering und als nicht wesentlich zu betrachten ist.

Einige beispielhafte Aussagen und Bewertungen der KMW:

allgemeine Weisheiten wie die Fische mögen's ja warm, die Fischarten können bei einer Erwärmung des Rheins mit einem früheren Beginn der Laichzeiten und schnelleren Brutentwicklung reagieren etc. ...

Dr. Staas widerspricht jeder Aussage im Einzelnen. Insbesondere führt er an:

„Jede Wärmeeinleitung ist ein Beitrag zur nachgewiesenen langfristigen Erwärmung des Rheinstroms dessen mittl. jährliche Temperatur in den letzten 50 Jahren um  $3,5^{\circ}\text{C}$  ( $0,07\text{ K/Jahr}$ ) angestiegen ist!

#### *12.17 UHR KMW BEZIEHT SICH AUF JAHRZEHNTE ALTE VERORDNUNGEN*

Laut Dr. Staas (Einwender Stadt Wiesbaden) sind die von der KMW Verordnungen Jahrzehnte alt und spiegeln nicht den Stand der biologischen Forschung wider. Nach neueren Richtlinien sind  $25^{\circ}\text{C}$  vorgesehen, von der KMW werden jedoch die alten Vorschriften, in welchen noch  $28^{\circ}\text{C}$  vorgesehen, sind ins Gutachten mit einbezogen.

#### *12.22 UHR ES BESTEHEN ERHEBLICHE THERMISCHE VORBELASTUNGEN*

Es bestehen erhebliche thermische Vorbelastungen in diesem Gebiet und hohe Anforderung an FFH-Gebiet, auf die die Antragstellerin selbst hinweist, daher ist nach Ansicht von Dr. Staas jede weitere Belastung unzulässig. Daher ist eine FFH-Verträglichkeitsstudie für die Teilfläche des FFH-Wanderfischgebietes „Kastel“ durchzuführen. Die potenziellen Betroffenheiten FFH-relevanter Fischarten müssten im Vorfeld zu untersucht und dokumentiert werden.

#### *12.26 UHR RA KUMMER HÄLT VORHABEN FÜR NICHT GENEHMIGUNGSFÄHIG*

Laut RA Kummer muss eine intensive Vorprüfung durchgeführt werden. In den Unterlagen der KMW wird ausgeführt, dass nicht wesentliche Beeinträchtigungen vorhanden sind. Laut RA Kummer, gibt es aber genau dann eine Beeinträchtigung, die näher zu untersuchen ist. Da keine Voruntersuchungen stattgefunden haben, hat die SGD nicht die Möglichkeit Folgerungen hieraus zu ziehen, somit kann laut RA Kummer das Vorhaben nicht genehmigt werden, wenn nicht einmal Voruntersuchungen stattgefunden haben.

#### *12.30 UHR OBERE NATURSCHUTZBEHÖRDE BITTET UM ERGÄNZUNG DER UNTERLAGEN*

Die Obere Naturschutzbehörde des Regierungspräsidiums Darmstadt schießt sich den Vorrednern an und bittet um Ergänzung der Unterlagen, damit wenn eine Genehmigung erteilt wird, diese auch vor Gericht Bestand haben wird.

#### *12.37 UHR DR. KORTE FÜR DIE EINWENDERGEMEINSCHAFT*

Wie lang ist der Einlaufkanal? Welche Strömungsgeschwindigkeiten herrschen am und im Einlaufkanal? Wie geschieht die Kühlwasserentnahme und Kühlwasserreinigung?

Herr Kaiser für die KMW führt hierzu aus, dass es wird keinen Einlaufkanal geben wird.

Dr. Thun für die KMW führt weiter aus, dass quer zur Strömungsrichtung entnommen wird, Strömungsgeschwindigkeiten und der Rest der Fragen möchte die KMW nachreichen.

#### *12.40 UHR DR. KAISER (KMW) GESTEHT INDIVIDUENVERLUSTE ZU*

Dr. Kaiser gesteht Individuenverluste zu, aber nicht in nennenswertem Umfang. Da fragt man sich was ist nennenswerter Umfang?

, Einwender, findet es unglaublich, dass hier einfache Eingangsfragen, die von Seiten der KoMa gestellt werden, von der KMW nicht beantwortet werden können.

#### *12.42 UHR DR. THUN HAT BISHER KEINE FISCHE GESEHEN*

Dr. Thun (KMW) hat im Rhein, in dem Bereich um den es hier geht, bisher keine Fische gesehen.

#### *12.45 UHR EMPÖRUNG AUF DER SEITE DER KOHLEKRAFTWERKSGEGNER*

Empörung auf der Seite der Kohlekraftwerksgegner, die nicht verstehen können, dass die KMW wirklich keine Prüfungen vorgenommen hat und die einfachsten Fragen hierzu nicht beantworten kann.

#### *12.50 UHR ANTRAGSTELLERIN HAT VERSÄUMT EINE GENAUE BETRACHTUNG VORZUNEHMEN*

Dr. Korte hält einen Vortrag zur Kühlwasserentnahmestelle im Rhein und führt aus, dass die jeweiligen Kraftwerke einzeln betrachtet werden müssen, dies hat die Antragstellerin versäumt.

#### *12.56 UHR 50.000 INDIVIDUEN - NICHT ERHEBLICH?*

An der Siebbandanlage fallen nachts bis zu 50.000 Individuen an, stellt dies wirklich wie von der KMW behauptet, keine erhebliche Beeinträchtigung dar? Nur 40 % der Jungfische kann diese Siebbandanlage, bei einer Betrachtung über 4 Stunden überleben, jedoch sind die Tiere meist länger in der Siebbandanlage, so dass die Mortalität erheblich höher ist.

#### *12.57 UHR SGD GUTACHTER WEIBEL BESTÄTIGT AUSSAGEN VON DR. KORTE*

Dr. Weibel, Gutachter der SGD kann die Aussagen des Fischgutachters Korte nur unterstützen, er führt detaillierter aus, dass Kleinfische hier keine Chance haben da sie nicht aktiv aus dem Einlaufstrom herausschwimmen können.

### *13.00 UHR SGD STELLT KLAR, DASS SIE ENTSCHEIDET, NICHT DIE KMW*

RA Dr. Anger (KMW) sagt, dass der Verlust der Fischarten dem Vorhaben im Genehmigungsverfahren nicht entgegensteht. Daraufhin stellt Hr. Schanzenbächer (SGD) klar, dass dies immer noch die Genehmigungsbehörde entscheidet.

### *BIS 14 UHR MITTAGSPAUSE*

### *14.20 UHR KOHLEGROßKRAFTWERK IST KEIN PONYHOF*

Marc Legg, Einwender, empört sich darüber, dass die KMW keine Untersuchungen durchgeführt haben und dies auch nicht vorhaben, geschweige denn hier ein Verschulden Ihrerseits sieht. Mit den Worten: "Es geht hier nicht um einen Ponyhof, sondern um ein Kohlegroßkraftwerk" schließt Herr Legg unter Applaus der Anwesenden Kohlekraftwerksgegner im Saal.

### *14.30 UHR RA BAUMANN FORDERT FFH-VERTRÄGLICHKEITSGUTACHTEN*

RA Baumann beantragt, dass die SGD der KMW ein FFH-Verträglichkeitsgutachten aufgibt, es sei insbesondere nicht ausreichend nur neue Unterlagen seitens der KMW nachzureichen.

### *14.45 UHR EXPERTEN?*

Herr Freimuth sen., Einwender, geht davon aus, dass die Daten der KMW falsch sind.

"Wie hoch ist die Querströmung tatsächlich?" möchte er wissen. Dr. Thun wird die Daten nachliefern. Dr. Staas stellt dar, dass die sog. „Experten“ der KMW hier wohl etwas falsch verstanden haben. Dr. Korte fordert einen Plan für das Entnahmekraftwerk, da man dann die wirklichen Strömungen nachvollziehen kann.

### *14:55 UHR: „BITTE NICHT KMW-GUTACHTER ANLERNEN!“*

Angesichts der Tatsache, dass immer offensichtlicher wird, dass die von der KMW beauftragten Gutachter fachlich überhaupt nicht in der Lage sind, die Auswirkungen auf die Wasserwelt zu begutachten, bittet KoMa-Anwalt Baumann die Genehmigungsbehörde die Prüfungen selbst durchführen zu lassen. „Und zwar durch eigene Gutachter, das hätte auch den Vorteil, dass Sie die KMW-Gutachter nicht durch die Genehmigungsfähigkeit neu angelernt werden müssten.“

**15.00 UHR KMW: KEINE BEEINTRÄCHTIGUNG**

Entnahme von Kühlwasser erfolgt außerhalb des FFH-Gebietes, durch Einbau der Siebbandabspritzanlage mit 2 davor liegenden Rechen wird verhindert, dass versehentlich Fische und andere relevante Fließgewässerorganismen durch die Entnahme von Kühlwasser geschädigt werden. Hieraus folgt für die KMW: keine Beeinträchtigung, also keine Prüfung. RA Kummer hält dieses Vorgehen für falsch und fordert eine eingehende und umfassende Prüfung.

**15 UHR: KOMA: GEFÄLLIGKEITS-GUTACHTEN GENÜGEN NICHT**

KoMa-Sprecher erkennt einen klaren roten Faden im ganzen Erörterungstermin: Die Gefälligkeitsgutachten sind völlig ungenügend und machen eine Genehmigung des Kohlekraftwerks unmöglich

**15.05 UHR LEGG: KMW SOLL FREIWILLIG EINE FFH-PRÜFUNG VORNEHMEN!**

Marc Legg, Einwender, stimmt den Ausführungen von Herrn Hassenpflug zu. Er hält es weder rechtlich noch moralisch für vertretbar, dass die KMW eine Prüfung ablehnt mit der Begründung, dass die Siebbandanlage ungefähr 30 Meter vom FFH-Gebiet entfernt sei. Legg fordert, dass die KMW eine freiwillige FFH-Prüfung vornimmt, so wie es viele große Energieversorger von sich aus tun!

**15.15 UHR RA MÜLLER: KMW IST KOMMUNALES UNTERNEHMEN, KEIN GROßVERSORGER!**

RA Müller betont, dass die KMW ein kommunales Unternehmen ist und laut Gemeindeordnung darauf zu achten sei, dass dieses kommunale Unternehmen nicht über den eigenen Verbrauch hinaus Energie erzeugt, zumindest nicht in solch gigantischen Massen wie dies durch das geplante Kohlekraftwerk vorgesehen ist.

**15.20 UHR: GOLDENE BRÜCKE FÜR KMW**

Hr. Freimuth weist darauf hin, dass sich Hr. Kaiser (KMW) auf eine Änderung des Standarddatenbogens zur FFH-Richtlinie (Änderung März 2008) in der heutigen Diskussion bezog, diese aber nicht in den Antragsunterlagen berücksichtigt wurde. Hr. Kaiser argumentiert, es habe ein Entwurf dieses Standarddatenbogens vorgelegen. Hr. Baumann verweist auf die Pflicht einer umfassenden Untersuchung!

Hr. Baumann geht noch einmal darauf ein, dass die KMW als kommunales Unternehmen nicht entsprechend auf die Belange der Bürger eingeht.

RA Baumann: die BI Kohlefreies Mainz hat in Person von Herrn Legg der KMW eine „Goldene Brücke“ gebaut in der Form, dass die KMW durch ein freiwilliges FFH-Gutachten hier einlenken könnte.

#### **16.00 UHR: BERECHNUNG DER AUSWIRKUNG DER KÜHLWASSEREINLEITUNG**

Nach einer kurzen Pause:

Hr. Ullrich vom BUND hält einen Vortrag zum Thema „Berechnung der Auswirkungen der Kühlwassereinleitung“

Vorab aber die Frage, welche Wärmefracht das Müllheizkraftwerk hat. Hr. Dr. Thun kann diesbezüglich keine Antwort geben. Hr. Ullrich wundert sich, da Hr. Fischer doch eng mit dem MHKW zu tun hat. Hr. Fischer wird die Zahlen nachreichen.

Durchmischung nicht so möglich wie von KMW angegeben, da Mombacher Arm weniger Wasser führt und dementsprechend weniger Strömung hat. Bei einem Viertel des Wasser ist die Verdünnung natürlich dementsprechend. Berechnung ist demnach nicht zulässig. Auch Hr. Ullrich weist noch einmal darauf hin, dass der Rhein zunehmend eine höhere Temperatur hat. Deshalb fordert der BUND eine vollständige Neuberechnung, die die entsprechenden Zahlen zum Ausgangspunkt nimmt.

#### **16.05 UHR KMW BERECHNUNGEN FALSCH!**

RA Baumann ist erstaunt, dass die SGD nicht die Fehler der gesamten Berechnungen der KMW gesehen hat, die laut RA Baumann insgesamt falsch sind und fordert erneut den Abbruch des Erörterungstermins!!!

#### **16.11 UHR WÄRME-BILANZ-BETRACHTUNG DER KMW UNGENAUER**

Herr Dr. Weiss (KMW-Gutachter), KMW legt Wärme-Bilanz-Betrachtung zugrunde, die sich mit dem gesamten Rhein beschäftigt. Für die FFH-Betrachtung ist die 3D-Modellierung gemacht worden. Dr. Weiss gibt zu, dass die Wärme-Bilanz-Betrachtung deutlich ungenauer ist.

#### **16.20 UHR: KLIMAWANDEL NICHT BERÜCKSICHTIGT!**

Hr. Fischer weist darauf hin, dass demnächst auch Kernkraftwerke vom Netz gehen werden.

Hr. Ullrich erwidert, dass dies sicherlich stimmt, andererseits aber auch neue Kraftwerke ans Netz gehen werden. Man sollte jedenfalls die Daten der Zukunft als Grundlage nehmen und

nicht die Daten der Vergangenheit zu Grunde legen. Hr. Gebhardt verweist diesbezüglich auch noch einmal auf den Klimawandel und unterstützt Herrn Ullrich mit dieser Forderung. KMW: „Wir haben den Klimawandel nicht berücksichtigt.“

Gebhardt: Gutachten der KMW berechnet, dass die vollständige Durchmischung sehr schnell erreicht sei (nach 200 m – 1000 m). Hr. Gebhardt fragt wo denn die Durchmischung berechnet wurde: in Bingen oder am Ende des Wachsbleicharms?

Hr. Weiss (KMW) spricht von einer Gesamtbetrachtung bei der Wasservermischung. Hr. Gebhardt: die Gutachten der KMW widersprechen sich. Die Berechnung müsse sich natürlich auch auf den Wachsbleicharm als eigenständiges Fließgewässer beziehen.

#### *16.26 UHR WORST-CASE SZENARIO MIT MITTELWERTEN BERECHNET*

Hr. Dr. Korte: Warum wurde der Hitzesommer 2003 nicht als worst-case-Szenario zugrunde gelegt? Hr. Best-Theuerkauf (KMW), weist daraufhin, dass 2003 ein „Extremfall“ sei, der sonst nie erreichbar worden sei, daher ist er nicht in die Berechnung eingegangen. Hr. Dr. Korte fragt erneut nach, wieso dann ein worst-case-Szenario überhaupt gemacht wird.

Hr. Best-Theuerkauf kann hierzu keine gescheite Auskunft geben.

#### *16.40 UHR MOMBACHER ARM EIN GEWÄSSER?*

Hr. Gebhardt fordert Antwort ein: muss der Mombacher Arm als Gewässer gesehen werden?

Hr. Weiss: Gewässer ist der Rhein, nicht der Mombacher Rheinarm!

Hr. Freimuth gibt zu Bedenken, dass die Schifffahrt (geplante Anlegestelle) noch Auswirkungen auf die Durchmischung des Rheins hat. Hr. Weiss erwidert, dass die Entnahme und die Wiedereinleitung sich gegenseitig wieder aufheben und somit keine Auswirkungen zu erwarten seien.

Frage eines Einwenders, ob abschmelzende Gletscher, die den Rhein nicht entsprechend speisen werden wie bisher, mit berücksichtigt wurden. Hr. Fischer KMW: über 28 C Rheinwassertemperatur betreibt keiner ein Kohlekraftwerk.

Eine andere Einwenderin ergänzt, dass gerade die Extremwetterlagen, wie auch der Sommer 2003, berücksichtigt werden müssen, da dies ja die Zukunft sein wird.

#### *16.46 UHR GESAMT-RHEIN ODER RHEINARM-BETRACHTUNG?*

RA Baumann möchte nochmal auf den Wachsbleicharm eingehen, in den das aufgewärmte Kühlwasser abgegeben wird. Es ist lt. RA Baumann entscheidend, wie sich die Temperatur an der Einlaufstelle und in der näheren Umgebung der Einlaufstelle verhält. Es geht hier um die Ökologie des Gewässers in der näheren Umgebung der Einlaufstelle. Es liegt somit eine erheblichen Beeinträchtigung des Ökosystems im Rheinarm vor, daher muss auch der Rheinarm und nicht der gesamte Rhein betrachtet werden. RA Baumann stellt nochmal dar, dass das öffentliche Interesse dem Antrag der KMW klar entgegen steht. RA Baumann fragt die Antragstellerin, wie häufig es zu einer Veränderung der Situation im Wachsbleicharm kommen wird, also einer Situation jenseits von 28 °C Wassertemperatur. Dr. Fischer (KMW) gibt zur Kenntnis an 19 Tagen im Jahr würde der Kühlturm laufen.

#### *16.55 UHR WORST-CASE-SZENARIO*

Es klärt sich auf Nachfrage einer Einwenderin, dass Daten einer worst-case Betrachtung nicht berücksichtigt wurden, da die KMW davon ausgeht, dass dann das Kraftwerk eh still stehen wird!!

#### *17.05 UHR RHEIN EIN SOMMERWARMES ODER SOMMERKÜHLES GEWÄSSER?*

Hr. Gebhardt wirft die Frage auf, warum die KMW davon ausgegangen ist, dass es sich beim Rhein um ein sommerwarmes Gewässer handelt und nicht um ein sommerkühles? Dies würde den Unterschied machen, dass statt 28 C nur 25 C erreicht werden dürften.

Hr. Dr. Fischer/ KMW: Das muss die Behörde sich fragen, „wir sind davon ausgegangen, dass es sich um ein sommerwarmes Gewässer handelt“. Hr. Gebhardt: Wie begründen sie dies? Hr. Fischer wird nachdenken und die Antwort nachreichen....

Hr. Staaß macht diesbezüglich eine fachspezifische Unterscheidung und Fr. Ende/ KMW erwidert, dass man sich an geltendes Recht gehalten habe.

Hr. Gebhardt fragt nach Einleitmengen ohne und mit Kühlturbetrieb. Hr. Dr. Thun: 890 MW/h im Durchlaufbetrieb und 390MW/h im Ablaufbetrieb. Nun geht es darum, wie diese Werte ermittelt wurden – die KMW reicht dies nach.

#### *17.12 UHR EINWENDER FRAGT KMW: WIE SOLL VERSORGUNGSSICHERHEIT SICHERGESTELLT WERDEN?*

Einwender Kanngießer fragt Herrn Dr. Fischer (KMW): Wie soll eine Versorgungssicherheit sichergestellt werden, wenn bei einer Wassertemperatur über 28°C das Kraftwerk abgeschaltet

werden soll, auch im Hinblick auf die zunehmende Klimaveränderung und die Gutachter, die im Lauf des bisherigen Erörterungstermins ernsthafte Bedenken vorgetragen haben.

Dr. Müller wird im Namen der Einwendergemeinschaft einen Antrag einreichen, in dem eine neue Berechnung gefordert wird, die nicht nur den gesamten Rhein, sondern auch den Mombacher Arm im speziellen als einzelnes Gewässer berücksichtigt soll.

Dr. Fischer (KMW) führt hierzu aus, dass die Festlegung von 28°C Wassertemperatur ja dem Schutz der Flora und Fauna diene. Aha!

Frage an die Genehmigungsbehörde von Kanngießer: Inwieweit kann durch Auflage sichergestellt werden, dass bei Überschreitung der Wassertemperatur von 28 °C die Anlage automatisch abgeschaltet wird. Kanngießer schlägt vor, die diesbezüglichen Datensätze an die Genehmigungsbehörde zu übertragen. Dies wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens überprüft.

#### ***17.45 UHR WEITERE THERMISCHE BELASTUNG IST NICHT TOLERIERBAR!***

Der Gutachter der Einwendergemeinschaft Dr. Korte hält einen Vortrag zu den Auswirkungen der Kühlwassereinleitung auf Organismen. Er führt aus, dass die Lebensäußerungen eines Organismus einer Optimumkurve folgen, d.h. wenn Organismen langfristig erhöhten Temperaturen ausgesetzt sind, müssten hinsichtlich einer Risikoabschätzung die langfristigen oberen Letaltemperaturen aller Lebensstadien bekannt sei. Erhöhte Temperaturen können zu einer Reduktion der Fortpflanzungsfähigkeit und Hitzetod führen. Die Maximaltemperaturen in Fließ- und Stillgewässern übersteigen selten 25 °C.

Die Gutachten der KMW gehen von einer Mischtemperatur von 28°C aus. Die Wasserrahmenrichtlinie hingegen geht von einem guten Gewässerzustand bei < 25°C aus. In dem Gutachten der KMW werden nur allgemeingültige Einschätzungen abgegeben und es liegen keine aktuellen Daten aus dem betroffenen Gebiet vor. Die Erstellung eines Wärmelastplans erscheint laut Dr. Korte hier dringend notwendig. Eine weitere thermische Belastung ist nicht tolerierbar!

#### ***17.52 UHR SCHWERWIEGENDE VERSÄUMNISSE SEITENS DER KMW!***

Laut Dr. Korte gibt es schwerwiegende Versäumnisse seitens der KMW: Die Angaben zu Temperaturansprüchen der Fische werden im Gutachten der KMW wissenschaftlich nicht korrekt dargestellt und somit wird ein völlig falsches Bild der Ansprüche der heimischen Fischarten suggeriert. Gutachter Dr. Korte stellt fest, dass seitens der KMW die einschlägige

Literatur nur ungenügend gesichtet wurde und verschiedene Sachverhalten nicht berücksichtigt wurden.

### **18.00 UHR KMW HAT NUR UNGENÜGENDE RECHERCHIERT UND DANN NOCH FALSCH INTERPRETIERT**

Aufgrund der angeführten Befunde wird der pauschalen Einschätzung der KMW, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen hinsichtlich des Reproduktionserfolges zu erwarten sind, von Dr. Korte widersprochen, insbesondere im Hinblick auf Meererneunauge, Maifisch oder Nordseeschnäpel muss der Sachverhalt besonders kritisch beurteilt werden. Die Abschätzung des thermischen Einflusses hat die KMW laut Herrn Dr. Korte nur ungenügend recherchiert und dann noch falsch interpretiert.

Anträge von Dr. Korte: **1. Detaillierte Untersuchung der Wirbellosenfauna im Ist-Zustand**

2. Untersuchung der Fischfauna im Ist-Zustand inkl. FFH-Verträglichkeitsprüfung für das Wanderfischgebiet Rhein

3. Untersuchung zur Temperaturentwicklung des Rheins (Untersuchungsraum sollte sich auf den Mombacher Arm, oberhalb gelegene Referenzstandorte, die hessische Rheinseite und das FFH-Wanderfischgebiet Rhein, bis 10 km unterhalb des Kühlwassereinlaufs erstrecken)

### **18.15 UHR: FISCHER HABEN EIN PROBLEM**

RA Baumann schließt sich diesen Anträgen an, insbesondere FFH-Verträglichkeitsprüfung des Rhein. Evtl. sei auch die Entnahme des Wassers zu reduzieren.

Zwischen Herrn Dr. Korte/ Einwendergemeinschaft und Herrn Kaiser/ KMW entsteht eine fachliche Diskussion über die zugrunde liegenden Wassertemperaturen und verschiedene Berechnungsmodellen und dass die Wasserrahmenrichtlinie leider keine gesetzlich verbindliche Vorgaben macht. Die KMW stützt ihre Ergebnisse lediglich auf das 3D-Modell und nimmt keine weiteren Berechnungen vor.

### **18.24 UHR**

Einwender, Hr. Hosch merkt an, dass nur 50% des Wasser in einem Niedrigwasser-Fall genutzt werden können und dass sich daher auch eine andere Temperatur ergeben müsste. Herr Dr. Fischer gibt ausweichende Antworten.

### *18.40 UHR*

RA Baumann weist auf den Vorbelastung des Mombacher Rheinarms hin, so dass diese spezielle Situation betrachtet werden muss und nicht allgemein die Belastung des Gesamtrheins.

Baumann weist erneut auf die falschen Annahmen der KMW hin, da die besonders hohen Anforderungen der Biotop-Situation in den Gutachten der KMW nicht berücksichtigt wurden und somit der gesamtökologische Zusammenhang fehlt.

### *18.43 UHR KMW MÖCHTE KEIN GELD IN KREISLAUFKÜHLUNG INVESTIEREN*

Dr. Korte (Einwendergemeinschaft): Warum wurde nicht geprüft, ob eine Kreislaufkühlung möglich ist?

Dr. Thun (KMW) antwortet, dass sowieso nur einige wenige Tage der Kühlung vorgesehen sind. Er führt weiter aus, dass die KMW keinen Sinn darin sieht, noch mehr Geld in das Projekt, in diesem Fall in eine Kreislaufkühlung, zu investieren!

### *18.47 UHR UNTERSCHIEDLICHE WASSERQUALITÄTEN?*

RA Dr. Kowol fragt, ob unterschiedliche Wasserqualitäten (Hessen, RLP) berücksichtigt wurden? Dr. Kaiser, KMW: nein, die KMW nimmt hierzu keine Untersuchung vor, da irrelevant.

### *19.00 UHR BEI REALISTISCHEN BERECHNUNGEN ERHEBLICHE BEEINTRÄCHTIGUNGEN ZU ERWARTEN!*

Herr Gebhardt für die Einwendergemeinschaft: es müssten ungünstige Verhältnisse wie im Jahr 2003 (und nicht wie von der KMW zur Berechnung herangezogen mittlere Werte) bei der Berechnung der Kühlwassereinleitung zugrunde gelegt werden. Hr. Dr. Weis (KMW) führt hierzu nur aus, dass gemittelte Werte genommen wurden. Herr Gebhardt (Einwendergemeinschaft) führt an, dass in den Sommermonaten des Jahres 2003 durchschnittlich 27 °C Rheinwassertemperatur gegeben waren. Herr Dr. Kaiser führt aus, dass das KMW-Szenario sogar mit noch schlechteren Zahlen als den Daten des Sommer 2003 rechnet. Herr Gebhardt kann dies nicht glauben und entgegnet, dass das Kraftwerk in den Unterlagen weder bei Vollast, noch mit spezifischen Temperaturen, die auf Rheinseite zu erwarten wären, sondern mit Mittelwerten berechnet wurde und eben nicht mit Maximalwerten, daher wären bei realistischen Berechnungen erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.

### *19.15 UHR ERWÄRMUNG DES WASSERS NICHT FÖRDERLICH FÜR FISCH*

Fr. Wache (Regierungspräsidium Darmstadt) weist daraufhin, dass in den Artensteckbriefen der Fische entgegen den Ausführungen der KMW eben nicht davon ausgegangen wird, dass eine Erwärmung förderlich für die Fische und ihren Lebensraum sei.

EÖT für heute abgeschlossen

morgen geht es um 10 Uhr!! mit dem Punkt 5.2 Auswirkungen auf FFH-Gebiete weiter

Kohlefreien Feierabend!!!

### *10:05 VERHANDLUNG STARTET*

Verhandlungsleiter Schanzenbächer begrüßt die Anwesenden mit der Frage, sie hätten doch hoffentlich gestern Abend keinen Fisch mehr gegessen. Und ist erfreut über die bisherige Verhandlung zum Wasserrecht und der bisher sehr sachlich geführten Diskussion.

## 14. MAI 2008

### *10:10 ANTRAG AUF VERFAHRENSAUSSETZUNG ABGELEHNT*

Rechtsanwalt Baumann (Einwendergemeinschaft) stellte folgenden Antrag:

Antrag auf Aussetzung des Verfahrens zugunsten eines ROV mit der Begründung:

Antragsunterlagen und Gutachten zu Wanderfischgebiete unvollständig, Entwidmung der Gaßnerallee und Bauvorhaben im Außenbereich.

Antrag wird von Seiten der Behörde abgelehnt, die Antragsunterlagen werden jedoch geprüft, so Herr Liebscher von der SGD-Süd, Neustadt a.d. Wstr.

### *10:14 EXPERTE: ANTRAGSUNTERLAGEN UNVOLLSTÄNDIG*

Als Einstieg liefert Herr Dr. Korte (Experte, Einwender) eine Gegenüberstellung der erwarteten und tatsächlich gelieferten Unterlagen bezüglich der FFH-Gebiete der KMW. Er kommt zu dem Schluss, dass zahlreiche Unterlagen unvollständig sind oder gar komplett fehlen. Anschließend wird der Punkt 5.2. "Auswirkung auf FFH-Gebiete" aufgerufen.

### *10:26 FFH-GEBIETE IN DIREKTER NACHBARSCHAFT ZU KKW*

Die Wanderfischgebiete und Vogelschutzgebiete liegen direkt um der Rettbergsaue und der Petersaue. Nils Oliver Freimuth, Junge Union, vermutet Auswirkungen auf das FFH-Gebiet durch Schiffsbewegungen beim Entladen der Kohle. Auch Dr. Kummer, Rechtsanwalt der Stadt Wiesbaden stellt fest, das aus den Antragsunterlagen hervorgeht, die KMW gehe davon aus, das Gebiet werde sehr wohl von dem Bauvorhaben KKW berührt. Dr. Kummer stellt daher den Antrag einer FFH-Verträglichkeitsprüfung.

### ***10:32 BEEINTRÄCHTIGUNG DER VÖGEL DURCH KKW?***

Frau Hofmann, Einwenderin, fragt nach, ob Auswirkungen auf die Vogelschutzgebiete durch das Kohlekraftwerk zu erwarten sind. Die Auswirkungen auf das Vogelschutzgebiet seien im Detail untersucht worden. Der Gutachter der KMW (Herr Kaiser) geht davon aus, dass nur Auswirkungen während der Bauphase durch Lärm auf die Vögel zu erwarten seien. Durch Feinstaub und die Einleitung von Kühlwasser seien keine Beeinträchtigungen zu erwarten. Er weist aber auch darauf hin, dass die Einleitung von Kühlwasser in den Wachsbleicharm eine Beeinträchtigung darstellt. Er stellt allerdings die Frage nach „dem Level“ der Beeinträchtigung.

### ***10:35 RA BAUMANN: "ZIEHEN SIE DIE KONSEQUENZEN AUS DEM FIASKO IHRER ANTRAGSUNTERLAGEN!"***

Dr. Korte verweist auf ein Bauvorhaben der EnBW. In diesem Fall war der Antragssteller davon ausgegangen, dass eine Beeinträchtigung des FFH-Gebietes nicht auszuschließen sei. Daher ist in Karlsruhe eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden. Die KMW hat bisher darauf verzichtet. Warum? Wenn doch keine Beeinträchtigung zu erwarten ist, könnte die KMW auch gelassen in so eine Verträglichkeitsprüfung gehen, oder??? Rechtsanwalt Baumann (Einwendergemeinschaft) stellt fest: „Die Antragsunterlagen sind nicht belastbar! Ziehen Sie Ihren Antrag bez. der FFH-Verträglichkeit zurück! Ziehen Sie die Konsequenzen aus dem Fiasco Ihrer Unterlagen!“

### ***10:45 RECHTSWIDRIG: AUSNAHMEANTRAG VON NATURSCHUTZGESETZ WIRD DURCH KEINE DATEN UNTERMAUERT***

Rechtsanwalt Baumann (Einwendergemeinschaft) fasst das Statement des Gutachters zusammen: Die Erhaltungsziele der FFH-Gebiete sind durch den Ist-Zustand des Rheins - besonders die thermische Belastung - durch die industrielle Vorbelastung sowieso schon gefährdet! Eine zusätzliche Einleitung bspw. Durch Kühlwasser führt zu einer Beeinträchtigung, aber nur unwesentlich und damit irrelevant. Baumann bemängelt, dass keine Unterlagen von der KMW vorgelegt werden, die Ergebnisse des Gutachters untermauern! RA Baumann stellt erneut den Antrag an die Behörde, die Planfeststellungsbehörde solle die Antragsunterlagen

zurückweisen! Dr. Korte (Experte, Einwenderseite) bemängelt, die KMW lege auf Nachfragen keine Daten vor! Dr. Korte fordert eine FFH-Verträglichkeitsprüfung, da Studien vergleichbare Kraftwerksprojekte erhebliche Beeinträchtigung von FFH-Gebieten belegen.

***10:49 RA MÜLLER: FFH-VERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG JURISTISCH GEFORDERT! DA BEIßT DIE MAUS KEINEN FADEN AB!***

Rechtsanwalt Müller (Einwender): Sobald eine Gefährdung von geschützten Arten vermutet wird, muss eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden! Selbst wenn nicht der Nachweis einer direkten Beeinträchtigung erbracht wird. Eine Vermutung reicht aus, eine Verträglichkeitsprüfung durchführen zu müssen.

***11:04 ...UND ZWISCHENDURCH WERDEN AUCH KMW-WÜNSCHE ERFÜLLT***

Dem gestrigen Wunsch von Dr. Fischer (KMW), man möge den von ihnen beauftragten Gutachter nicht in die Mangel nehmen, sondern die Kritik an die KMW richten, kommt (KoMa) gerne nach. Herr Hassenpflug fordert zudem den Antragsteller auf den Antrag zurück zu ziehen und NICHT erneut einzureichen! KoMa hat in der Vergangenheit die vielfältigen Gründe ausgeführt, weshalb das Importkohlegroßkraftwerk nicht gebaut werden darf.

***11:25 UHR: REGIERUNGSPRÄSIDIUM DARMSTADT FORDERT FISCHZÄHLUNG***

Eine Vertreterin des Regierungspräsidiums Darmstadt erklärt wie schon viele Vorredner, dass die KMW noch nicht einmal die nötigsten Grundlagen hat untersuchen lassen, um eine Beurteilung der Auswirkungen des Kohlekraftwerks auf die Wasserwelt beurteilen zu können. Sie fordert deshalb noch VOR einer FFH-Verträglichkeitsprüfung (an deren Notwendigkeit sie gar keine Zweifel hat) eine Fischzählung durchführen zu lassen. Erst dann sei eine FFH-Verträglichkeitsprüfung überhaupt möglich.

***11:35 UHR: KMW, STORNIEREN SIE ENDLICH IHRE KRAFTWERKSBESTELLUNG!***

Die Aussage von zahlreichen Experten wiederholen sich Tag für Tag: Antragsunterlagen fehlerhaft, lückenhaft, nicht geprüft, falsch geprüft... SO bekommt die KMW niemals eine Genehmigung. KoMa rät der KMW dringend: STORNIEREN SIE IHRE VOREILIGE KRAFTWERKSBESTELLUNG SCHLEUNIGST!!!

***11:39 BILLIGE POLEMIK FEHL AM PLATZ***

Dr. Staas (Wiesbaden) weist polemische Ausführungen durch Herrn Fischer zurück. Dieser hatte vom Neunauge als Parasit gesprochen. Offenbar möchte man auf seiten der KMW den anwesenden Experten fachlich nicht folgen.

### *11:45 UHR: GUTACHTER DER SGD: WO UNTERLAGEN UNZUREICHEND SIND, GEHT MAN VOM WORST-CASE AUS*

Der von der SGD Süd beauftragte Fisch- und Wasserexperte Weibel erklärt, dass es gute fachliche Praxis sei, Aspekte, die nicht tiefgehend genug untersucht wurden, vom worst-case auszugehen. Na prima, dann wird man beim Mainzer Kohlekraftwerk in so ziemlich allen Belangen vom worst-case ausgehen müssen. Da wiederholen wir uns gerne: SO kann sich die KMW eine wasserrechtliche Genehmigung abschminken!

### *11:55 EINFLUSSNAHME AUF GUTACHTER?*

Fritz Kistenpfennig (KoMa) fragt nach, inwieweit die KMW durch Vorstand und Aufsichtsrat Einfluss auf Herrn Kaiser, Gutachter der KMW bezüglich der Auswirkungen des Kraftwerkes auf die FFH-Gebiete ausgeübt hat. Dr. Fischer beantwortet die an Herrn Kaiser gerichtete Frage und verneint.

### *12:02 SGD-EXPERTE SALOMONISCH - ABER KLAR*

Auf Anfrage von Dr. Korte (Experte, Einwender) an Herrn Weibel wie er die Datenlage der KMW einschätzt antwortet Herr Weibel, Fisch- und Wasserexperte der SGD-Süd salomonisch: „Ich habe schon bessere Antragsunterlagen gesehen!“

### *12:12 20.000M<sup>2</sup> „SIGNIFIKANT BELASTET“?*

Nils Oliver Freimuth (Junge Union, Einwender) bezieht sich auf diese Aussage von Herrn Kaiser und findet es widersprüchlich, einerseits eine „signifikante Belastung“ festzustellen und andererseits im Gutachten keine Beeinträchtigung zu erklären. Herr Kaiser korrigiert sich darauf. Er sehe „keine erhebliche Beeinträchtigung der FFH-Gebiete!“ Den Antragsunterlagen sei nichts hinzuzufügen. Die Bedeutung des Wortes „signifikant“ sei ihm nicht bewusst gewesen, er hätte es irrtümlich verwendet.

### *12:29 MODELL DER INGELHEIMER-AUE IN PHÖNIXHALLE*

Die Bürgerinitiative begrüßt es sehr, dass die SGD-Süd das Holz(?)-Modell der Ingelheimer-Aue in die Phönixhalle gebracht hat. Das Modell ist nun für jedermann einsehbar. Somit ist es jedem möglich, sich selbst darüber ein Urteil zu bilden, ob sich das Kraftwerk in die nähere Umgebung

einfügt oder nicht. Unter uns: Das Kohlekraftwerk ist in dem Modell ein (Holz)-Klotz. KoMa-Sprecher verweist besonders auf den nun möglichen Größenvergleich zwischen Gaskraftwerk und Kohlekraftwerk.

### *12:55 TEURER FISCH FÜR DIE KMW*

Der Nordseeschnäpel, ein Wanderfisch der zur Ordnung der Lachsfische gehört, der potentiell im Rhein vor kommt, könnte durch das Kraftwerksprojekt beeinträchtigt werden. Rechtsanwalt Baumann (Einwendergemeinschaft) stellt den Antrag, erneut zu prüfen, inwieweit der Nordseeschnäpel beeinträchtigt wird. Gutachterin Ende (für KMW) zitiert aus einer Diplomarbeit, die belegt, der Nordseeschnäpel sei ausgestorben. Studien des Jahres 2007 belegen aber, dass Wiedereinbürgerungsversuche im Rhein geglückt sind. (<http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/nano/cstuecke/108706/index.html>)

Auch Gutachter Weibel stellt es als Fakt dar, dass der Nordseeschnäpel im Rhein vor kommt und auch mit einer Rückkehr des Störs zu rechnen ist.

Bei einer Beeinträchtigung von schützenswerten Arten können die Verursacher (und auch die beratenden Gutachter und Institute) in Regress genommen werden. Wie sich das auf die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes auswirken wird?

### *13:14 WURDE LITERATUR NACH VORHER FESTGELEGTEM ERGEBNIS RECHERCHIERT?*

Auch beim KMW-Gutachten Flora-Fauna wurde eine Literaturrecherche durchgeführt. Dr. Korte bemängelt, dass die Gutachter sich nicht kritisch mit dem Vorkommen des Nordseeschnäpels auseinandergesetzt hätten. (KoMa) fragt nach, ob nur die Literatur im Gutachten Verwendung findet, die dem Gutachten entgegenkommt. Diese Frage wurde von den KMW-Gutachtern nur sehr ausweichend beantwortet. Hassenpflug kommt zu dem Schluss, dass hier wiederholt Literatur herangezogen wurde, die das Ergebnis eines Gutachtens stützt und die gegenteiligen Quellen vernachlässigt wurden.

### *14:23 FISCHZÄHLUNG ÜBER ZWEI JAHRE BEANTRAGT*

Zu 5.3. Artenschutz einschließlich Befreiung nach BNatSchG stellt RA Baumann (Einwender) noch einen Antrag:

Es muss der Ist-Zustand ermittelt werden: Die einzelnen Fischarten müssen über zwei Jahre ermittelt werden, besonders die prioritären Arten Nordseeschnäpel und Stör. Die

Auswirkungen der Wasserentnahmestelle auf die einzelnen Fische und das FFH-Schutzgebiet müssen ermittelt werden.

#### *14:29 DREI AFFEN IN DEN ANTRAGSUNTERLAGEN*

Vortrag Wolfgang Porada, Einwender und Winzer: Der feste Glauben der Anlagenbetreiber an die Gottheit Vajra (Drei Affen) spiegelt sich in den Antragsunterlagen wider.

Nichts Schlechtes hören, sehen, sprechen – das ist das Motto der KMW. Das Rheinwasser soll um bis zu 6°C erhöht werden und täglich 30 Millionen Liter verdampft werden, bei Extremwetterbedingungen, wenn die Außen- und Wassertemperatur bereits erhöht ist. Wie soll das ohne Auswirkungen auf die Umwelt geschehen? Porada berechnet Wasserdampfausbreitung durch den Kühlturm und stellt dies grafisch dar.

#### *14:41 MEHRKOSTEN FÜR DEN RHEINGAU PRO EINZELSPRITZUNG BEI 450.000€*

Durch die Ausbreitung von Wasserdampf befürchtet der Einwender und Winzer Wolfgang Porada die Ausbreitung von Pilzkrankheiten an den Trauben. Verkehrsfähiger Wein sei so nicht mehr zu erzielen. Mindestens 48 Stunden bevor der Kühlturm in Betrieb genommen wird, müsste der Rebschutzwarndienst informiert werden, der die Winzer über möglichen Pilzbefall informiert, da nur eine kurzfristige Spritzung den Schädling bekämpft. Die Kosten einer Einzelspritzung pro Hektar belaufen sich auf ca. 140 €/ha. Bei 3200ha Anbaufläche im Rheingau errechnet sich eine Mehrbelastung von 448.000€ für den Rheingau PRO EINZELSPRITZUNG. Diese Mehrkosten sind höher als die Einnahmen der KMW an einem Wochenende im Vollastbetrieb, rechnet Herr Porada vor.

#### *15:05 KRANKHEITEN UND SCHLECHTEN WEIN PROGNOSTIZIERT*

Herr Hosch, Einwender, liefert auf einer Overheadfolie die physikalische Untermuerung für Herrn Poradas Vortrag. Bei Kühlturbetrieb kann es zu einer erhöhten Luftfeuchtigkeit und Taubildung. Dieser Tau schlägt sich auf den Trauben nieder. Durch die Erwärmung des Rheins werden nicht nur Atemwegserkrankungen, Grippe etc. verstärkt sondern bspw. der Rheingauer Riesling besonders geschädigt, so Einwender Freimuth. Krank und schlechter Wein - so das Fazit dieser drei Wortmeldungen.

#### *TAGESORDNUNGSPUNKT 3. „VERÄNDERUNG DER UFERLINIE/RETENTIONSRAUM“ WIRD AUFGERUFEN.*

#### *15:19 AUSGLEICHSRÄUME BEI HOCHWASSER IN EICH STATT GERMERSHEIM*

Zur Erklärung: Retentionsräume sind Rückhalteräume, in denen sich Hochwasser ausbreiten kann. Die KMW muss 18.360m<sup>3</sup> Retentionsraum ausgleichen. Die Grundstücke für die Ausgleichsflächen, die laut KMW und SGD-Süd angedacht sind, gehören dem Land Rheinland Pfalz und der Gemeinde Eich. Ursprünglich waren Flächen in Germersheim angedacht, es wird aber eine andere Möglichkeit vom Land Rheinland-Pfalz angeboten: Eich. Es wird hier eine Vereinbarung zwischen RLP und der KMW getroffen werden und Rechte Dritter nicht berührt, so Verhandlungsleiter Schanzenbacher.

#### *15:44 TOP 4 WIRD AUFGERUFEN: AUSWIRKUNGEN AUF WASSERQUALITÄT*

#### *16:11 "PLAUSIBILITÄTSPRÜFUNG", "UNWAHRSCHEINLICH", "IRRELEVANT", "UNERHEBLICH", KONJUNKTIV*

Das Vokabular der KMW ist bisher nicht sehr vertrauensierend. Auf konkrete Sachfragen wird nur ausweichend und Wischi-Waschi geantwortet. So auch in diesem Fall:

Ca. 400m<sup>3</sup> Abwässer werden pro Stunde eingeleitet. Dr. Luft, Gesundheitsamt Wiesbaden fragt nach Auswirkungen der Abwässer des KKW auf das Wasserwerk Schierstein. KMW erwartet u.a. mit Verweis auf die Entfernung von 4 KM keine Auswirkungen auf die Wasserentnahmestelle des Wasserwerks Schierstein. Durch die Verdünnungseffekte sei eine Plausibilitätsprüfung ausreichend. Auch eine vorzeitige Vermischung mit der „Mainfahne“ sei nicht zu erwarten. Auf direkte Nachfrage wird der wiederholt verwendete Konjunktiv der KMW „würde ich ausschließen“ korrigiert: Die KMW schließt eine Beeinflussung der Rhein-Main-Durchmischung aus.

#### *16:33 ANTRAGSUNTERLAGEN UNÜBERSICHTLICH*

In den Antragsunterlagen der KMW ist ein Schema enthalten, das die Abwasserreinigungsanlage darstellt. In dieser Darstellung wird zunächst nicht deutlich, dass es sich um ein Becken mit verschiedenen Kammern handelt. Auf Nachfrage von Rechtsanwalt Baumann erklärt Dr. Thun (KMW), dass es sich um ein Mehrkammerbecken handelt. Die Möglichkeit einer Durchmischung des Beckens beim Überlauf der einzelnen Kammern ist jedoch gegeben. Dieses und andere Beispiele belegen für RA Baumann, die Antragsunterlagen seien nicht überprüfbar. Auch, ob die Abwasserreinigungsanlage dem aktuellen Stand der Technik entspricht, ist nicht ersichtlich.

#### *16:40 FISCHEREI SOLL SCHADENERSATZ FORDERN*

Durch die Wasserentnahme werden Laich und Jungfische vernichtet, zumindest ist solange davon auszugehen, bis die KMW einen Gegenbeweis durch Messungen antritt. Einwender

Freimuth, selbst Fischentnahmeberechtigt, fordert Schadenersatz in Höhe von zwei Dritteln von der KMW im Falle des Kraftwerkbaus. Die Firma Sandoz hatte durch die Einleitung von Löschwasser in den 80er Jahren ein massives Fischsterben zu verantworten und zahlte 2/3 der Verluste an die Fischerei.

### ***16:56 KOHLEKRAFTWERK - KEINER WILLS. DAMIT IST LEGITIMATION HINFÄLLIG.***

Die KMW hat es wiederholt versäumt, stichhaltige Gutachten vorzulegen. Ein Bauvorhaben mit solcher ökologischer Schieflage ist nicht genehmigungsfähig. Einwenderin Steuerwald pflichtet bei!

Dr. Claudius Moseler zu „öffentlichem Interesse“: es gibt keine politische Mehrheit mehr für das Projekt! Stadtrat hat bereits abgelehnt! Es gibt einen freien Strommarkt- wie will die KMW mit ihren 60.000 Ökostrom Kunden umgehen? Hier liegt eine rückwärtsgewandte Energiepolitik vor! Herr Hosch, Einwender, Wiesbaden: Wie soll zur Versorgungssicherheit der Bevölkerung ein Kraftwerk gebaut werden, dass vorwiegend mit „öffentlichem Interesse“ legitimiert werden soll, wenn ein solches Kraftwerk keiner will? Marc Legg, Einwendergemeinschaft bedankt sich bei der KMW, da die Antragsunterlagen so „dünn“ waren, dass man im wasserrechtlichen Verfahren schnell durchkam.

### ***17:01 ÖFFENTLICHES INTERESSE EHER: RHEINWASSER MUSS BESSER WERDEN!***

Rechtsanwalt Baumann (Einwender): Das öffentliche Interesse spricht dafür, dass das Rheinwasser besser werden muss! Hier widersprechen sich die Auffassungen von KMW und Einwendern grundlegend!

### ***17:06 ENTSCHEIDUNG DER BEHÖRDE NOCH OFFEN!***

Verhandlungsleiter Schanzenbächer fasst zusammen: Die Trennung von Bimch-Verfahren und wasserrechtlichen Verfahren war nicht immer einfach. Besonders Umweltauswirkungen durch Entnahme des Rheinwassers, Einleitung von Kühlwasser und die Auswirkungen auf FFH-Gebiete wurden betrachtet. Auch Retentionsräume waren Thema. Wie die Entscheidung der Behörde aussehen wird, steht noch nicht fest. Es werden aber alle Argumente ausgewertet. Die Entscheidung ist noch offen! Schanzenbächer: „Ich befinde mich selbst noch im ernsthaften Nachdenken!“ Der Verhandlungsleiter bedankt sich ausdrücklich bei den Einwendern für die Sachlichkeit und Professionalität. Dies sei im Vergleich zu anderen Verfahren bisher einzigartig.

### ***18:00 UHR: RESÜMEE DES TAGES: KMW GEHT BADEN***

Nach zwei Tagen Erörterung endete ein denkwürdiges wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren: Bürger aus Mainz und Wiesbaden mussten der KMW und ihren Gutachtern erklären, wie man sich auf ein wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren vorbereitet – und wie nicht! Nach Ansicht von KoMa ist einmal mehr – diesmal in kaum zu überbietender Weise - deutlich geworden, dass die KMW völlig unvorbereitet in ein kompliziertes Genehmigungsverfahren gegangen ist und nun die Quittung hierfür erhält: Die KMW wird mit ihrem Antrag baden gehen und sollte sich in den nächsten Wochen nicht mit Flickschusterei aufhalten, sondern sich schleunigst um Alternativen zum Kohlekraftwerk kümmern!

Morgen geht es weiter mit einem Themenkomplex, der den KoMa-Leuten besonders am Herzen liegt: Klimaschutz. Für die KMW ist dieser Aspekt „irrelevant“ (ein Wort, das sie besonders gerne benutzt), aber wir von KoMa und zahlreiche weitere Organisationen und Bürger werden den Kohlefreunden die Relevanz dieses Themas erklären.

Anders als sonst wird der Erörterungstermin morgen erst um 14 Uhr starten. Dass, wie zunächst angesetzt, der Termin um 18 Uhr endet, darf bezweifelt werden. Auch wenn die KMW nichts von Klimaschutz hören möchte, werden wir die Chance nutzen, ihnen einiges ins Lehrbuch zu schreiben!

## 15. MAI 2008

### *14:05 MAßSTAB IM MODELL FEHLERHAFT!*

Dr. Fischer (KMW) erläutert: Offensichtlich wurden die Höhenverhältnisse im Modell der Stadt Mainz nur geschätzt. Die Schornsteine der Firmen Schott, Weber, etc. sind nicht korrekt dargestellt, auch die Höhe des neuen Kraftwerkes ist überzeichnet. Hier wurde anscheinend von der Stadt Mainz ein fehlerhaftes Modell erstellt. Der Fehler liegt in diesem Fall nicht bei der KMW, Verhandlungsleiter Gerten bestätigt.

### *14:09 WURDEN ANTRAGSUNTERLAGEN INZWISCHEN NACHGEBESSERT?*

Udo Kanngießner (Einwender, KoMa) fragt nach, ob die Unterlagen inzwischen nachgebessert wurden. In den letzten 11 Tagen sei mehrmals festgestellt worden, die Unterlagen seien unvollständig und fehlerhaft! Der Erörterungstermin dauert nur deswegen so lange, weil die KMW mit ihren vorgelegten Gutachten und Antragsunterlagen keine Antworten liefern kann. Kanngießner fordert, den Erörterungstermin abzubrechen! Die Behörde muss die Konsequenzen aus den mangelhaften Unterlagen der KMW ziehen.

### *14:15 TOP 3.4. KLIMASCHUTZ WIRD AUFGERUFEN*

Vorbemerkungen von Verhandlungsleiter Gerten: Die KMW hat den Antrag gestellt, CO<sub>2</sub> gemäß §4 TEHG zu emittieren. (TEHG = Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz). Die Anzahl der CO<sub>2</sub>-Emissionsberechtigungen werden nicht durch die SGD-Süd festgestellt, sondern durch den Bund. Abs. 1 des §4 TEHG lautet: „(1) Die Freisetzung von Treibhausgasen durch eine Tätigkeit im Sinne dieses Gesetzes bedarf der Genehmigung.“ Quelle: <http://www.jusline.de/index.php?cpid=f92f99b766343e040d46fcd6b03d3ee8&lawid=166&aid=4>

### *14:22 GEHÖRT ENERGIEBEDARF ZUM ÖFFENTLICHEN INTERESSE?*

Die Argumentation der KMW bisher: Durch erhöhten Energiebedarf in Mainz und Eumgebung muss ein neues, größeres Kraftwerk gebaut werden. Energiebedarf liegt im öffentlichen Interesse. Dr. Claudius Moseler (Einwender, ödp, Stadtratsmitglied) hakt nach: Ist es mit dem Auftrag eines kommunalen Unternehmens vereinbar, dass es über den Bedarf hinaus Energie produziert? Wer legt eigentlich das „öffentliche Interesse“ fest? Die KMW? Der Stadtrat?

Klimaschutz gehört doch wohl eher zum öffentlichen Interesse! Appell von Susanne Ochse (Greenpeace): Die Behörde hat Handlungsspielräume, die zum Wohle des Klimaschutzes genutzt werden muss!

### *14:31 CO<sub>2</sub>-AUSSTOß DES KOHLEKRAFTWERK MEHR ALS TANSANIA!*

Präsentation Susanne Ochse (Greenpeace): Das Kohlekraftwerk würde 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>/Jahr ausstoßen. Das kommt dem Ausstoß von 2 Millionen PKW gleich. Das gesamte Land Tansania stößt WENIGER aus! (35. Mio Einwohner, 3,3 Mio t CO<sub>2</sub>/Jahr)

### *14:38 KMW & BUNDESREGIERUNG AUF KLIMASCHUTZTECHNISCH AUF DEM HOLZWEG*

Dr. Fischer KMW stellt fest: Wenn wir mit unserem Kraftwerksprojekt falsch liegen, dann liegt die Bundesregierung (Merkel, Gabriel, etc.) genauso falsch, wenn sie KKW's befürworten. Richtig. Da sind wir ausnahmsweise mal einer Meinung.

### *15:05 ALTE WEGE FÜHREN IN DIE KATASTROPHE - KMW BEREIT FÜR NEUE WEGE?*

Eveline Lemke-Ziebel (Landesvorstandsprächerin Bündnis 90/die Grünen RLP): Zeigt die Folgen des Klimawandels auf, der durch den Bau des KKW noch maßgeblich verstärkt werden

würde. Bezüglich der halbherzigen Alternativenprüfung seitens der KMW merkt sie an: Wenn man nicht will, das was sein soll, kann es auch nicht sein!

Aus dem Klimabericht Rheinland-Pfalz 2007 werden von der Landesvorstandssprecherin viele Fakten über direkte und langfristige Auswirkungen des Klimawandels zitiert. Den Bericht findet man hier:

<http://www.mufv.rlp.de/fileadmin/img/inhalte/klima/KlimaberichtRLP2007.pdf>

Warum investieren die Stadtwerke Mainz nicht in Windkraft, Wasserkraft, Geothermische Anlagen? Wie wäre es, wenn die Genehmigungsbehörde, die KMW auffordern würde, die regenerative Nutzung von Energien mit in die Alternativenprüfung vorzunehmen? Nur neue Wege führen aus dem Klimawandel hinaus! Wie wäre es, wenn die Stadt Mainz mit einem Pilotprojekt die Vision „100% Erneuerbare Energien“ verwirklichen würde? Die Ministerin Conrad hätte sicher nichts gegen ein prestigeträchtiges Pilotprojekt!

#### *15:10 KMW NACH BRAUNSCHWEIG GESCHICKT*

Udo Kanngießer (Einwender, KoMa): „Herr Dr. Fischer, ziehen Sie Ihren Antrag zurück und fahren Sie umgehend nach Braunschweig, wo die Eurosolar Konferenz zum Thema „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“ stattfindet! Informieren Sie sich über Alternativen und verschwenden Sie nicht länger meine Steuergelder und die Gelder Ihrer Kunden!“

#### *15:16 KMW SPIELT NICHT CHAMPIONS-LEAGUE*

Nils Oliver Freimuth (JU) fragt „aus der Hüfte“: Wieso vergleicht die KMW ständig mit alten Kraftwerken, die sie ersetzen will? Wieso keine Vergleiche mit der Championsleague der Energieerzeugung? Welches alte Kraftwerk soll denn für das KKW abgeschaltet werden?

Dr. Fischer (KMW) weiß nicht, welches Kraftwerk abgeschaltet werden soll. Außerdem trifft Dr. Fischer die Aussage, der Strom werde für den börsennotierten Markt produziert und damit nicht nur für den kommunalen Gebrauch!

#### *15:22 EINWENDER: „PERVERSES PROJEKT!“*

Einwender Jörg Jordan: Auch bei Befürwortern der Kohle im Bundesumweltministerium sorgt das Projekt in Mainz für Aufsehen! Die Mentalität „Nach uns wird Sintflut“ wird sich rächen. Es kann nicht sein, dass hier ein Kohlekraftwerk gebaut wird, das nachweislich den Klimawandel beschleunigt und in Bangladesch sintflutartige Regenfälle die Folge sind! In 50 Jahren wird die

KMW vielleicht in der gleichen Situation wie die Kriegsgeneration sein. Dann wird sie gefragt werden, ob sie die Auswirkungen nicht vorhergesehen hat!

### *15:30 VERHANDLUNGSLEITER GERTEN SEHR BETROFFEN!*

Bereits zum dritten Mal wurde in dieser Verhandlung die Nähe zum Nationalsozialismus und einem totalitären Staat gestellt. Verhandlungsleiter Gerten zeigt sich darüber sehr betroffen und ist sehr aufgebracht. Anspielungen in dieser Art weist er entschieden zurück!

### *15:39 VERHANDLUNG NACH KURZER PAUSE FORTGESETZT*

### *15:50 KENNT KMW DIE KLIMASCHUTZZIELE DER STADT MAINZ?*

Tabea Rößner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende Die Grünen hat 2004 und 2005 das GuD-Kraftwerk der KMW mit einer Delegation besucht. Dort wurde auch der Klimawandel thematisiert. Zu diesem Zeitpunkt war die KMW noch sehr stolz auf ihr GuD-Kraftwerk mit seinen niedrigen Emissionen. Rößner fragt bei KMW nach, ob das Kohlekraftwerk nun beide Gaskraftwerke ersetzen soll oder ob evtl. das moderne GuD zu Spitzenseiten weiterläuft. Mainz ist Mitglied im Klimabündnis der Städte und Gemeinden. Kennt die KMW wohl die Klimaschutzziele der Stadt Mainz? Wurde mit der Stadt eine Strategie entwickelt wie man diese Ziele erreichen kann?

### *15:53 KMW KENNT KLIMASCHUTZZIELE DER STADT MAINZ – AUCH IM DETAIL?*

Dr. Thun KMW: Wenn Gas zu guten Konditionen verfügbar ist, dann wird entweder das alte oder das neue GuD-Kraftwerk eingesetzt werden. Das neue Kohlekraftwerk soll ein Grundlastkraftwerk sein, die beiden Gaskraftwerke zu Spitzenzeiten zugeschaltet werden. Dr. Fischer: „Zu den Klimaschutzzielen der Stadt Mainz fragen Sie doch die Stadt!“ Auf Nachfrage des Verhandlungsleiters erklärt Dr. Fischer, die Ziele seien der KMW bekannt.

### *15:58 Nur einseitige Alternativenprüfung*

Thomas Krenz, Einwender (KoMa): Der Vorstand hat nur eine einseitige Alternativenprüfung vorgenommen, da sie sich bereits pro Kohle entschieden haben. Hier ist ein Versagen des KMW-Managements festzustellen. KMW soll sich ein Beispiel an der Frankfurter Energieversorgung Mainova nehmen. Da Klimaschutz dort oberste Priorität hat, kann der Energieversorger glaubhafter werben als die KMW. Auch Michael Müller, parlamentarischer Staatssekretär bezeichnete die geplante Kraft-Wärmekopplung der KMW als „viel zu gering“. Thomas Krenz erwartet durch das Kohlekraftwerk und den mit verursachten Klimawandel vermehrt Hitzetote in den Sommermonaten.

### *16:22 CO2-KONTROLLSYSTEM GEFORDERT*

Marc Legg (KoMa) stellt fest, ein hocheffizientes GuD Kraftwerk von 2001 soll verdrängt werden! Legg hofft, dass im Falle des KKW-Baus die KMW an der Leipziger Strombörse durch erneuerbare Energien verdrängt wird. Die Emissionsprognose der KMW ist zu niedrig! Die Qualität der Kohle beeinflusst die Emission des KKW – da aber kein langfristigen Lieferverträge für Kohle vorliegen kann auch nichts über die Kohlequalität gesagt werden. Die erwartete CO<sub>2</sub>-Emission kann auch deutlich höher ausfallen! Die Summen, die bereits in Erneuerbare Energien geflossen sind, sind allenfalls als „Feigenblatt“ zu werten! CO<sub>2</sub> nicht ausreichend gewürdigt: Die Umweltverträglichkeitsprüfung zu Auswirkungen auf das Makro-Klima beläuft sich lediglich eine halbe Seite. Die KMW soll ein Umweltmanagementsystem nach ISO 14001 installieren, um die CO<sub>2</sub>-Emission ständig zu ermitteln! Bisher ist eine solche Anlage nicht vorgesehen!

### *16:25 DR. THUN (KMW): WIR ÜBERLEGEN, EIN UMWELTMANAGEMENTSYSTEM EINZUFÜHREN*

Bisher soll die zu erwartende CO<sub>2</sub>-Emission aufgrund des Kohleherkunftslandes ermittelt werden. Eine Messung war bisher nicht geplant. Es ist davon auszugehen, dass ein solches Umweltmanagementsystem öffentlichkeitswirksam eingeführt werden wird. Schließlich handelt es sich ja um das modernste Kohlekraftwerk der Welt. Oder?

### *16:37 EXPERTE: CO2-ANSTIEG VERURSACHT KLIMAWANDEL!*

Joachim Curtius, Uni Mainz: Die CO<sub>2</sub> Konzentration in der Atmosphäre war mit 260-280 ppm in den letzten 10000 Jahren konstant. Seit 150 Jahren ist der CO<sub>2</sub>-Wert in der Atmosphäre exorbitant angestiegen! Bis 2100 steigt der Wert je nach Szenario auf 550-975 ppm an. Es ist ein Anstieg von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre durch fossile Brennstoffe zu verzeichnen: 2000-2005 waren es 7,2 GT pro Jahr, während es in den 90er Jahren „nur“ 6,4 Gt/Jahr waren. Der Experte belegt, dass der Klimawandel im Wesentlichen menschengemacht ist. CO<sub>2</sub> ist hierbei das wichtigste Treibhausgas.

### *16:49 EXPERTE: KLIMAWANDEL IST IM GANGE UND KEINE ZUKUNFTSMUSIK*

Dr. Mark G. Lawrence, Max-Planck-Institut für Chemie, Mainz:

Es gab schon öfters extreme Sommer, aber es ist zu belegen, dass 1997-2007 die wärmsten 10 Jahre seit 1850 waren. Man kann folgenden Trend feststellen: Die globale Temperatur erwärmt sich seit den letzten 25 Jahren um ~0,25°C pro Decade. Rein natürliche Einflüsse als Ursache der Erderwärmung können durch zahlreiche Computersimulationen ausgeschlossen werden. In

den letzten hundert Jahren sind die Meere um 17 Zentimeter angestiegen. Wenn die Erderwärmung in den Tempo weitergeht, steigt der Meeresspiegel um (KORREKTUR:) 2-3 Meter in 100 Jahren. Klimawandel IST im Gange – keine Zukunftsmusik mehr. Und es wird noch viel extremer. Die bisherigen Prognosen wurden bereits vielfach übertroffen! Zu CO<sub>2</sub>-Problematik in der Atmosphäre gibt es keine schnelle Lösung! Es geht nur über Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen: Es ist unverantwortlich Kohlekraftwerke zu bauen! Man soll warten, bis eine CO<sub>2</sub>-Abscheidung (CCS = Carbon Capture and Sequestration) möglich ist, die Technik befindet sich aber noch in der Entwicklung.

**16:51 DR. LAWRENCE: KOHLKRAFTWERKE UNVERANTWORTLICH!**

Eine Nachrüstung vorhandener Kraftwerke mit CCS ist viel teurer und völlig unwirtschaftlich! Eine Planung eines Kohlekraftwerkes ist nur dann zu verantworten, wenn die CCS-Technik ausgereift ist, da wir um die klimatischen Folgen von CO<sub>2</sub>-Emissionen wissen!

**APELLE VON DR. LAWRENCE (KLIMAEXPERTE) AN DIE GENEHMIGUNGSBEHÖRDE:**

- Die regionale Auswirkungen von CO<sub>2</sub> sollen in die regionale Immissionsschutzmaßnahmen bzw.- gutachten aufgenommen werden!
- Künftige Preisentwicklungen für Kohle und Kohlekredite sollen anhand der Prognosen über die gesamte Laufzeit des Kraftwerkes von 40 Jahren nochmals in Betracht gezogen werden – ist wirklich ein wirtschaftlicher Gewinn zu erwarten?
- Energiebedarf nochmal überlegen (Preise werden steigen!)
- Gibt es neue Erkenntnisse die 2007 noch nicht zur Verfügung standen und die noch einbezogen werden müssen?

**17:05 EXPERTE: EXTREMSOMMER WERDEN DIE REGEL**

Dr. Joachim Curtius Institute for Atmospheric und Environmental Sciences Johann Wolfgang Goethe-University Frankfurt am Main, fährt seinen Vortrag fort:

Was kann man laut IPCC erwarten in Punkto Temperatur- und Klimaentwicklung?

Je nach Szenario ist eine Temperaturerhöhung der Durchschnittstemperatur von 2°C – 4,5°C zu erwarten. Die Folgen sind:

- Verschiebung von Klimazonen

- Anstieg des Meeresspiegels
- Veränderung der Niederschläge
- Zunahme von Extremereignissen wie Hitzewellen, Stürmen, ect.
- Artenschwund
- Zunahme von Krankheiten (z.B. Malaria)
- Verschlechterung der Trinkwasserversorgung und landwirtsch. Bewässerung
- wirtschaftliche Auswirkungen
- Migration und Kriege

Besonders weist Dr. Joachim Curtius darauf hin, dass ein Extremsommer wie er 2003 in Deutschland eintraf zur Regel werden wird. Dies bedeutet Niedrigwasser des Rheins, vermehrter Kühlturbetrieb des KKW, etc.

#### ***17:11 NIEMAND KANN SICH DER VERANTWORTUNG ENTZIEHEN***

Experte Dr. Curtius: Kohlekraftwerk schreibt CO<sub>2</sub>-Emissionen über 40 Jahre fest! Ein Gaskraftwerk setzt dagegen nur die Hälfte CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde frei. Es besteht HEUTE ein großer Handlungsbedarf zur Abwendung von großen sozio-ökonomischen Schäden. Wir dürfen uns alle als Bürger der Verantwortung nicht entziehen, die wir heute haben! Niemand kann sich der Verantwortung entziehen und in 20 Jahren seinen Kindern sagen, wir hätten die Auswirkungen des Kohlekraftwerkes im Jahre 2008 noch nicht gewusst!

17:20 Positionen Kraftwerksbetreiber und Klimaforscher unvereinbar

Dr. Fischer (KMW) kritisiert Dr. Curtius, er hätte das Thema nicht umfassend betrachtet und bspw. den Zertifikatehandel unzureichend beachtet. Außerdem sei es doch vorbildlich wenn Kraftwerke in Deutschland effizienter seien als alte Kraftwerke in Entwicklungsländern. Auch hier also weder ein Abwärtsvergleich. Für uns hört sich das so an: „Aber die sind doch viel schlimmer!“ Das macht ein Kohlekraftwerk nüchtern betrachtet aber keineswegs umweltfreundlich. Verhandlungsleiter Gerten stellt fest: Die beiden Positionen von Klimaforschern und Kraftwerksbetreibern sind hier nicht vereinbar.

#### ***17:26 ANTRAGSTELLER FRAGT EINWENDEREXPERTEN - VERHANDLUNGSLEITER STELLT POSITIONEN KLAR***

Dr. Fischer bemerkt noch einmal, dass durch den Zertifikatehandel Kapital freigesetzt wird, was Erneuerbare Energien fördert. Und fragt den Experten noch einmal nach dem Instrument Zertifikatehandel. Verhandlungsleiter Gerten stellt fest: Die Einwander sind nicht hier, um Fragen zu beantworten! Dr. Curtius antwortet trotzdem: Zertifikatehandel ist ein sinnvolles Instrument. Trotzdem ist zu erwarten, dass die Preise in 40 Jahren erheblich steigen werden! Es ist zu hinterfragen, ob ein Kohlekraftwerk wirtschaftlich ist.

### *17:28 TON WIRD HÄRTER - NERVEN LIEGEN BLANK*

Dr. Fischer (KMW) stellt fest, Dr. Curtius sei Klimaforscher und kein Wirtschaftsexperte. Die Diskussion über die Wirtschaftlichkeit sei also nicht fortzuführen. Die Nerven liegen bei der KMW spürbar blank...

### *17:33 CCS-NACHRÜSTUNG NICHT IM ANTRAG ENTHALTEN*

Udo Kanngießer (Einwender, KoMa): Im Antrag steht nicht, dass die KMW das Kraftwerk mit der CO<sub>2</sub>-Abscheidetechnik CCS nachzurüsten. Verhandlungsleiter Gerten: Dies könne auch nicht im Antrag stehen, da sich die Technik noch i Entwicklungsstadium befindet. Zur Erinnerung: Dr. Lawrence hatte schon bemerkt, dass eine Nachrüstung völlig unwirtschaftlich sei! Wenn überhaupt müsse ein Kraftwerk bereits mit dieser Technik geplant werden. Ist die Einplanung der KMW von CCS hier nur ein Schachzug?

17:59 40 Jahre vorplanen?

Christoph Wirges, Einwender: 1964 ist genausoweit weg von heute wie 2052. Es gab 1964 keine Mondlandung, kein Wort für Umweltschutz in der deutschen Sprache. 1964 gab es ca. 3 Mrd. Menschen, 2052 werden es ca. 9 Mrd. sein. Wie vermessen ist es, heute ein Projekt zu planen gegenwärtig schon höchst bedenklich ist und 40 Jahre laufen soll? Gegenwärtig sind es bereits ca. 25 Mio. Klimaflüchtlinge laut Schätzungen des Roten Kreuzes. Kraftwerksprojekt: unwirklich, verantwortungslos, zynisch. Wohlstand und Nachhaltigkeit müssen miteinander vereinbart werden.

### *18:00 GLOBAL-PLAYER FÜR DIE WESTENTASCHE*

Clara Marie Wörsdörfer (Einwenderin, KoMa):

Warum handelt der Mensch immer wider besseren Wissens? Dr. Thun bemerkte auf einer Podiumsdiskussion, von Mainz aus könne man sowieso nicht die Welt verändern. Wörsdörfers Appell: „Sie können nicht nur, Sie müssen die Welt verändern!“ Wie kann die KMW Global-

Player spielen und global einkaufen und die Verantwortung nur in der eigenen Westentasche praktizieren.

### *18:06 KOMA ÜBERREICHT KMW UND SGD-SÜD GESCHENKE*

Der Titel des Buches lautet: „Einfach das Klima verändern: 50 kleine Ideen“. An die Genehmigungsbehörde überreicht KoMa: „Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung“. Beide bedanken sich und versprechen zu lesen. (KoMa): „Bitte lesen Sie schnell, damit der Vorstand daraus seine Schlüsse ziehen kann und den Antrag zurückzieht.“

### *18:11 NACHTRAG: GEDICHT VON WOLFGANG HILDESHEIMER*

Clara Marie Wörsdörfer (KoMa) zitierte das folgende Gedicht mit dem Hinweis, es sei nicht mehr 5 vor 12:

WOLFGANG HILDESHEIMER

Antwort

Ganz recht, ich sagte,  
es sei nicht fünf vor  
zwölf, es sei vielmehr halb  
drei. Das war um halb  
drei. Inzwischen ist es vier. Nur  
merkt ihr es nicht. Ihr lest ein Buch  
über Cassandra, aber ihre Schreie  
habt ihr nicht gehört. Das war  
um fünf vor zwölf. Bald ist es  
fünf, und wenn ihr Schreie hört,  
sind es die euren.

### *18:15 KKW CONTRA KLIMASCHUTZZIELE WIESBADEN*

Rechtsanwalt Dr. Kowol (für Stadt Wiesbaden)

Die Absicht den Strombedarf der Stadt Wiesbaden mittels eines Kohlekraftwerkes zu decken widerspricht diametral den Klimaschutzzielen der Stadt Wiesbaden. Investitionen in Erneuerbare Energien sind nicht möglich, da das Geld bereits in das KKW fließen soll. Das KKW ist demnach abzulehnen!

### *18:24 ERBITTERTER WIDERSTAND GEGEN KLIMAWANDEL AUF INGELHEIMER AUE*

Susanne Ochse (Greenpeace): "Ganz Deutschland ist vom Klimawandel betroffen. Ganz Deutschland? Nein! Ein 7,5 KM Umkreis leistet dem Klimawandel erbitterten Widerstand." In den Gutachten der KMW ist eine Auswirkung des KKW auf den globalen Klimawandel in der Umweltverträglichkeitsuntersuchung nicht vorgenommen worden. Klimawandel wird ausgeklammert!

### *18:29 STROMBEDARF KONSTANT*

Trotz Bevölkerungswachstum der Stadt Wiesbaden ist der Strombedarf in Wiesbaden konstant geblieben. Das widerspricht den Aussagen der KMW, der Strombedarf steige stetig an.

### *18:34 HOFFNUNG AUF RÜCKGRAT*

Einwenderin: Die Professionalität der Bürgerinitiative lässt KMW vermissen, obwohl aus KMW Seite hochbezahlte Mitarbeiter sitzen. Die Einwenderin erwartet keine Einsicht und keine echtes Interesse an Mainzer Bürgerinnen und Bürgern. „Wir lassen uns aber nicht blenden – auch nicht durch eine toll beleuchtete Theodor-Heuss-Brücke!“ Frau Wörsdörfer-Waag hofft neben Sachverstand und Rückgrat der Genehmigungsbehörde darauf, der Antrag der KMW werde abgelehnt.

### *9:00 TOP KLIMASCHUTZ WIRD FORTGEFÜHRT*

Der Bitte, unnötige Stromverbraucher in der Phönixhalle abzuschalten, kommt die Behörde nach. Die Lampen zur „atmosphärischen, farbigen Beleuchtung“ an den Seitenwänden wurden abgeschaltet. Gut so.

## **16. MAI 2008**

### *9:12 KOMPENSATIONSMAßNAHMEN = ABLASSHANDEL*

Frage an die KMW: Welche Klimaschutzziele schweben Ihnen vor?

Dr. Fischer (KMW): Eine AG ist keine Institution, die global politisch aktiv sein kann. Was das konkrete Bauvorhaben angeht, sieht die KMW das neue Kohlekraftwerk als Ablöse für alte Kraftwerk, die ineffizient arbeiten. Welche alte Dreckschleuder aber abgeschaltet werden soll, konnte Dr. Fischer gestern nicht nennen. Einwender Jürgen Freimuth hakt noch einmal nach: Was hat die KMW aktuell als Kompensationsmaßnahme geplant, um die Beeinträchtigung des

Klimas durch des Kohlekraftwerk auszugleichen? Dr. Fischer: Die Stadtwerke Mainz investieren stark in Photovoltaik und Windkraftanlagen mit der Tochterfirma RIO. Allerdings sind die Ausgleichmaßnahmen im Vergleich zum Bauprojekt KKW sehr gering. Einwender Freimuth: Die 500.000 €, die für Ausgleichsmaßnahmen geplant sind, kann man als „Ablasshandel“ bezeichnen.

### ***KORREKTUR DES GESTRIGEN NEWSTICKERS:***

1) Prof. Curtius ist nicht mehr an der Uni-Mainz, sondern:

Joachim Curtius

Institute for Atmospheric and Environmental Sciences Johann Wolfgang Goethe-University Frankfurt am Main

2) Experte: Klimawandel IST im Gange und keine Zukunftsmusik "...steigt der Meeresspiegel um bis zu 1 Meter in 100 Jahren."

das soll 2-3 Meter sein

Wir bitten um Entschuldigung.

### ***9:28 KOMA: KLIMAWANDEL DERZEIT GRÖßTE BEDROHUNG DER MENSCHHEIT!***

KoMa-Sprecher trägt Präsentation der Deutschen Umwelthilfe vor.

368g CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde dürfen nicht überschritten werden, wenn das 40%-Ziel der Bundesregierung eingehalten werden soll. (40%-Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2020. Alte AKWs sollen abgeschaltet werden und alte Kohlekraftwerke vom Netz gehen). Braunkohle und Steinkohlekraftwerke sind die umweltschädlichsten Kraftwerke mit 950 und 750 g CO<sub>2</sub>/KWh!

Fazit: Unter der Berücksichtigung des Atomausstieges und der Vorgabe, alte KKW's sollten vom Netz gehen, kann die Bundesregierung ihr eigenes Klimaschutzziel nur mit effizienten Gaskraftwerken erreichen („nur“ 368g CO<sub>2</sub>/KWh), wenn man denn auf fossile Energieträger zurückgreifen muss.

### ***9:32 KMW MAUERT***

Dr. Fischer (KMW): „Unser Projekt steht in keinem Zusammenhang mit dem, was die Deutsche Umwelthilfe in der Präsentation dargestellt hat. Rainer Baake hat hier falsche Prämissen verarbeitet.“

Susanne Ochse (Greenpeace) fragt Dr. Fischer, welche Prämissen denn falsch seien, worauf dieser mauert, diese Fragen hätten mit dem aktuellen Genehmigungsverfahren nichts zu tun.

Hassenpflug: Andere Kraftwerksbetreiber haben sich mit fast allen Aspekten der Antragsunterlagen u.a. Klimaschutz intensiver auseinandergesetzt!

### *9:39 KMW KOMMT VORSORGEPLICHT NICHT NACH*

Rechtsanwalt Müller, (für Einwender Kistenpfennig und Rößner): KMW kommt Vorsorgepflicht nicht nach. Es ist an der Zeit, dass die Genehmigungsbehörde Mut zeigt und hier genau nachprüft. „Nehmen Sie die Einwendungen hier ernst, vor allen Dingen prüfen Sie auf die globalen Auswirkungen des Kohlekraftwerkes, die natürlich immer lokal verortet sind.“  
Rechtsanwalt Müller beruft sich auf BImSchG §5, Abs.: § 5 BImSchG

Pflichten der Betreiber genehmigungsbedürftiger Anlagen

(1) Genehmigungsbedürftige Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

1. schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können;
2. Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen;
3. Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden; Abfälle sind nicht zu vermeiden, soweit die Vermeidung technisch nicht möglich oder nicht zumutbar ist; die Vermeidung ist unzulässig, soweit sie zu nachteiligeren Umweltauswirkungen führt als die Verwertung; die Verwertung und Beseitigung von Abfällen erfolgt nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und den sonstigen für die Abfälle geltenden Vorschriften;
4. Energie sparsam und effizient verwendet wird.

Quelle: <http://www.juraforum.de/gesetze/BlmSchG/5/>

### *9:44 IST KLIMASCHUTZ LUXUS?*

Einwender Ansgar Schiffler (KoMa):

Sind 40 Jahre für ein Kohlekraftwerk als Übergangstechnologie nicht zu lange? Denken Sie, es passt zu den Klimaschutzzielen der Bundesrepublik, mit einem Kohlekraftwerk bis ins Jahr 2052 gerade Mal 20% weniger CO<sub>2</sub> pro kWh zu emittieren? Wie wollen wir andere Länder überzeugen, etwas für den Klimaschutz zu tun, wenn wir in Deutschland sagen, Klimaschutz sei unbezahlbarer Luxus?

Ansgar Schiffler beruft sich dabei auf die Aussage der KMW, der öffentliche Personennahverkehr in Mainz sei auf die Gewinne durch das Kraftwerk angewiesen, um die Fahrpreise halten zu können. Diese Gewinne seien nur mit Kohle realisierbar.

### *9:55 80 MRD. FÜR RHEINLAND-PFALZ BIS 2050 DURCH KLIMASCHÄDEN*

Susanne Ochse, Greenpeace:

Durch Klimaschäden entstehen Kosten von 5% des BIP zum Vergleich: Die Kosten zur Abmilderung des Klimawandels belaufen sich auf nur 1% des globalen Bruttoinlandsproduktes.

Das Deutsche Institut für Wirtschaft rechnet mit entstehenden Kosten von insgesamt ca. 80 Mrd. Euro durch Klimaschäden allein für Rheinland-Pfalz bis ins Jahr 2050. Susanne Ochse (Greenpeace): Die Argumentation der KMW, es handele sich beim Kraftwerk 5 um ein Projekt zur Sicherung einer langfristig kostengünstigen Energieversorgung im überwiegend öffentlichen Interesse, ist nicht haltbar!

### *10:04 VERSCHIMMELT GASANBIETERLISTE IM SCHREIBTISCH?*

Udo Kanngießer (KoMa): Wurde eine Betrachtung des Kohlekraftwerkes auf den globalen Klimawandel vorgenommen? Ist die Liste mit Gasanbietern, die die Einwender an die KMW gereicht hat wirklich unbeachtet in der Schublade gelandet? (Kanngießer zitiert aus einem Artikel der Allgemeinen Zeitung von heute, 16. Mai). Dr. Fischer: „Wir äußern uns nicht dazu, was der Aufsichtsratsvorsitzende gegebenenfalls in seinem Schrank hat!“ Gutachterin Häring (KMW): Die globalen Auswirkungen können nicht berechnet werden. CO<sub>2</sub> ist außerdem von der TA-Luft nicht als Schadstoff eingestuft.“

**10:18 KLIMAWANDEL UNBESTREITBAR! FOLGEN DES KLIMAWANDELS MÜSSEN IN BIRMSCHG berücksichtigt werden**

(KoMa): Klimawandel ist nicht bestreitbar! Die Folgen des Klimawandels wie

Extremwetterereignisse in Birma häufen sich! Von der Küstenlinie Birmas ist nichts mehr zu sehen (Bild in der Frankfurter Rundschau). Der Kilimandscharo schmilzt ab, etc.

Auch in regionalen Zeitungen liest man immer häufiger von lokalen Forschungen zum Klimawandel in Rheinland Pfalz. Es ist eine Versteppung in Ostdeutschland zu erwarten. Kohlekraftwerke sind die größten CO<sub>2</sub>-Emitenten die wir in Deutschland haben! Bereits seit mehreren Jahrzehnten weiß man um die Auswirkungen von CO<sub>2</sub>. Wir haben lange genug gepennt und Däumchen gedreht! Bis 2015 ist noch Zeit, das Ruder rumzureißen und die Obergrenze einer Erhöhung der Erderwärmung von 2°C einzuhalten. Es müssen sofort massive Maßnahmen ergriffen werden, um gegenzusteuern. 2015 ist das Kohlekraftwerk der KMW gerade Mal 1-3 Jahre alt...

**10:23 PERVERS: KRAFTWERKS BETREIBER SOLL DIE FOLGEN DES KLIMAWANDELS FÜR WIRTSCHAFTLICHKEIT abschätzen**

(KoMa) Die KPMG (internationales Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen) fragt bei der KMW nach: Kann in Zukunft noch Kohle angeliefert werden? Kann in Zukunft noch Kühlwasser aus dem Rhein entnommen werden? Es ist pervers! Die Betreiber eines Kraftwerkes, das maßgeblich den Klimawandel verstärken wird, sollen die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkbetriebes vornehmen! In was für einer Welt leben wir eigentlich?

**10:26 KLIMASAU ODER KLIMASCHÜTZER?**

(KoMa)lädt KMW zum Seitenwechsel ein: „Kommen Sie zu uns auf die Seite! Auf unserer Seite fühlen Sie sich viel wohler. Sie haben die Wahl: Sie können mit Ihrem Kraftwerk die größte Klimasau in Rheinlandpfalz bauen oder zum größten Klimaschützer werden, wenn Sie Ihren Antrag zurückziehen!“

**10:28 BEHÖRDE IST SICH VERANTWORTUNG BEWUSST**

Verhandlungsleiter Herr Gerten betont: Wir sind uns als Behörde unserer Verantwortung bewusst und werden insbesondere das öffentliche Interesse des Kraftwerksprojektes genau prüfen!

### ***10:31 KOHLEKRAFTWERKE SOLLTEN VERBOTEN WERDEN, WENN SIE TEUFELSWERK SIND***

Hassenpflug (KoMa): Man braucht keine Entscheidungsträger in Brüssel, wenn man selber aktiv werden kann. Die KMW soll sich nicht kleiner machen als sie ist und ihre lokale Verantwortung wahrnehmen. Dr. Fischer (KMW) betont: Wir sind ja auch Menschen und wohnen hier! Wenn Kohlekraftwerke Teufelswerk wären, dann müssten sie verboten wären. Irgendwo muss der Strom herkommen.

KoMa: Wir sind ebenfalls der Meinung, dass Kohlekraftwerke verboten werden müssten. Wie das z.B. in Dänemark schon der Fall ist.

### ***10:35 GESETZ CONTRA MORAL?***

Dr. Meinrad von Engelberg (KeKoWi): „Es geht um moralische Verantwortung, nicht um Gesetze. Man kann auch mit dem 8-Zylinder-Benz zum einkaufen 200 Meter um die Ecke fahren. Dies ist nicht verboten. Aber ist es auch ratsam? Genau darum geht es hier.“

Hassenpflug (KoMa) widerspricht: „Es ist sehr wohl verboten ein Kohlekraftwerk zu bauen! Die KMW verstößt in Ihren Grundannahmen eines öffentlichen Interesses und zahlreicher Ausnahmegenehmigungen in den Antragsunterlagen gegen das geltende Gesetz.“

### ***10:48 PREISSTEIGERUNGEN UNZUREICHEND BERÜCKSICHTIGT?***

Josef Ludwig Albinus (Einwender, Finanzexperte): China baut jeden Tag zwei neue Kohlekraftwerke, die Preise für Kohle steigen rapide an! Es ist völlig unrealistisch, einen gleichbleibenden Kohlepreis für die nächsten 40 Jahre anzunehmen! Auch eine Preissteigerung der Zertifikate ist nicht eingerechnet. Es ist zu erwarten, dass auch der Schiffsverkehr unter die Zertifikateregulierung fällt. Damit müsste auch noch die Anlieferung der Kohle höher veranschlagt werden, als es die KMW bisher berechnet hat. Dr. Fischer (KMW): Natürlich haben wir Preissteigerungen eingerechnet!

### ***ANMERKUNG: WIR BEFINDEN UNS IM TOP 3.3 ENERGIEKONZEPT: WIRTSCHAFTLICHKEIT DER STROMERZEUGUNG***

### ***10:54 WIRTSCHAFTLICHKEIT STRITTIG***

Finanzexperte Albinus: Börse sieht keine Stromlücke! Die Energieexperten der Banken sehen keine Stromlücke. Der prognostizierte Strompreis der KMW ist nicht haltbar, da die Preissteigerungen nicht auf den Strompreis übertragen werden können.

### *11:01 GRUNDLASTKRAFTWERK ÜBERFLÜSSIG*

Rechtsanwalt Dr. Kowol (für Stadt Wiesbaden) : Es steht genügend Strom in die Netze eingespeist! Es wird immer öfter das Szenario geben, dass zusätzliche Grundlastkraftwerke nicht mehr benötigt werden. Dr. Thun (KMW) bestätigt, dass in Norddeutschland keine Kohlekraftwerke mehr gebaut werden müssten durch den hohen Anteil Windenergie. Aber durch den mangelhaften Netzausbau sei es nötig hier ein KKW zu bauen.

### *11:04 NETZAUSBAU DAUERT LÄNGER ALS LAUFZEIT KKW?*

KMW geht davon aus, dass die Netze durch Widerstand der Bevölkerung nicht ausgebaut werden. Nur durch die mangelhaften Netze, die eine Umverteilung des Stromes von Nord nach Süd erschweren, sei es wirtschaftlich ein KKW hier in Mainz zu bauen. Die KMW setzt also darauf, dass der Netzausbau länger als die Laufzeit des Kohlekraftwerks dauern wird.

### *11:32 STROMVERBRAUCH KANN UM 50% GESENKT WERDEN - BSP. MOMBACHER SCHWIMMBAD*

Herr Freimuth, Schwimmbadbetreiber Mombach und Einwender stellt anschaulich dar, dass es möglich ist 50% des Energieverbrauches zu senken. Sein Rezept: Er fragte bei der Entega nach, wie er sich verhalten müsse um günstigen Strom zu erhalten. Der Tipp der Entega: Tag und Nacht müsste der Stromverbrauch gleich sein. Seit seiner Übernahme konnte er den Stromverbrauch gegenüber dem vorherigen Betreiber (Stadt Mainz!) um mehr als 50% senken.

11:52 Einwender: Wir brauchen nur die Hälfte Strom

### *ES IST MÖGLICH 50% ENERGIE EINZUSPAREN. ANHAND SEINER BEISPIELE*

**ZEIGT** Herr Freimuth, dass ein 500 MW Kraftwerk ausreichend wäre. Er ist sicher, dass ein GuD-Kraftwerk ausreichen würde, um den Strombedarf zu decken und appelliert an die KMW, die Kraftwerksgröße zu halbieren. Die KMW bezweifelt, dass die Einsparmaßnahmen von 50% auf die Normalverbraucher übertragbar wären.

### *11:59 NUR NOCH 400 MW NÖTIG!*

Einwender Freimuth appelliert an KMW, sie solle den Kunden beibringen, wie 50% Strom eingespart werden könnten. Gleichzeitig könnten sie den Strompreis um 50% erhöhen. Somit sei nur noch ein 400 MW-Gaskraftwerk nötig und trotzdem könnte die KMW Gewinne verbuchen und den hohen Gaspreis kompensieren.

### *12:07 UMWELTSCHUTZ IST NICHT TECHNIKFREUNDLICH*

Nils Oliver Freimuth, Junge Union bezweifelt, dass der Strombedarf steigt. Die Stadt Wiesbaden hat gestern belegt, dass trotz Bevölkerungswachstum der Energie- und Strombedarf konstant geblieben sind. (KoMa) bestärkt: Der Hauptstrombedarf der Industrie fällt bei der Verwendung von drehzahlkonstanten Motoren an. Die Entwicklung gehe aber in drehzahlvariable Motoren, die nur einen Bruchteil des Stromes benötigen. Somit sinke auch der Strombedarf der Industrie. Das Vorurteil, Umweltschützer seien technikfeindlich bestätige sich gerade nicht!

### *12:19 KMW WILL DOPPELT SO VIEL STROM ERZEUGEN WIE BENÖTIGT*

Auf Anfrage, wie groß der Strombedarf im Netz der KMW gewesen sei antwortet Dr. Thun (KMW): „Etwa 4200 GWh.“ Hassenpflug errechnet auf Basis der Antragsunterlagen, dass allein mit dem Kohlekraftwerk 41% mehr Strom produziert wird, als im Netz der KMW benötigt wird. Das Kraftwerk 3 erzeugt laut Aussage der KMW 3000-3200 GWh. Mit dem GuD-Kraftwerk liegt die Stromerzeugung etwa doppelt so hoch wie der Bedarf!

### *12:33 RECHTSANWALT MÜLLER: KRAFTWERK NICHT GENEHMIGUNGSFÄHIG*

Hassenpflug (KoMa): „Wenn jeder Netzbetreiber sein Kraftwerk a der Spitzenlast auslegen würde, dann würde das zu einer maßlosen Überproduktion führen! Das hat dann aber gewiss nichts mehr mit kommunaler Energieversorgung zu tun!“ Rechtsanwalt Müller bestätigt, dass ein kommunaler Energieversorger anderen rechtlichen Gegebenheiten unterliegt. Zum Beleg zitiert er §85 der Gemeindeordnung:

1) Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Rechtsanwalt Müller (für Kistenpennig und Rößner): Unter „öffentlichem Zweck“ kann durchaus auch der Bedarf von Strom verstanden werden! Es muss also ein Bedarfsprüfung vorgenommen werden. Die Genehmigung ist also auch aus dieser Hinsicht zu versagen! Die KMW geht ein hohes Risiko ein – ein Mitbewerber könnte gegen die KMW klagen und sich auf §85 berufen!

### *12:42 KOHLEKRAFTWERK NOCH UNSICHERER ALS GAS*

Einwender Herr Werum bemerkt: Bereits 7 Jahre nach Inbetriebnahme des GuD-Kraftwerkes ist kein Gas mehr verfügbar. Auch für Kohle sind keine langfristigen Lieferverträge zu bekommen! Wie will die KMW garantieren, dass nicht der gleiche Fehler noch einmal begangen wird? Wie kommt die KMW dazu, zu behaupten, es gebe kein Gas mehr, wenn in anderen Städten GuD-Kraftwerke gebaut werden? Sie verfügen über noch weniger Sicherheit, die Investitionskosten für das Kohlekraftwerk jemals wieder rein zu bekommen, als beim Bau des GuD-Kraftwerkes.

### *12:48 RECHENSTUNDE IN DER PHÖNIXHALLE*

Die Angaben zur Energieeffizienz des Kraftwerkes ist in den Antragsunterlagen sehr pauschal. Gemeinsam mit der Behörde und der KMW rechnet (KoMa)mittels einer Präsentation durch, wie hoch der Wirkungsgrad des Kohlekraftwerkes wirklich ist.

### *12:58 NUTZUNGSGRAD NUR 48,9%!*

fragt bei der KMW Zahlen ab und rechnet mittels einer Excel-Tabelle über der Leinwand die Energieeffizienz nach. Hat was von Rechenstunde - nur sind die Schüler hier erheblich älter als der Lehrer und sehen dabei auch so aus: Der Nutzungsgrad des Kohlekraftwerkes beträgt nur 48,9%, den Beleg konnte Hassenpflug unter Zustimmung der KMW (sie hat schließlich die Zahlen geliefert!) erbringen.

### *13:01 KMW KANN ZAHLEN NICHT NACHVOLLZIEHEN UND AUCH NICHT BESTÄTIGEN!*

Das Brisante: Dr. Fischer dementiert Zahlen, die er zuvor selber diktiert hat!

### *14:17 VERHANDLUNG WIRD MIT VERBALEM SCHLAGABTAUSCH FORTGESETZT*

Dr. Weiß (KMW): „Wesentliche Punkte wurden in der Rechnung von Herrn Hassenpflug nicht betrachtet!“ Er bemängelt die Rechnung bezüglich der Energieeffizienz des KoMa-Sprechers.

Es folgt ein verbaler Schlagabtausch zwischen Dr. Weiß und bez. der Rechenwege, die ehrlich gesagt für Laien recht unverständlich sind. Fest steht: Auf direkte Nachfragen, was mit dem Dampf des Müllheizkraftwerkes passiert, mauert die KMW und gibt nur ausweichende Antworten. (KoMa) hatte festgestellt, dass ein technischer Zusammenhang zwischen dem Dampf des Müllheizkraftwerkes und dem geplanten Kohelkraftwerk besteht.

#### *14:40 INNOVATIVES ALTERNATIVKONZEPT WIRD VORGESTELLT*

Einwender Josef Werum der Firma inPower trägt ein Alternativkonzept zum Kohlekraftwerk vor. Sein Konzept basiert auf der Verwendung von Biomasse: Neben einem Holzheizkraftwerk werden dezentrale Biogas-Anlagen miteinander vernetzt. Das besondere: Über die dezentralen Biogas-Anlagen produzieren Hessen und Rheinland-Pfalz selbst den Energieträger und sind nicht auf Weltmarktpreise und Knebel-Lieferverträge angewiesen. Der Rohstoffbedarf für das Holzheizkraftwerk beläuft sich auf etwa 4,8 Milliarden kWh/Jahr Holz. Der Bedarf soll aus 1,1 Mio. Tonnen Hackschnitzeln z.B. aus Waldrestholz, 50 % des weiteren Bedarfs aus RLP und Hessen, 50% aus Deutschland und Europa. Im Baustein 2 wird im Konzept von Herrn Werum Biogas statt Erdgas verwendet, das Gas soll aus 200 dezentralen Biogas Anlagen kommen. Es würden etwa 7,8 Mrd. kWh Biogas benötigt. Josef Werum rechnet vor, dass die Stilllegungsflächen der beiden Bundesländer für den Anbau der benötigten Biomasse ausreichen. Sein Fazit: Das Alternativkonzept wäre CO<sub>2</sub>-Neutral! Überregional und regional würden etwa 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das vorhandene GuD könnte über 2014 hinaus genutzt werden. Die Wertschöpfung verbliebe in Hessen und RLP, die Land- und Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz und Hessen wäre gesichert und eine Unabhängigkeit vom Weltmarkt wäre erreicht.

#### *14:42 ANTRAG AUF ALTERNATIVENPRÜFUNG GESTELLT*

Josef Werum stellt abschließend den Antrag auf eine Alternativenprüfung zum KKW. KMW hält das Alternativkonzept für sehr problematisch: Die Standorte für 200 Biogasanlagen seien schwierig durchzusetzen, die Logistik für Holz als Energieträger ist schwierig, die Einspeisung von Biogas in Erdgasnetz ist sehr problematisch. Das Fazit von Dr. Fischer: Alternativkonzept ist höchst problematisch und unrealistisch. Darauf Werum: Dezentrale Biogasanlagen werden in Deutschland bereits realisiert! Die Andienung nach Mainz über das vorhandene Erdgasnetz ist ohne Probleme möglich, da das Biogas die Anforderungen der Netzbetreiber erfüllt. Auch der Transport von Holz per Schiff stellt kein Problem dar.

#### *14:54 MAINZ ABHÄNGIG?*

Rechtsanwalt Kowol (Stadt Wiesbaden) zitiert aus einer Pressemeldung, aus der hervorgeht, dass für die Stadt Mainz viel auf dem Spiel steht: Neben der Finanzierung des Personennahverkehrs wird auch der Ausbau des Zollhafens aus den Gewinnen des Kohlekraftwerks finanziert werden sollen. Hat sich Mainz zu sehr in die Abhängigkeit der Gesellschaften begeben? Der Jurist stellt weiterhin fest, dass die demographische Entwicklung in Deutschland bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung zu beachten ist. Es sei von einem Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahren auszugehen, dies hat natürlicherweise auch einen

Rückgang des Strombedarfs zur Folge. Es stellt sich die Frage nach dem Abnehmer des erzeugten Stroms? Wer soll den Kohlestrom kaufen? Kowol verweist auf Nuon, die in Frankfurt ein Gaskraftwerk bauen, die wollen ja schließlich auch Geld verdienen, oder?

### *15:13 WIRTSCHAFTLICHKEIT ERNEUT STARK ANGEZWEIFELT*

Edwin Sauer (Greenpeace Frankfurt) stellt Wirtschaftlichkeit in Frage:

Der Zertifikatspreis lag gestern bei 24,60€/Tonne CO<sub>2</sub>. Bei einem konservativen Ansatz von 20 Euro/Tonne CO<sub>2</sub> ergeben sich über die gesamte Laufzeit von 40 Jahren Mehrkosten von 3,2 Mrd. Euro! Außerdem sind die steigenden Steinkohlepreise unzureichend berücksichtigt worden. Die Reststrommengen, die nicht über die Direktkunden der KMW abgesetzt werden können, werden in Zukunft nicht mehr über die Leipziger Strombörse eex verkauft werden können. Sauer: „Bereits bei Einrechnung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und geringen Änderungen der Hauptkostenfaktoren (Steinkohlepreis, CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreis) wird der Betreiber sehr schnell in eine wirtschaftliche Schieflage kommen, in der er nicht mehr imstande sein wird, die zukünftigen Kosten für die umweltpolitischen Auflagen aufzubringen!“

### *15:19 STUDIE DER BERTELSMANN-STIFTUNG ZUM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL IN DEUTSCHLAND*

Fritz Kistenpfennig (Einwender) fragt bei KMW, ob die Studie bekannt ist. Dr. Thun (KMW) verneint. Kistenpfennig rügt die KMW, eine solch grundlegende Studie sei bei einem 1,2 Mrd. Euro-Projekt zwingend einzubeziehen. Die Studie findet man unter: [http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-823B3A4B/bst/hs.xsl/downloads.htm?suchrubrik=aktion\\_demographischer\\_wandel&submit.x=63&submit.y=6](http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-823B3A4B/bst/hs.xsl/downloads.htm?suchrubrik=aktion_demographischer_wandel&submit.x=63&submit.y=6)

### *15:31 WIRTSCHAFTLICHKEIT WACKELIG*

Herr Albinus, Finanzexperte fragt nach den Sicherheiten, die für eine Kreditvergabe notwendig sind! Fritz Kistenpfennig (Einwender, KoMa) fragt nach, wie ein kommunales Unternehmen ein solches Großprojekt von 1,2 Mrd. Euro Schultern will, wenn die Wirtschaftlichkeit so wackelig berechnet wurde wenn man weiß, dass die KMW Bilanz einen Umsatz von 520 Millionen 33 Millionen Gewinn und ein Eigenkapital von ca. 150 Millionen aufweist! Zum Vergleich: Eon könnte das Kraftwerk aus der POrtokasse bezahlen kann. Selbst der Hinweis von Dr. Fischer (KMW), Eon baue auch rund 15 Kraftwerke bauen für jeweils 1,2 Milliarden lässt diese Ungleichgewicht nicht geringer erscheinen: Dies entspricht ca. 30 % des Umsatzes von Eon, die Investition der KMW entspricht 200 % !! des Umsatzes. Anders ausgedrückt: bei Eon sind es 5-

6 facher Jahresgewinn, bei der KMW dagegen fast 40 facher Jahresgewinn! Kistenpfennig ist entsetzt über die Nonchalance, mit der hier ein solches Projekt verwirklicht werden soll.

### *15:33 UNABHÄNGIGE WIRTSCHAFTSPRÜFUNG?*

Einwender Christoph Wirges: „Wenn man VDEW (Verband Deutscher Elektrizitätswirtschaft) zur Wirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken fragt, könnte man auch die Fleischereinnung zur Zukunftsträchtigkeit von vegetarischen Produkten befragen.“

### *15:40 KMW GEGEN BEVÖLKERUNGSWILLEN*

Dr. Konrad, Einwender CDU: „Sie führen eigentlich Krieg gegen die Bevölkerung zweier Städte!“

Der Einwender fragt nach, ob die letzten Verhandlungstage an der KMW spurlos vorübergegangen sind. Der erklärte Wille der Bevölkerung wurde durch die Stadträte beider Städte offenbar! Beide Städte sind gegen das Kohlekraftwerk. Sie legen die Bevölkerung auf 40 Jahre fest mit ihrem Kohlekraftwerk! Sie werden mit Kraftwerk keinen Frieden haben. Soll sich die Bevölkerung erst an den Bauzaun anketten damit Sie Ihren Plan B aus der Tasche ziehen? Kistenpfennig: Welchen Kunden wollen Sie eigentlich Ihren Strom noch verkaufen?

### *15:55 ANDROHUNG DER VERLUSTÜBERNAHME DURCH STADT MAINZ JURISTISCH NICHT HALTBAR!*

Herr Steinbach, Politikberater & Einwender: Warum wurden die Gutachten von renommierten Wirtschaftlichkeitsprüfern für die KMW nicht öffentlich gemacht? Wieso ändern sich die Zahlen von Gutachten zu Gutachten? Wenn die Wirtschaftlichkeitsprüfer doch so seriös sind, können die Zahlen doch auch öffentlich gemacht werden. Es wird der Antrag gestellt, nachzuprüfen, ob und wie nach geltender Rechtslage das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit von der KMW eingehalten wird. Die KMW ist ein öffentliches Unternehmen, daher muss die KMW auch öffentlich Rechenschaft ablegen. Es hat ein Umdenken bei den Stromkunden stattgefunden: Strom, der hochgradig mit CO<sub>2</sub> verknüpft ist, lässt sich immer schwerer verkaufen. Wurde eine Marktforschungsanalyse im Kernvermarktungsgebiet durchgeführt? Es ist nicht abwegig das viele Kunde in MZ und WI abspringen werden und zu einem Ökostromanbieter wechseln. Die EU drängt verstärkt darauf, dass eine Quersubventionierung bei kommunalen Unternehmen offengelegt werden muss! Die Quersubventionierung z.B. mit dem öffentlichen Personennahverkehr ist so nicht zulässig. Auch das Argument „Stromlücke“ ist eine Stromlüge! Deutschland hat 2007 erhebliche Mengen Strom ins Ausland exportiert! Die KMW sollte die Geschäftspolitik der großen 4

Energieversorger nicht imitieren! Laut §87 der Gemeindeordnung ist die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet.

### *16:05 DARF STADT DIE KMW IM KRAFTWERKSPROJEKT UNTERSTÜTZEN?*

§85 Gemeindeordnung: Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern wenn

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden. Dies wird ernsthaft angezweifelt, wenn die dünne Kapitaldecke der KMW den Investitionskosten von 1,2 Mrd. Euro gegenübergestellt wird.

### *16:10 ARGUMENTE PERLEN AB*

(KoMa): Ich kann sehr wohl verstehen, wenn man emotional wird! Seit drei Wochen bombardieren wir die KMW mit Argumenten. Wir haben aber das Gefühl, das auf Seiten der KMW eine sehr dicke Teflonschicht vorhanden ist, an der jedes Argument einfach abperlt. Dr. Fischer (KMW) hatte den emotionalen Vortrag des Einwenders Dr. Konrad kritisiert, indem er sagte: „Wenn einem die Argumente ausgehen wird man laut!“

### *16:24 KMW WILL SICH ZUM THEMA "GAS" NICHT SO RECHT ÄUßERN...*

Hassenpflug in Richtung KMW: „Ich werfe Ihnen vor, dass Sie nicht alles erdenklich Mögliche getan haben, um mit einem Gaspartner ins Geschäft zu kommen.“

Dr. Thun (KMW) weicht mal wieder aus. Mal kann man sich nicht erinnern, welche Verhandlungen es mit möglichen Partnern in letzter Zeit dann kommt mal wieder der Standardspruch: "Es gibt kein Gas, Es gibt kein Gas, Es gibt kein Gas (usw. usw.)"

### *16:35 DIE MÄR VOM GRUNDLASTKRAFTWERK*

Hassenpflug: Uns wird immer versucht, zu erzählen, es werde ein Grundlastkraftwerk gebraucht, das rund um die Uhr läuft, damit genügend Fernwärme ausgekoppelt werden kann. Der Dampf, den das Müllheizkraftwerk produziert, genügt um in das Fernwärmenetz einzuspeisen. Dr. Fischer (KMW) widerspricht dem nicht. Bedeutet das also, dass uns die KMW auch hier lange ein X für ein U vorgemacht hat?

### *16:45 NACHTRAG: WER WILL DEN DRECKSTROM DER KMW VERTREIBEN?*

Vor circa zwanzig Minuten wollte übrigens niemand auf der KMW-Bank wissen, wer den Kohlestrom der KMW vertreiben wird, jetzt wo ENTEGA Werbung mit "200 Prozent

erneuerbar" macht. Liebe KMW: Dann erzählen Sie uns bitte nicht, hier werde in jedem Fall Strom für Mainz produziert!

*16:48 MAL SEHEN, WAS DIE ADD TRIER DAZU SAGT...*

Einwender Steinbach empfiehlt der SGD-Süd zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit die ADD Trier einzuschalten. Wer zuletzt lacht, lacht am Besten!

*16:55 WÄRE NICHT EIN GASKRAFTWERK MITTLERER GRÖÖÙE EINE OPTION?*

Schon jetzt gibt es Zeiten, in denen der Kohlestrom nicht gebraucht wird, weil die Erneuerbaren Energien richtig viel Strom produzieren!

Die KMW betont immer, es gebe kein Gas zu wirtschaftlichen Preisen für ein GRUNDLASTKRAFTWERK. Für ein Gaskraftwerk mittlerer Größe gibt es – hier sind sich wohl alle einig – aber sehr wohl Gas. Aber braucht man wirklich ein Grundlastkraftwerk?

*NACHTRAG GESTERN, VORTRAG CHRISTOPH WIRGES*

„ZWEITAUSENDZWEIUNDFÜNFZIG“ – PHÖNIXHALLE MAINZ – EÖT – 15.5.2008

*EINE VERTIEFTE EINWENDUNG VON CHRISTOPH WIRGES*

Wir schreiben das Jahr 2008. Sollte die Genehmigung für ein Kohlekraftwerk hier in Mainz erteilt werden, das von 2012 an vierzig Jahre in Betrieb wäre, schrieben wir, bzw. der Teil von uns, der dann noch unter den Lebenden weilte, das Jahr 2052. Von heute aus betrachtet ist das Jahr 2052 genauso weit entfernt wie das Jahr 1964.

1964 steckte die Menschheit mitten im Kalten Krieg, die Mondlandung war noch außer Reichweite und die Bundesrepublik befand sich kulturell noch in der Nachkriegszeit. Ein Wort wie „Umwelt“ oder gar „Umweltschutz“ existierte in der deutschen Sprache noch gar nicht. (Letzterer wurde erst 1969 in der sozialliberalen Koalition durch eine Übertragung aus dem Englischen aus der Taufe gehoben).

Ich möchte das deshalb erstens ins Gedächtnis rufen, um klarzumachen, wie vermessen es ist, in einer naiven, linearen und die meisten außermainzerischen Aspekte ausblendenden Projektion über Zukunft zu reden.

Zweitens will ich damit sagen. Wenn wir uns jetzt auf ein derart langfristiges Großprojekt einlassen, treffen wir eine Entscheidung mit Auswirkungen auf ein halbes Jahrhundert. (Nicht eingerechnet ist darin die Trägheit der Atmosphäre, in der das CO<sub>2</sub> noch wesentlich länger gespeichert wird.)

1964 hatte die Erde etwas mehr als 3 Milliarden Einwohner, heute hat sie 6,5 Milliarden Einwohner, Mitte des Jahrhunderts wird sie über 9 Milliarden haben. Allein diese Zahlen machen jedem, der auch nur ein Fünkchen von der Geschichte unserer Spezies versteht, deutlich, dass wir uns mit rasantem Tempo auf die größte Krise in der Menschheitsgeschichte zubewegen.

Die Erde verkraftet 2 Milliarden Menschen mit gehobenem Lebensstandard oder 6 Milliarden Menschen mit mittlerem Lebensstandard.

Was machen wir mit den überzähligen Milliarden?

Oder: was machen die Milliarden mit sich und uns und untereinander??

Der renommierte Sozialpsychologe und Konfliktforscher Harald Welzer hat in zahlreichen Publikationen erforscht, wie, d.h. unter welchen Bedingungen aus normalen, durchschnittlichen Menschen Gewalttäter und Mörder werden. Gerade ist sein neues Buch erschienen, es trägt den Titel „Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.“

Auf knapp 300 Seiten führt es aus, dass sich aus den Folgen des Klimawandels zahlreiche Konfliktszenarien ergeben:

- Die Zahl der lokalen und regionalen Gewaltkonflikte um die Nutzung von Böden und den Zugang zu Trinkwasser wird sich erhöhen!
- Die transnationale Migration wird ebenso anwachsen wie die Zahl der Binnenflüchtlinge, was Gewalt auf der lokalen wie auf der regionalen Ebene nach sich zieht!
- Das Schrumpfen von Seen, das Versiegen von Flüssen, das Verschwinden der Wälder und Naturreservate wird grenzüberschreitende Ressourcenkonflikte hervorrufen!
- Anpassungsmaßnahmen an Klimaveränderungen (Dammbau, Wasserentnahmen aus Flüssen und unterirdischen Wasserspeichern) in einem Land werden Probleme in einem anderen mit sich bringen, was wiederum zwischenstaatliche Konflikte erzeugt! (Welzer, S.115)

Ich greife als kurzes konkretes Beispiel die Flüchtlingsproblematik heraus:

„Der Umfang der (aus dem Klimawandel) resultierenden Flüchtlingsströme lässt sich gegenwärtig nicht genau vorhersagen – die Prognosen schwanken zwischen 50 und 200 Millionen sogenannter Klimaflüchtlinge im Jahr 2050, gegenwärtig sind es nach Schätzungen des Roten Kreuzes schon etwa 25 Millionen.“ (Welzer, S.116)

Schon heute finanziert die EU mit 120 Millionen Euro im Rahmen des euphemistisch AENEAS getauften Programms „zur finanziellen und technischen Unterstützung von Drittländern im Migrations- und Asylbereich“ zahlreiche Lager in Nordafrika, in denen zehntausende von Klimaflüchtlingen aus der seit dreißig Jahren einer massiven Erwärmung ausgesetzten Sahelzone gewaltsam an der Flucht nach Europa gehindert werden. Libyen ließ im Jahre 2006 64 000 Klimaflüchtlinge in die Herkunftsländer ausfliegen bzw. mit Lastwagen in der Sahara aussetzen. In der Kulturzeitschrift „Lettre International“ war seinerzeit ein schockierender Bericht darüber zu lesen.

Flüchtlingswellen können ganze Regionen destabilisieren.

Ein Beispiel. Die nigerianische Hauptstadt Lagos, eine Megastadt mit 17 Millionen Einwohnern (nur zum Vgl: das sind mehr Menschen als in den gesamten Niederlanden leben), wird dem Anstieg der Meeresspiegel früher oder später zum Opfer fallen. Diese Überflutung ist hinsichtlich ihrer Folgen geeignet, ganz Westafrika zu destabilisieren... (Welzer, S.111/ 112)

Wer aber meint, die Auseinandersetzungen der Zukunft würden sich gottseidank nicht bei uns abspielen, sieht sich getäuscht. Welzer prognostiziert:

„Auch wenn die westlichen Länder in klimatischer (und damit auch in sicherheitspolitischer und ökonomischer) Hinsicht voraussichtlich noch einige Jahrzehnte die Inseln der Glückseligkeit bleiben können, die sie im Vergleich benachteiligter Weltgegenden sind, werden sie doch unausweichlich in Klimakriege hineingezogen werden (...) oder Klimakriege führen.“ (Welzer, S.116)

„Die Folgen des Klimawandels sind ungerecht verteilt, weil die größten Verursacher (...) den geringsten Schaden davontragen werden (...). Umgekehrt sind diejenigen Weltregionen, die bisher kaum zum Gesamtaufkommen der Emissionen beitragen, (die die globale Erwärmung verursachen), am stärksten betroffen. In den Industrieländern werden je Einwohner durchschnittlich 12,6 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr emittiert, in den ärmsten Ländern sind es lediglich 0,9 Tonnen.“ (Welzer 116/117)

Moralische Verantwortung hängt vom Wissenstand ab. Wenn man nicht nur weiß, sondern auch noch kraft seines immensen materiellen Wohlstands die Möglichkeiten hat, dieses Wissen

anzuwenden, wäre eine den kurzfristigen Gewinn im Auge habende Haltung unwürdig, unverantwortlich, ja zynisch!

Westliche Standards sind meist Weltstandards geworden!

Wir haben es in den letzten Jahrzehnten versäumt, ein kopierfähiges Wohlstandsmodell zu entwickeln. China und Indien, Brasilien und Mexiko schauen auf uns. Was wir tun, werden die anderen tun! Fahren wir idiotische Geländewagen, machen das auch bald die Neureichen in Peking. Schaffen wir die notwendige Wende zu einer sauberen Energieversorgung, werden es auch die anderen kopieren können. Es ist höchste Zeit, Wohlstand und Nachhaltigkeit zu vereinbaren!

Ich bin ein Bewohner eines westlichen Industriestaates. Die westlichen Industrienationen haben bereits während der Epoche des Imperialismus, die noch keine hundert Jahre zurückliegt, weite Teile der übrigen Welt ausgebeutet, unterdrückt und ihr eine bis heute spürbare Hypothek hinterlassen. Ein Gutteil des Wohlstands Europas wurde auf Kosten von Millionen Menschenleben in Afrika und Asien erzeugt.

Ich brauche nicht zu betonen, dass ich als Deutscher ein spezielles moralisches Gespür hinsichtlich der direkten oder indirekten Tötung großer Zahlen von Menschen habe.

Ich möchte es nicht erleben, für den Rest meines Lebens mit Nachrichten aus aller Welt konfrontiert zu werden, in denen allabendlich die Opfer des Klimawandels und der daraus resultierenden Konflikte aufgelistet werden –

und das dann in dem Bewusstsein, dass ich durch meine Zugehörigkeit zu einer zerstörerischen Kultur mitverantwortlich dafür bin!

Außerdem möchte ich, und da spreche ich als Pädagoge, der Tag für Tag Kindern und Jugendlichen Wissen und Werte zu vermitteln, den kommenden Generationen keine Welt hinterlassen, die von entsetzlichen und mörderischen Konflikten ums Überleben geprägt ist.

Da für die Produktion von Strom durch Kohle in Deutschland aufgrund zahlreicher Alternativen keine Notwendigkeit besteht-

und daher jede auf diese anachronistische Weise erzeugte Tonne CO<sub>2</sub> überflüssig und unverantwortlich ist, lehne ich das von der KMW geplante Kohlekraftwerk aufs ENTSCHEIDENSTE ab und bitte die Genehmigungsbehörde meine Gedankengänge in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen!

### ***17:05 MÜLLHEIZKRAFTWERK REICHT AUS UM FERNWÄRMENETZ ZU BETREIBEN!***

Die KMW bestätigt die Berechnung von (KoMa): Das Müllheizkraftwerk alleine reicht aus, um das Fernwärmenetz ausreichend zu betreiben. Ein weiteres Grundlastkraftwerk wird also nicht benötigt, um das Fernwärmenetz betreiben zu können!

### ***17:07 ERNEUERBARE ENERGIEN CONTRA KOHLEKRAFTWERK***

KoMa-Vorsitzender Christoph van den Bruck: Die Seriosität der Aussagen bezüglich des Stromzuwachses des VDEW ist zu bezweifeln. Der VDEW macht gegenteilige Aussagen: Während der Verband vor 2 Jahren feststellte, der Strom steige nur minimal im 0,5% Bereich, bestätigt der Verband gegenüber der KMW die Erwartung, der Strombedarf steige in den kommenden Jahren um 30% an...

Wieweit wurde bei der Bedarfsberechnung der KMW die Selbstverpflichtung der Stadt Mainz, 20% des Strombedarfs durch Erneuerbare Energien im Jahr 2020 zu decken, einbezogen? Die KMW stellte bisher immer dar, 100% des Strombedarfs müssten durch das neue KKW gedeckt werden. Ist es nicht so, dass das Kohlekraftwerk sowieso schon überdimensioniert ist und die Überdimensionierung durch den Zuwachs an Erneuerbaren Energien zunimmt?

### ***17:24 NEGATIVE PREISE AN DER LEIPZIGER ENERGIEBÖRSE***

Christoph Wirges, KoMa: Seit dem 28.4. können auch negative Preise an der EEX gehandelt werden. Bei den unflexiblen Großkraftwerken hat man nämlich das Problem, durch die Einspeisung von Windstrom keine Abnehmer mehr für Kohlestrom zu finden. Die Wetterprognosen sagen für Deutschland einen Windanstieg voraus. Wie soll dann in Zukunft, wenn die Windenergie noch ausgebaut werden soll, fossiler Strom verkauft werden?

### ***17:32 KMW REDET NICHT MEHR! – PANIKREAKTION?***

Dr. Fischer:

Die KMW wird sich nicht mehr zum Thema Gas äußern.

Die KMW wird sich nicht mehr zum Thema Wirtschaftlichkeit äußern.

Schade. Das ist sicher auch ein Signal. Panik? Nervenblank? Kann man das Zittern des KMW-Vorstandes verstromen? Wäre gut.

### *17:35 WEITERHIN: DAS SCHWEIGEN DER KMW – PASSAGEN VON GAZPROM-ANTWORT UNTERSCHLAGEN*

Fragen von Einwender Nils Oliver Freimuth bezüglich der Gasabfragen werden nicht mehr beantwortet. Freimuth: "Ich habe die Hausaufgaben für die KMW gemacht!" Er weist nach, dass Herr Dr. Sticksel (KMW) ein Antwortschreiben von Gazprom nur partiell vorgestellt hat – die entscheidende Passage in der Gazprom darum bittet, sich an ihren deutschen Partner Wingas in Kassel zu wenden, wurde verschwiegen!

### *17:39 ALTERNATIVENPRÜFUNG HALBHERZIGES GESTOCHER*

Einwender Freimuth fragt noch mal nach: Wie wurden PPP-Projekte verfolgt? Keine Antwort. Freimuth wurde vom Bürgermeister in Morbach eingeladen, die ein Projekt mit der Firma juwi verwirklicht, bis ins Jahr 2020 völlig autark Energie bereitzustellen. Dies soll mit 100% erneuerbaren Energien realisiert werden. Ein Schweizer Anbieter hat ein alternatives Kraftwerk mit 800 MW aus Erneuerbaren Energien vorgestellt. Bis heute wurde von der KMW nicht darauf reagiert! Sieht so Alternativenprüfung aus? Klingt nach einer Vorgehensweise im Sinne der drei Affen... Dass die KMW schweigen kann, hat sie eindrucksvoll demonstriert. Der Eindruck bleibt negativ.

### *17:49 KOMA KANN AUCH SCHWEIGEN – PRO KLIMASCHUTZ!*

Wir legen eine Schweigeminute für den Klimaschutz ein. KMW verlässt den Saal. Verhandlung von Verhandlungsleiter Gerten unterbrochen.

### *17:51 RA MÜLLER: KEINE ANTWORT IST AUCH EINE ANTWORT!*

„Wir befinden uns in einem öffentlich rechtlichen Genehmigungsverfahren! Als Jurist nennt man das Schweigen der KMW „beredetes Schweigen“. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, was die KMW hier veranstaltet.“ Ein großes Kompliment an Nils Oliver Freimuth, der Gasabfragen getätigt hat und Antworten erhalten hat, die offensichtlich von der KMW ignoriert wurden.

### *17:57 EINWENDER EMPÖRT!*

Einwender: „Die Haltung der KMW ist eine Unverschämtheit! Als Bürger ist man Miteigentümer der Stadtwerke/KMW. Als kommunales Unternehmen hat die KMW auf Anfragen der Bürger gefälligst zu antworten.“

### *17:58 VERHANDLUNGSLEITER GERTEN: „MIR SIND IHRE ANMERKUNGEN SEHR WERTVOLL!“*

### *18:00 MÜNCHEN WILL 100% STROMVERSORGUNG AUS REGENERATIVEN*

KoMa-Vorsitzender Christoph van den Bruck: Andere Stadtwerke realisieren eine autarke Energieversorgung durch regenerative Energien. Van den Bruck zitierte aus der Zeitschrift „ZfK – Zeitung für kommunale Wirtschaft“.

### *18:06 IMMER MEHR KREISE WOLLEN 100% ERNEUERBARE*

Hassenpflug zu KMW: „Wenn Sie das nächste Mal den Saal verlassen und uns alleine erörtern lassen, dann nehmen Sie doch Ihren Antrag gleich mit!“ Außerdem bemerkt er: Der Kreis Alzey-Worms hat sich verpflichtet bis 2020 ihren Strom zu 100% aus erneuerbare Energien zu gewinnen. Der Donnersbergkreis will dieses Ziel bis 2015 erreichen.

### *18:11 STROMVERBRAUCH WIRD NICHT STEIGEN!*

Herr Kowol (Stadt Wiesbaden) hält einen Vortrag über die Stromerzeugung in Deutschland bis 2030 und zitiert dabei die letzte DENA-Studie. Obgleich diese eher fragwürdig für ihre Prognosen den technischen Fortschritt vernachlässigt, zeigt die Studie jedoch, dass die Annahmen der KMW hinsichtlich eines weiter steigenden Strombedarfs absolut fragwürdig sind. Wichtig ist, dass die Bundesregierung einen sinkenden Stromverbrauch in ihrem Klimaschutzprogramm zwingend vorsieht. Außerdem ist darin belegt, dass die Agentur von einem Wirkungsgrad von 51% für Steinkohlekraftwerke im Jahr 2030 ausgeht. Das Ende der Fahnenstange ist mit 46% (Kraftwerk der KMW) also noch nicht erreicht!

### *18:20 SGD WILL GESAMTENERGIEBILANZ PRÜFEN*

Einwender Herr Lieschied gibt zu bedenken, dass eine Gesamtbilanz bezüglich der Energieerzeugung vorgenommen werden müsse. Kohle werde unter Energieverlusten abgebaut und über die ganz Welt transportiert, während erneuerbare Energien ohne Verluste vor Ort eingespeist werden könnten.

### *18:25 KOMA: KMW-FORUM IN PHÖNIXHALLE REICHT!*

KoMa-Mitglied Clara Wörsdörfer fragt die KMW, was mit der Investitionssumme an Energieeinsparung erreicht werden könne. KMW hat dazu nichts zu sagen.

Wörsdörfer führt aus, dass die schweigende Haltung der KMW zu den wichtigsten Fragen der Einwender jedes weitere KMW-FORUM erübrigt. KoMa wird kein KMW-Forum mehr mit sinnvollen Beiträgen bereichern!!

### *18:35 EINWENDER BITTET KMW-VERTRETER UM PERSÖNLICHE STELLUNGNAHME*

Herr Marwedel weist noch einmal auf die moralische Relevanz der klimaverträglichen bzw. in diesem Fall klimaanverträglichen Stromerzeugung hin und bittet jeden einzelnen KMW-Vertreter hierzu eine persönliche Stellungnahme abzugeben. Dr. Fischer (KMW) gibt stellvertretend für die KMW-Vertreter ein unverbindliches Statement als "Vertreter einer Aktiengesellschaft" ab und verwendet hierbei zum hundertsten Mal, dass von der KMW seiner Bedeutung entthobene und daher nicht mehr ernstzunehmende Wort "irrelevant".

### *18:43 EINWENDER WIRGES: VERBRENNUNG FOSSILER BRENNSTOFFE IST STRUKTURELLE GEWALT*

Einwender Wirges stellt angesichts des Unverständnisses der KMW, die ethische Komponente des Kraftwerkbaus ernsthaft zu erörtern klar: Die Verbrennung fossiler Brennstoffe fügt indirekt anderen Menschen Schäden zu, d.h. es handelt sich dabei um eine Form struktureller Gewalt!

### *18:50 SCHÄDIGUNG VON KULTURGÜTERN*

KeKoWi-Vertreter und Kunsthistoriker von Engelberg führt detailliert aus, wie die Umwelteinflüsse und der Klimawandel Gebäude von kulturhistorischer Relevanz schädigen. Am Beispiel von Sandsteinkomplexen auf Wiesbadener Seite und dem Weinbau (Stichwort: Kulturlandschaft) macht er deutlich, dass der erhebliche Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch das geplante Kohlekraftwerk nicht hinnehmbar ist. Von Seiten der KMW gibt es dazu keinen Kommentar. Die KMW-Vertreter wirken mehr als erschöpft...

### *18:55 RITA THIES UND FRAU HÄRING*

In diesem Zusammenhang ergänzt Umweltdezernentin Rita Thies (Wiesbadener Grüne), wie insbesondere durch Schwefeldioxid, das durch den Ponyhof (kleiner Aussetzer), das Importkohlegroßkraftwerk emittiert würde, die einzigartige Bausubstanz Wiesbadens schädigen würde! Frau Häring erläutert für die Antragstellerin, dass die SO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich der Irrelevanz lägen, was zu Heiterkeit auf Seiten der Einwender führt.

### *19:20 APPLAUS FÜR FRAU FENN FÜR IHRE GROßEN LEISTUNGEN IN DEN BEREICHEN TECHNIK UND LAUFEN*

### *19:25 EINWENDER KANNGIEßER BANGT UM WERT SEINES EIGENTUMS*

Aufgrund der zu erwartenden Veränderungen der Mainzer Lebensqualität (Schadstoffe, Lärm, Klima) befürchtet Udo Kanngießer einen Wertverlust seines Mieteigentums und kündigt im Falle der Errichtung und Inbetriebnahme des geplanten Kohlekraftwerks eine Schadensersatzklage gegen die KMW an.

#### *19:28 DR. ANGER UND HERR VON ENGELBERG*

Die Entgegnung des KMW-Anwalts Dr. Anger, der Schutz des Eigentums sei gesetzlich geregelt und im übrigen gebe es keine messbare Beeinträchtigung, wird von Herrn v. Engelberg mit der Bemerkung gekontert, dass durch keine juristisch verschleierte Formulierungen das sehr reale Gefühl der Beeinträchtigung auf Seiten der Anwohner zum Verschwinden gebracht werden könne.

#### *ACH JA: WO IST EIGENTLICH DR.FISCHER?*

Wir wollten uns ja eigentlich persönlich von ihm verabschieden. Aber leider haben wir seinen Abgang verpasst.

#### *19:35 HOCHHEIM WENDET EIN*

Herr Landmesser (Stadt Hochheim) betont, dass es bei seinen Ausführungen um den Aspekt "Öffentliche Belange" gehe und führt seine Bedenken hinsichtlich einer Schädigung des Weins aus.

#### *19:38 WINZER BEFÜRCHTET MASSIVEN QUALITÄTSVERLUST*

Wolfgang Porada, Einwender und Winzer, ist empört, welche hohe Belastungswerte (Stickoxide) die KMW beantragt hat. RWE hat bei vergleichbaren Projekten 100 statt 200 Milligramm pro Luftkubikmeter zugesagt. Ferner führt er aus, welche Schäden durch Ozon (für dessen Bildung Stickoxide verantwortlich sind) an den Reben entstehen. Eine Studie an kalifornischen Trauben hat erwiesen, dass erhöhte Ozonwerte zu schwerwiegenden Qualitätsverlusten führen (beispielsweise von Auslese zu Qba). Dazu kommt es zu Pflanzenstress, der zu ungenießbaren Weinerträgen führen kann. Eine erhöhte Luftfeuchtigkeit durch die Kühlturmfahne wird unter anderem zu einem höheren Nachttau in den Weinlagen führen, welcher zu Infektionen bei den Pflanzen führen kann. In diesem Zusammenhang bezweifelt Herr Porada die Windberechnungen von KMW-Expertin Frau Häring (die leider auch eben gegangen ist; die Reihen der KMW schmelzen ab wie das grönländische Festlandeis). Herr Porada erläutert die Notwendigkeit eines Warndienstes, der die Inbetriebnahme des Kühlturms des KKW ankündigt und beantragt ein Verbot der Inbetriebnahme des Kühlturms bei bestimmten Wetterlagen. Eine präventive zusätzliche Spritzung der Reben, um den

Auswirkungen erhöhter Feuchtigkeit vorzubeugen, würde jedesmal etwa eine halbe Million Euro für die 3200 ha Weinfläche im Rheingau kosten!

#### *20:05 ANDERE HALTEN VIEL NIEDRIGERE GRENZWERTE EIN*

Rita Thies, Umweltdezernentin Wi, ergänzt, dass andere deutsche und holländische Kraftwerksbetreiber wesentlich niedrigere NO<sub>x</sub>-Werte einhalten (z.T. 65 mg/ Kubikmeter statt 200 mg, wie von der KMW beantragt)! Wiesbaden hat auch einen diesbezüglichen Antrag eingereicht.

#### *20:10 SCHUMMELN DIE ANDEREN?*

Dr. Thun/ KMW zweifelt die Seriösität anderer Betreiber hinsichtlich niedrigerer Schadstoffangaben an.

Herr Porada zitiert Umweltbundesamt, demzufolge NO<sub>x</sub>-Werte unter 100mg pro Kubikmeter mit heutiger Technik "problemlos" zu erreichen seien.

#### *20:15 RHEINGAUER WEINBAUVERBAND LEHNT KOHLEKLOTZ ENTSCIEDEN AB*

Herr Sperling, Vertreter des Rheingauer Weinbauverbands, und Herr Bott - betroffener Winzer - weisen auf die herausragende Stellung der Kulturlandschaft Rheingau hin und legen die gravierenden negativen Folgen dar, die das Kohlekraftwerk für Weinbau und Tourismus, der in einer engen Verbindung zum Weinbau steht, hätte. Herr Bott geht sogar noch von einer stärkeren Belastung als Herr Porada aus. Anschaulich legt er dar, wie durch die immer wärmeren Spätsommer Ozonschäden an den Reben auftreten.

Abschließend verwarft sich Herr Bott noch massiv gegen die Aussage Dr. Fischers (KMW), es sei nicht mit einer Beeinträchtigung von Flora und Fauna zu rechnen: "Das kann nur jemand beurteilen, der von Berufs wegen damit zu tun hat. Nach Bau des Kraftwerks wird nichts mehr so sein wie vorher!"

#### *20:35 FURCHT UM WELTKULTURERBE-BEMÜHUNGEN WIESBADENS*

Herr Sperling, der auch für die Rheingau-Taunus Touristik GmbH spricht, befürchtet Auswirkungen auf den Tourismus und sorgt sich um die Wiesbadener Bemühungen, den Status als Weltkulturerbe zu erlangen.

#### *20:45 IMAGEVERLUST FÜR MAINZ*

Einwenderin Regina Fels führt aus, dass sie sich nicht mehr für Mainz als Wohnort entscheiden würde, sollte hier ein Kohlkraftwerk gebaut werden. Sie äußert außerdem: "Für Mainz würde es als Stadt einen riesigen Imageverlust darstellen, wenn in der heutigen Zeit noch ein Kohlekraftwerk gebaut würde!"

Außerdem gibt sie stellvertretend für ihre Arbeitskollegen zu Protokoll, dass die Luft in Mainz bereits so schlecht sei, dass eine weitere Verschlechterung nicht hinnehmbar sei.

#### *20:53 MOMBACHERIN FÜRCHTET UM IHRE BERUFLICHE EXISTENZ*

, die seit 1991 einen selbstständigen Handwerksbetrieb führt, sähe sich beim Bau des Kohlekraftwerks genötigt, aus Mombach wegzuziehen und würde dadurch auch ihre berufliche Existenz zerstört sehen.

#### *20:55 RAUMORDNUNGSVERFAHREN ERNEUT GEFORDERT*

Meinrad von Engelberg (KeKoWi) fasst die Vielzahl von gravierenden Einwänden von Bürgern, Gruppen, Städten und Gemeinden zusammen und macht abschließend noch einmal deutlich, wie angebracht ein Raumordnungsverfahren wäre.

#### *21:02 SCHLUSSWORT HR. WIRGES*

Herr Wirges (KoMa) verabschiedet sich, indem er dem kleinen Häuflein der in der Halle verbliebenen Vertreter der KMW sein Mitgefühl hinsichtlich der Flut der anzuhörenden (wenngleich jederzeit angebrachten) Kritik ausdrückt. Ferner bescheinigt er ihnen "Tapferkeit", da sie für ihre Vorgesetzten drei Wochen lang Kopf und Ohren hinhalten mussten. Bei den Vertretern der SGD bedankt er sich für die professionelle Verhandlungsführung und äußert seinen Respekt für die hohe Konzentrationsfähigkeit der Herren Gerten und Sofsky.

#### *21:05 SCHLUSSWORT HERR KANNGIEßER*

Herr Kanngießler (KoMa) verabschiedet sich mit einer Auflistung der zahlreichen Defizite in den Antragsunterlagen der KMW.

#### *21:10 SCHLUSSWORT FRAU THIES*

Die Umweltdezernentin von Wiesbaden konstatiert abschließend, das Kohlekraftwerk sei in dieser Form nicht genehmigungsfähig und listet noch einmal die gravierendsten Problemfelder auf. Außerdem verweist sie auf die Bedeutung der offenen Grundstücksfrage.

Sie zeigt sich erstaunt über das häufig unzureichende Niveau der Unterlagen und des Vortrags der Antragstellerin. Zudem fürchtet sie einen langfristigen Schaden für das Ansehen kommunaler Energieversorger!

#### *21:20 SCHLUSSWORT RECHTSANWALT HERR MÜLLER*

Herr Müller sieht einen Erörterungstermin auf hohem Niveau zu Ende gehen und lobt die Professionalität der SGD und der Einwenderseite sowie das enorme Engagement der Einwender, die z.T. einen beträchtlichen Teil ihres Jahresurlaubs geopfert haben. Außerdem bedankt er sich für das große Engagement der Vertreter der Stadt Wiesbaden. In Sachen KKW schließt er sich seiner Vorrednerin an und fügt hinzu, das Projekt sei schlicht unvernünftig! Er ruft die Einwender dazu auf, den Kampf an den verschiedensten Stellen, vor allem auf der politischen Ebene, fortzusetzen.

#### *21:26 SCHLUSSWORT HR. PORADA*

Herr Porada bedankt sich für die Möglichkeit seine Bedenken in einer sachlichen Atmosphäre vorgetragen haben zu können und hofft, dass seinen Einwänden stattgegeben wird.

#### *21:28 SCHLUSSWORT HR. VON ENGELBERG*

Meinrad von Engelberg gibt seinen Eindruck wieder, dass die Vertreter der SGD sehr ernsthaft die Einwände angehört hat und ernsthaft prüfen wird.

Er bedauert, dass gegen demokratische Mehrheiten in den beiden Landeshauptstädten die KMW ihre Pläne immer wieder mit dem Hinweis auf das fehlende Geld in der Kasse der Stadt Mainz durchsetzen will.

#### *21:34 STATEMENT HR. BURGGRAFF*

Herr Tim Burggraff appelliert an den Mut und die Einsicht der KMW, sich von dem falschen Vorhaben ab- und den erneuerbaren Energien, die die Natur in reichhaltiger Menge zur Verfügung stellt, zuzuwenden.

#### *21:38 SCHLUSSWORT HERR HASSENPFLUG*

Herr Hassenpflug (Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz KoMa) schließt sich hinsichtlich der Mängel in den Plänen des Importkohlegroßkraftwerks den Vorrednern an und appelliert an die KMW, nicht gegen die Bevölkerung zu agieren.

Er resümiert, dass sich seiner Meinung nach der große persönliche Einsatz gelohnt hat und die vielen aufgedeckten Mängel eine Genehmigung des Kraftwerks nicht möglich werden lassen. Herr Hassenpflug lobt die Verhandlungsleitung und hofft, dass wir uns nicht vor Gericht wiederssehen müssen.

*21:45 SCHLUSSWORT DR. THUN (KMW)*

Herr Dr. Thun hebt die weitgehende Sachlichkeit des Verfahrens hervor und zeigt sich erstaunt, "dass so viele Rechtsanwälte" vertreten gewesen seien. Er geht davon aus, dass die KMW die beantragte Genehmigung für das Kohlekraftwerk erhalten wird.

*21:48 SCHLUSSWORT HERR GERTEN (SGD SÜD)*

Mit einem beeindruckenden Schlusswort entlässt der Verhandlungsleiter die Anwesenden. Ehrlich gesagt, kann ich jetzt nicht mehr alles wiedergeben, da ich ein wenig gerührt bin.

Es wurden 157 Anträge gestellt, von denen die SGD noch 110 prüfen wird!

Eine zeitliche Prognose will er noch nicht stellen.

(Die meisten von uns haben noch nicht zu Mittag gegessen).

*ACHTUNG - SCHLUSSWORT DER NEWSTICKER-REDAKTION.*

Liebe Interessierte, liebe Freunde des Klimas und Gegner des Kohleklotzes!  
Auch wenn unser Newsticker an dieser Stelle endet - BLEIBEN SIE AUF SENDUNG.  
Wir werden in den nächsten Tagen eine Bewertung des gesamten EÖTs hier abliefern.  
Außerdem werden wir an allen Fronten weiter präsent sein.  
Und denken Sie daran, ein paar Taler zu spenden.

Kohlefreie Grüße

Für die Schreiber

Cw

## 19. MAI 2008

*RESÜMEE DER KOMA-NEWTICKER REDAKTION:*

Für die meisten von uns BI-lern war es der erste Erörterungstermin, der in der Phönixhalle am Freitag zu Ende ging. Abschließend lässt sich feststellen, dass wir mit der KMW einen schlecht vorbereiteten Antragsteller vorfanden – in diesem Ausmaß hatten wir das nicht erwartet. Fast zu jedem Tageordnungspunkt konnten wir, unterstützt durch unseren Anwälte und Gutacher, erhebliche Mängel und Lücken in den Unterlagen feststellen. Für uns steht nach 12 Verhandlungstagen umso mehr fest: Das Kohlekraftwerk ist nicht genehmigungsfähig! Trotz bemühter Sachlichkeit von unserer Seite während der Verhandlungstage wuchs bei vielen von uns die Verärgerung darüber, dass uns - verursacht durch die mangelhaften Unterlagen - dieser Erörterungstermin viele Urlaubstage und viel Geld kosten würde.

Unsere Hochachtung wollen wir auf diesem Wege dagegen der Genehmigungsbehörde, vertreten durch die Verhandlungsleiter Herrn Gerten, Herrn Sofsky unterstützt durch die technische und organisatorische Kompetenz von Frau Fenn, ausdrücken. Hochaufmerksam wurde von Ihnen jeder Verhandlungspunkt und jeder Redebeitrag verfolgt und gut zusammengefasst. Wichtig war uns vor allem, dass wir (vielleicht mit Ausnahme der ersten Tage) den nötigen Raum bekamen, unsere Einwendungen mit der notwendigen Ausführlichkeit fachlich und argumentativ untermauern zu können. Wir wünschen uns eine eingehende Prüfung der von uns aufgezeigten Mängel in den Antragsunterlagen der KMW und der von unserer Seite neu vorgetragenen Aspekte.

Wir fordern von der KMW und der Behörde:

- Durchführung eines Raumordnungsverfahrens
- Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung
- Erstellen eines Klimagutachtens, in dem die Auswirkungen des Kohlekraftwerks auf das Klima geprüft werden
- Ernsthafte Prüfung von Alternativen zum Kohlekraftwerk

An die KMW appellieren wir einmal mehr: Wechseln Sie die Seiten! Werden Sie Klimaschützer und ziehen Sie endlich Ihren ohnehin nicht genehmigungsfähigen Antrag zurück!

**EINE SCHLUßBEMERKUNG**

Seit Jahrzehnten wird die Diskussion um Klimaschutz bereits geführt. Diskutiert wird immer noch, gelernt wurde seit den 70ern nicht viel. Das folgende Gedicht bringt auf den Punkt, wieso neue Kohlekraftwerke mit 40 Jahren Laufzeit nicht als „Übergangslösung“ taugen.

*WOLFGANG HILDESHEIMER*

*ANTWORT*

GANZ RECHT, ICH SAGTE,  
ES SEI NICHT FÜNF VOR  
ZWÖLF, ES SEI VIELMEHR HALB  
DREI. DAS WAR UM HALB  
DREI. INZWISCHEN IST ES VIER. NUR  
MERKT IHR ES NICHT. IHR LEST EIN BUCH  
ÜBER KASSANDRA, ABER IHRE SCHREIE  
HABT IHR NICHT GEHÖRT. DAS WAR  
UM FÜNF VOR ZWÖLF. BALD IST ES  
FÜNF, UND WENN IHR SCHREIE HÖRT,  
SIND ES DIE EUREN.